DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 06221 – 16 24 67

246 22. JAHRGANG März 2005 4,50

FÜR EINE WELT, IN DER VIELE WELTEN PLATZ HABEN ... PRAKTISCH ANGEWENDET!

Ideen für große Treffen

Für kleine Gruppen gilt es, einen gleichberechtigten Zugriff auf alle Ressourcen zu organisieren und Kreativität sowie Selbstbestimmung zu fördern. Für größere Treffen dagegen sind Strukturen wichtig, die Transparenz herstellen und ebenfalls gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeiten aller Ressourcen gewährleisten.

Abstrakte Lichtreflexionen auf zwei männlichen Gesichtern

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten Es gibt besondere Methoden z.B. für Streitgespräche oder kreatives Brainstorming. In vielen Fällen ist es sinnvoll, größere Treffen in kleine Gruppen zu zerlegen, um die Vorteile der direkten Kommunikation zu erreichen. Diese Möglichkeiten stoßen aber an Grenzen, wo Treffen so groß werden, dass gemeinsame Prozesse nicht mehr funktionieren, weil so viele Menschen nicht oder nicht mehr gleichberechtigt miteinander reden und sich organisieren können. Ab welcher Zahl diese Grenze überschritten wird, ist nicht eindeutig festlegbar – schon ab 100 Menschen dürfte es schwierig werden, spätestens ab mehreren Hundert Personen ist offensichtlich, dass die Organisierungsformen kleiner Treffen nicht mehr ausreichen, um Gleichberechtigung zu ermöglichen. Denn bei einer solchen Menge können nur noch große, unpersönliche Plena überhaupt eine Kommunikation sichern, die allerdings nicht mehr gleichberechtigt zu organisieren ist.

In der Praxis politischer Bewegung geraten große Treffen und Aktionen immer wieder zu Negativbeispielen: Formale und informelle Dominanzen entstehen und der gleichberechtigte Zugang zu Ressourcen wie Presseverteiler, Räume, Geräte, Informationen, Schlüssel und mehr ist kaum gewährleistet. Meist fehlt sogar der Versuch oder zumindest der Streit um die internen Strukturen. Dabei gäbe es Alternativen – und ganz selten leuchten sogar die Ausnahmen auf. Im Castor-Widerstand schafft das Strekkenkonzept einen Aktionsrahmen, in dem viele Aktionen gleichberechtigt nebeneinander stehen können. In der Charta der Sozialforen wird der offene Raum sogar eingefordert, allerdings nur selten auch verwirklicht. NGO-Eliten tricksen die Basisgruppen aus – allerdings gibt es Ausnahmen. In Heidelberg wird ein regionales Sozialforum als offener Raum versucht, auf dem ersten Sozialforum in Deutschland soll zumindest ein Teil als offener Raum gestaltet werden. Seit Jahren Spitzenreiter im kreativen Experimentieren ist der Jugendumweltkongress. Zum Jahreswechsel 2004/05 wurde erstmals das Plenum abgeschafft (s. CONTRASTE Nr. 245, Seite 3). Fortan fehlt jede Entscheidungsinstanz. Open-Space-Zonen, gleichberechtigte Themenplattformen, vielfältige Wandzeitungen und mehr prägten das Geschehen über Silvester in Magdeburg. Die Mängel wurden ebenso sichtbar wie die Potentiale, die dort bestehen.

Einen großen Versuch soll es im Sommer 2005 mit dem »Sozialforum von unten« geben, der Idee offener Räume innerhalb des ersten Sozialforums in Deutschland, 21.-24. Juli in Erfurt. Schon der Vorbereitungsprozess soll Offenheit und Horizontalität gewährleisten – angesichts nur geringer Erfahrungen mit solchen Organisierungsmodellen in der politischen Bewegung Deutschlands eher ein Experimentierfeld als routiniertes Handeln. Da die meisten Camps, Kongresse und Aktionen weit entfernt sind von Horizontalität, sondern sichtbare und im Hintergrund bestehende Apparate, privilegierte Gruppen und Personen erhebliche Dominanz ausüben, wird der Weg mühsam sein. Neue Erfahrungen sind nötig, aber auch ein Widerstand gegen das zu erwartende Festhalten an eingefahrenen Strukturen – vor allem durch die, die von ihnen profitieren. Die nächsten Monate werden Gelegenheit bieten, die Ideen horizontaler, großer Treffen dort einzubringen, wo Praxis möglich und nötig ist – vom A-Camp bis zum McPlanet, vom BUKO bis zu Jugendlagern verschiedener Verbände, von Kongressen zum Sozialabbau bis zu Aktionen gegen Castor, Einheitsfeiern oder Sicherheitskonferenzen.

Die konkreten Beispiele sollen diesen Schwerpunkt der CONTRASTE jedoch nicht prägen, sondern die Tipps zur Organisierung großer Treffen als horizontale Räume. Die meisten der Anregungen und Beschreibungen stammen aus dem inzwischen sehr großen Ideenbestand des Projektes »HierarchNIE!«, in dem kritische Texte und Methoden für kleine Gruppen bis zu großen Treffen seit Jahren entwickelt werden. Ein Teil dieses Erfahrungsschatzes, aufbereitet für das konkrete Thema »Große Treffen« füllt diese Ausgabe an. Mehr gibt es unter www.hierarchnie.de.vu.

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

SCHERPUNKTTHEMA

Netzwerke und Bündnisse »von unten« Seite 7
Bausteine für hierarchiefreie und kreative Treffen Seite 7
Große Treffen als offene Räume Seite 8
Grundzüge herrschaftsfreier Organisierung Seite 8
Chance zur Umsetzung Seite 9
Bausteine für Transparenz und Dominanzabbau Seite 9

AUS DEM INHALT:

REPRESSION

Im vergangenen Jahr hatten Friedensaktivisten an die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten Aufrufe zur Befehlsverweigerung verteilt. Die Soldaten wurden damit aufgefordert, sich ihren völker- und grundgesetzwidrigen Befehlen zu verweigern, soweit diese im Zusammenhang den dort stationierten Atombomben bzw. der nuklearen Teilhabe stehen. Ende November wurden vier Aktivisten zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt (s. CONTRASTE Nr. 243). Der Prozess geht im März in die 2. Runde. Seite 3

POLITISCHE KOMMUNEN

»Ursprünglich, d.h. irgendwann in den 1990er Jahren, malten wir uns unsere damalige Zukunft folgendermaßen aus: Wir kaufen ein Haus, ziehen ein, nehmen unmittelbar die notwendigen Umbaumaßnahmen in Angriff und beginnen parallel mit der Entwicklung bzw. Gründung von Erwerbsarbeitsbereichen. Allein, es sollte anders kommen«. Erwerbsarbeit und andere Tätigkeiten bei der Bremer Stadtkommune »Alla Hopp« auf Seite 5.

STROHHÄUSER

Das 40qm Haus (30qm reale Wohnfläche) will experimentelle 4.000 Euro an Baukosten nicht überschreiten. Bei einem Quadratmeterpreis von 100 Euro sollte jedoch an Fantasie nicht gespart werden. Ein Bericht über einen Selbstbau-Workshop eines solchen Strohhausbaus in Lessum auf Seite 4.

SEKTEN

Seit Ende 2004 ist die totalitäre Sekte »Universelles Leben« (UL) mit einer Plakatserie bundesweit im öffentlichen Raum präsent, die für unbedarfte BetrachterInnen einen harmlosen Eindruck erweckt – ein paar Tiere, die darum bitten, nicht gegessen zu werden. Nach Berichten auf Indymedia (www.de.indymedia.org) wurden diese Plakate in einigen Städten inzwischen mit Spruchblasen kommentiert, welche die Werbeaktion in ein anderes Licht rücken. Doch für was steht eigentlich die Organisation »Universelles Leben«? Seite 6

GENOSSENSCHAFTEN

Verantwortung selber übernehmen wollen einige Bürger in Rosenheim: Sie errichten ein so genanntes Bürgerkraftwerk mit der »Solargenossenschaft Rosenheim eG«.
Der Bund Solardach eG blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr mit einem Absatzplus von 30 Prozent zurück. Rund 41.000 Quadratmeter Kollektoren haben die Mitglieder der Genossenschaft im Jahr 2004 auf die Dächer montiert. Und das neue Jahr scheint noch besser zu werden. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

KULTURZENTRUM KESSELBERG, NEU ZITTAU

Ein Projekt als Experiment

Eigentlich wollte ich ja einen Artikel über den Kesselberg schreiben, der die Entwicklung des Projekts und das Leben in der Gemeinschaft beschreibt. Hatte mir vorher alles ganz toll überlegt und dann... ist alles ganz anders als ich gedacht hab (wie immer).

Lea Diekmann, Rabe Ralf Allein schon die ewig lange S-Bahn Fahrt bis nach Erkner... und dann die Feststellung, dass der Bus nach Neu Zittau erst in einer dreiviertel Stunde kommt. Auf einer Bank sitzend wehte mir der frische Januarwind um die Nase und ich genoss es in der Natur zu sein. Na ja, in Wirklichkeit war's einfach nur arschkalt und das Autohaus gegenüber bot auch nur eine mäßig interessante Aussicht. Also ein heißer Tipp, wenn ihr zum Kesselberg fahrt, unbedingt vorher über die Fahrpläne informieren.

Als ich dann aus dem Bus ausstieg, mich mitten im Wald wiederfand und schließlich auf das Gelände kam, war ich, ehrlich gesagt, etwas irritiert. Ich weiß zwar nicht, was ich erwartet hatte, aber das nicht. Frau merkt dem Gelände seine Stasi-Vergangenheit noch an. Die Wege sind mit formschönen Gehwehplatten ausgelegt und die Betonbauten fügen sich in die reizvolle Waldlandschaft ein. Die Landpunker am Wegesrand machten auf den ersten Blick nicht gerade den Eindruck, als würden sie vor Energie strotzen. Aber der Schein trügt ja bekanntlich.

Bis 1990 war die Stasi auf dem Gelände am Kesselberg bei Neu Zittau südlich von Berlin aktiv. Anschließend begann die Kreuzberger Atlantis gGmbH hier Präsentationsobjekte zu bauen. Beispielsweise Windräder und eine ökologische Lärmschutzmauer. Mehrere Millionen an öffentlichen Geldern sind in dieses Projekt geflossen, doch ist es schließlich an einem Konflikt zwischen Atlantis und der Gemeinde Neu Zittau gescheitert. Mehrere Jahre lag das Gelände brach, bis 1999 eine Gruppe Berlinerinnen (*) das 50 ha große Areal für sich entdeckte. Allerdings zerstritt sich die Gruppe an ihren Theorien, noch bevor sie überhaupt angefangen hatte, das Gelände am Kesselberg zu nutzen.

Heute betreibt das Kulturzentrum eine Gruppe von etwa 45 Menschen, die hauptsächlich aus einem Hausprojekt in der Berliner Brunnenstraße kommen. 2003 haben sie das Gelände gekauft, mit Spenden, Eigenkapital und geliehenem Geld. Einen Bankkredit wollten sie nicht aufnehmen, um nicht in Abhängigkeiten zu geraten. Verständlich, wenn nicht sogar ausgesprochen klug.

Um das geliehene Geld zurück zu zahlen, arbeiten die Kesselbergerinnen in Gelegenheitsjobs. Zum Leben brauchen sie eigentlich kein Geld, da sie durch Windräder und Solarzellen fast energieautark sind und Lebensmittel containert werden.

So manche wirft der Linken ja gerne vor ihre Idee als die einzig Richtige zu sehen. Wer dies denkt, sollte sich den Kesselberg mal anschauen. Ich habe noch nie eine undogmatischere linke Gruppe getroffen. Es gibt keine gemeinsame Ideologie oder politische Motivation bei dem Projekt mitzuarbeiten. Und das ist auch noch Absicht. Die Kesselbergerinnen sind eine Gruppe, die für jede offen ist. Ein Angebot an alle sozusagen. Sie wollen Raum schaffen, in dem jede nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen leben, arbeiten und sich selbst verwirklichen kann. So ist es auch nicht notwendig sich in die Gruppe bzw. Gemeinschaft einzufügen. Es ist auch möglich als Einsiedlerin auf dem Kesselberg zu leben. Die Kesselbergerinnen selbst bezeichnen ihr Projekt als Experiment und den Ort als Experimentierfeld. Um Freiheit zu leben, wie es innerhalb der Gesellschaft nicht möglich ist?

Die Basics fehlen zwar noch, aber der Wille ist da. Als nächstes sollen die Wohnräume, Werkstätten für Holz und Metall sowie Ateliers ausgebaut, eine Heizung und eine Pflanzenkläranlage gebaut werden. Die Grube für die Pflanzenkläranlage gibt es schon, sie wurde in Handarbeit gebuddelt. Außerdem soll der Party- und Konzertraum bald fertig werden, zwei Bibliotheken sollen angelegt und ein Bewegungsraum ausgebaut werden.

Das Projekt steht also sehr am Anfang. Die Kesselbergerinnen sind momentan damit beschäftigt, die grundlegende Infrastruktur zum Betreiben des

Fortsetzung auf Seite 2

BERLIN: YORCK59 BLEIBT!!

Redaktion Heidelberg ● Anfang Februar fand im Friedrichshain-Kreuzberger Rathaus ein Runder Tisch statt. Dieser war von der Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer einberufen worden, um auf eine politische Lösung zum Erhalt des Hausprojekts Yorck59 hinzuarbeiten. Der Hauseigentümer Marc Walter und der Hausverwalter Boris Gregor Marweld weigerten sich am Runden Tisch teilzunehmen.

Sie hatten im Vorfeld ihre Bedingung für eine Teilnahme gestellt: die sofortige Herausgabe aller Namen der HausbewohnerInnen, ein Erpressungsversuch, da eine Herausgabe der Namen eine eventuelle Räumung erheblich erleichtern würde. Diesen Beitrag zu ihrer eigenen Räumung konnten die VertreterInnen des Hausprojekts verständlicherweise nicht leisten.

Als Thema des Runden Tisches standen die Forderungen des Projekts nach einer politischen Lösung in Form eines langfristigen Projekterhalts durch den Kauf des Hauses durch die BewohnerInnen in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Mietshäusersyndikat im Raum. Solche Kaufverhandlungen können nur in Verbindung mit einem sofortigen Räumungsstopp und einer Aussetzung des juristischen Wegs seitens des Hausbesitzers, der die BewohnerInnen unter erheblichen finanziellem Druck stellt, stattfinden. Die VertreterInnen des Projekts unterstrichen mehrfach, dass hier besonders der Verzicht auf der Namenherausgabe und die Einstellung der Forderung nach Nutzungsentschädigung als eine 55%ige Mieterhöhung unabdinglich sind.

Der Runde Tisch entschied, diese Forderungen politisch zu unterstützen und an der Öffentlichkeit zu tragen. Als unabhängiger Vertreter merkte Prof. Wolf-Dieter Narr an, dass er symbolisch in das Hausprojekt Yorck59 einziehen würde, um seiner Forderung nach einem Räumungsstopp Ausdruck zu verleihen.

In diesem Zusammenhang bekräftigte das Hausprojekt Yorck59 sein dem Hausbesitzer schriftlich unterbreitetes Kaufangebot vom Ende Oktober 2004. Darüber hinaus signalisierten sie die Möglichkeit, beim Zustandekommen von konkreten Kaufverhandlungen sich auch über einen Kauf des gesamten Gebäudekomplexes Yorckstr. 59 inkl. des Vorderhauses verhandlungsbereit zu zeigen.

In Bezug auf eine eventuelle Räumung äußerten sich einzelne TeilnehmerInnen des Runden Tischs auch dahingehend, dass der Innensenator und die Polizeiführung in einem solchen Falle auch den rechtlichen Nutzen mit den möglichen politischen Kosten abwägen sollten. Auch auf die derzeitig stark eingeschränkte Arbeitsmöglichkeit für die Antirassistische Initiative und der Fakt, dass mehr als 10 Kinder in dem Haus wohnen, wurde hingewiesen.●

Weitere Infos: www.yorck59.net

KURZ BELICHTET

Vorbestrafter Uni-Präsident soll Wissenschaftsminister werden

Kai Böhne, Red. Göttingen ● Ende Januar 2005 erschien in der Süddeutschen Zeitung der Beitrag »Herrmanns zweite Chance«. Darin wird berichtet, dass der Präsident der Technischen Universität München (TU), Prof. Dr. Wolfgang Herrmann, als neuer bayerischer Wissenschaftsminister im Kabinett von Ministerpräsident Stoiber vorgesehen sei.

Prof. Dr. Herrmann steht einer Universität vor, die in Deutschland den Bau des ersten neuen Atomreaktors nach Tschernobyl maßgeblich vorangetrieben hat. Für dies Vorhaben hat sich Herrmann persönlich besonders eingesetzt.

Der TU-Präsident ist wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig verurteilt. Wegen dieser Vorstrafe hat der gemeinnützige Verein *Bürger gegen Atomreaktor Garching* in der Vergangenheit Herrmanns Eignung und Zuverlässigkeit zum Betrieb eines Atomreaktors mehrfach in Zweifel gezogen. »Es gibt in ganz Deutschland keinen vorbestraften Präsidenten einer Universität – außer in Bayern,« bemerkte Gina Gillig für den Verein *Bürger gegen Atomreaktor Garching*.

Zur Veröffentlichung der Süddeutschen Zeitung erklärte sie weiter: »Durch sein Vergehen, eklatant gegen das Steuerrecht verstoßen zu haben, zeigt Prof. Dr. Herrmann als TU Präsident und Wissenschaftler seine zweifelhafte Einstellung zum Staat.« Zu beachten sei die Vorbildfunktion von Ämtern wie dem eines Universitätspräsidenten oder eines Ministers. Gillig resümierte: »Prof. Dr. Herrmann ist wegen seiner Vorstrafe weder als TU Präsident noch als möglicher Wissenschaftsminister tragbar.«●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Kulturzentrums aufzubauen. Die geplante indigene Botschaft, in der alle Naturvölker eine Stimme bekommen sollen, ist im Aufbau, ein Lateinamerika-Festival gab es schon. Doch der weitere Aufbau der Botschaft scheiterte bisher an mangelnden Kontakten zu den indigenen Völkern. Auch das Seminarhaus soll noch stärker genutzt werden. Es steht allen Gruppen offen, im Moment wird es von der Antifa Erkner für Treffen genutzt, ist damit aber lange noch nicht ausgelastet. Ein Tonstudio gibt es auch, in dem unkommerzielle CDs aufgenommen werden können. Auch das A-Camp 2004 fand auf dem Kesselberg statt. Ansonsten beschränkt sich die Verbindung zur Berliner Szene auf persönliche Kontakte.

Auf dem Kesselberg werden politische Ideen nicht mehr zu Theorien und großen Entwürfen verarbeitet, sondern praktisch gelebt. Böswillige Menschen könnten nun sagen, die haben ja bloß keinen Bock zu arbeiten und kriegen ihr Gemeinschaftsleben auch nicht auf die Reihe. Dem würde ich ausdrücklich widersprechen. Wie sehr frau organisiert sein muss, ist sicher Ansichtssache. Ich persönlich denke, eine gewisse Organisation ist für politische Projekte unverzichtbar. Wie sehr politisch motiviert der Kesselberg auch immer ist: Es könnte spannend sein zu sehen, was sich daraus entwickelt.●

* In diesem Artikel wird ausschließlich die weibliche Form verwendet. Das ist Absicht, aber natürlich sind damit auch alle geneigten männlichen Leser angesprochen.

Info/Kontakt: www.kesselberg.info
Tel. (0 33 62) 88 73 03 (öfter probieren)

Aus: Der Rabe Ralf, Februar/März 2005

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2005

Hoffnung auf Neuabos...

... macht sich in diesem Monat unser Zeitungsprojekt. 33 Schnupper-Abos laufen in diesem Monat aus und wir hoffen auf einen teilweisen Einstieg in ein Normalabo. Denn neue Abos benötigen wir dringend. Hatten wir doch vor Jahren mit der Abo-Kampagne 100+ angefangen, 100 zusätzlich Abos hätten unsere Finanz-Lage stabilisiert und wir hätten uns nur noch um den Altschuldenabbau kümmern müssen. Mittlerweile benötigen wir jedoch schon 143 neue Abos, um dieses Ziel zu erreichen.

Redaktion Heidelberg ● Bedanken möchten wir uns bei denjenigen unserer LeserInnen, die in diesem Monat einige Schnupper-Abos und Normalabos verschenkt haben.

Abo-Kampagne 143+

Leider geht es in der Abostatistik immer noch bergab. Sieben Abos wurden gekündigt, ein Abonnent ist unbekannt verzogen. In diesem Zusammehang sei nochmals darauf hingewiesen, dass wir dankbar für Eure Adressenänderungen sind, denn für Zeitungen gilt der Nachsendeauftrag für die Post nicht!

Fünf neue Abos kommen hinzu und ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:

● Zusammen e.V., Hans Bruggraber (60 EUR)
Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 143+.

Aktion 2005

Erfreulicherweise gingen weitere Spenden auf unserem Spendenkonto ein:

● Christina Läpple, München (50 EUR)
● Regina Deschle, Rostock (50 EUR)
● Veronika Fritsche, Neustadt (20 EUR)
● Klaus-Peter Dernbecher, Leutenbach (250 EUR)

Somit benötigen wir in diesem Jahr noch **4.182,89 EUR**, um das drohende Defizit zu vermeiden. Zusätzliche **1.300 EUR** benötigen wir, um unsere Altschulden auf **6.000 EUR** zu senken.

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 5.482,82 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 143+ Neuabos

KURT'S SURF CENTER: NEUE NAZI-NETZE

Brechmittel in Bits und Bytes

Seit auch die Faschisten Anfang der neunziger Jahre rechte Computernetzwerke aufzubauen anfingen, hat sich die Präsenz der Braunen im Internet beträchtlich gemausert. Parteien, Kameradschaften, okkulte Sekten mit Rechtsdrall, Verlage, Infotelefone, einschlägige Musikshops und Radios bilden einen veritablen braunen Sumpf, an dem nur schwer vorbeizukommen ist.

Bereits einige harmlose Suchbegriffe zu Hartz IV, die in Suchmaschinen wie Google eingegeben werden, genügen: Suchergebnis Nummer 1 ist bereits eine moderne – mit php und mySQL gehostete, also dynamische – Website, auf der nationale Foren, interne Bereiche u.v.a.m. angeboten werden und das Schlussbanner dafür wirbt, auf einer bundesweiten Demonstration am 19.3. in Dresden-Neustadt gegen »linken Terror« dort, wo er entsteht, zu randalieren. Der szenenotorisch bekannte Obernazi Christian Worch macht Manöverkritik nach der Demo gegen das sogenannte »Bombenholocaust« und wünscht sich ganz unverhohlen eine mehr nationalrevolutionäre Gewichtung der rechten »Volksfront«.

Auch europaweit versuchen sie mit aller Macht, neue Akzente zu setzen. Nur eine Woche nach ihrem blamablen Auftritt in Dresden wird in Madrid marschiert. Als Veranstalter trat die Falange auf, Unterstützt wurde der Aufmarsch von allen möglichen neonazistischen und/oder faschistischen Parteien Europas u.a. Forza Nuova (Italien), NPD, Patriotische Allianz (Griechenland), England First (Großbritannien), Bund der nationalen Kraft (Lettland) und Nationale Alliantie (Niederlande). Die Redner kamen aus Italien, Griechenland, Spanien und mit Udo Voigt auch aus Deutschland.

Die künftig bei Europawahlen als »Nationale Europäische Front« antretenden Faschos versammelten zwar nur ca. 1 Zehntel dessen, was sie noch in Dresden aufgeboten hatten, durften sich aber vor den Augen ungerührter spanischer Guardias zackig mit dem Faschistengruß auf der Abschlusskundgebung verabschieden. Die Polizei war eher damit beschäftigt, eine Gegendemo einzukesseln – deutsche Gründlichkeit auch hier europaweit auf dem Vormarsch.

Und die bereitet sich in Dresden ganz unverhohlen und offen darauf vor, weiter aufzuräumen. Quasi als Vorläufer einer späteren Gestapo fungiert ein nationales Anti-Antifa-Netzwerk. Federführend im Freistaat ist ein sogenanntes »Heimatschutz-Netzwerk« mit Homepages von Thomas Rackow und Frank Böhm. Die wurde vergangenen Monat gehackt. Die Hacker enthüllten Identitäten der Drahtzieher und ihrer Hintermänner und »entführten« das ganze Konstrukt (Domain und Subdomains) aus Anlass der »Bombennachtdemo« kurzerhand, indem sie sie mit Aufrufen, die geplante Neustädter

Nazidemo zu verhindern, versahen.

Dabei wurde noch einiges mehr offensichtlich und somit veröffentlicht. Auch die Rechten benutzen das Parlament als Bastion ihres Hasskampfes. Als im Dezember vergangenen Jahres die Heimatschutzmacher ihren Rechner wegen Fortführung der inzwischen verbotenen Organisation »Skinheads Sächsische Schweiz« durch Polizeibeschlagnahmung verloren, waren sie bereits am nächsten Tag wieder vollständig ausgerüstet. Der neue Rechner ist von einem Mitglied des Landtags, wie Rackow von den Hackern zitiert wird. Alle Daten, Providerverträge und sensiblen Geschichten stehen jetzt unangreifbar unter parlamentarischer Immunität.

Es wird Zeit, was zu tun. Die nächsten Termine:

19. März Dresden: Militante Kiezverteidigung
Nazis haben Anti-Antifa-Demo durch die Dresdner Neustadt angemeldet!

1. Mai Leipzig: Militante Kiezverteidigung
Nazis haben Demo durch den linken Stadtbezirk Connewitz angemeldet!

8. Mai Berlin: 60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus
Erst Nazidemo aufmischen, danach die Befreiung feiern!

9. Juli Gera: Antifa statt Verbote
NPD Open Air in der Innenstadt zum Desaster werden lassen!

WENN EIN FLUGBLATT DIE SICHERHEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND GEFÄHRDET

Fahnenflucht vor der eigenen Profession

Im März, Juni und November 2004 hatten Friedensaktivisten an die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten Aufrufe zur Befehlsverweigerung verteilt. Die Soldaten wurden damit aufgefordert, sich ihren völker- und grundgesetzwidrigen Befehlen zu verweigern, soweit diese in Zusammenhang mit den in Büchel stationierten Atombomben bzw. der nuklearen Teilhabe stehen. In dem Aufruf heißt es: »Verweigern Sie konsequent Ihre entsprechenden Einsatzbefehle! Lehnen Sie sich auf gegen jegliche Unterstützung der nuklearen Teilhabe! Ermutigen Sie Ihre Kameraden, sich Ihrem Ungehorsam anzuschließen!« Dabei wird unterstellt, dass die Aufrechterhaltung der nuklearen Teilhabe einen Verstoß gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz darstellt.

Hermann Theisen, Redaktion Heidelberg ● Demgegenüber heißt es im Soldatengesetz, § 11 Abs. 2: »Ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.« Und im Wehrstrafgesetz, § 22, Abs. 1: »In den Fällen der §§ 19 bis 21 handelt der Untergebene nicht rechtswidrig, wenn der Befehl nicht verbindlich ist, insbesondere wenn er nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt ist oder die Menschenwürde verletzt oder wenn durch das Befolgen eine Straftat begangen würde.«

Ohne diese Rechtsfragen zu prüfen, erließ das Amtsgericht Cochem auf Antrag der Staatsanwaltschaft Koblenz Strafbefehle wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten und ließ zudem entsprechende Anklagen zu.

Strafverfahren und Urteil

Am 23. November 2004 kam es zu einem ersten Strafverfahren gegen Martin Otto (Wetzlar), Dr. Wolfgang Sternstein (Stuttgart), Johanna Jaskolksi (Erftstadt) und Hermann Theisen (Heidelberg) vor dem Amtsgericht Cochem (s. CONTRASTE Nr. 243, Seite 1). Der Urteilsspruch lautete: »Die Angeklagten Theisen, Otto, Dr. Sternstein und Jaskolksi sind der gemeinschaftlichen Aufforderung zu Straftaten, der Angeklagte Theisen einer weiteren Aufforderung zu Straftaten schuldig. Der Angeklagte Theisen wird zu einer Gesamtgeldstrafe von 45 Tagessätzen zu je 30 Euro verurteilt, der Angeklagte Otto zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 10 Euro, der Angeklagte Dr. Sternstein zu einer Freiheitsstrafe von 2 Monaten und die Angeklagte Jaskolski zu einer Freiheitsstrafe von 1 Monat verurteilt. Die sichergestellten 144 Flugblätter werden eingezogen. Die Angeklagten tragen die auf sie entfallenden Kosten des Verfahrens und ihre eigenen notwendigen Auslagen. Angewendete Vorschriften: §§ 111, I, II, 25, 26 StGB, 15, 16, 19, 20, 27 28 WaffG.« (Im Urteil wird irrtümlich das Waffengesetz genannt, hier handelt es sich jedoch vielmehr um das Wehrstrafgesetz, WStG).

Der Strafrichter verurteilte somit zu erstaunlich harten Strafen. Zugleich weigerte er sich aber während der Gerichtsverhandlung, sich auf die Sachargumente der Angeklagten einzulassen. Der eigentliche Konflikt, die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die daraus folgende nukleare Teilhabe, schien für seine Urteilsfindung irrelevant zu sein. Entsprechende Beweisanträge wurden lapidar abgewiesen. Der Aufruf zur Befehlsverweigerung, den es ja strafrechtlich zu bewerten galt, wurde vom Richter nicht weiter thematisiert, die Urteilsbegründung dauerte nicht länger als drei Minuten und blieb dabei in ihrer juristischen Aussagekraft ebenso substanzlos, wie zuvor schon das Plädoyer der Staatsanwältin.

Rechtspolitisch skandalös daran ist die Tatsache, dass sich somit sowohl die Staatsanwältin, als auch der Strafrichter einer ihnen qua ihres Berufes auferlegten inhaltlich-rechtlichen Auseinandersetzung zu den Umständen und Hintergründen des Strafvorwurfs vollständig verweigert haben. Auch nicht im Ansatz gab es den Versuch, die komplexen Rechtsfragen um die Völkerrechtswidrigkeit der nuklearen Teilhabe bzw. das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gegeneinander auszuloten.

Schriftliches Urteil

Entsprechend bescheiden heißt es im schriftlichen Urteil: *»Die Angeklagten haben öffentlich und durch Verbreitung von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat, nämlich der eigenmächtigen Abwesenheit nach § 15 WStG, der Fahnenflucht nach § 16 WStG, des Ungehorsams nach § 19 WStG, der Gehorsamsverweigerung nach § 20 WStG, der Meuterei nach § 27 WStG und der Verabredung zur Unbotmäßigkeit nach § 28 WStG aufgefordert. Auf dem in Frage stehenden Flugblatt wird dazu aufgerufen, dass die Soldaten die Einsatzbefehle verweigern sollen, dass sie auch ihre Kameraden zum Ungehorsam bewegen sollen und dass sie sich jeglicher Beteiligung ihres Stützpunktes an den beschriebenen Einsätzen verweigern sollen. Es wird ohne Zweifel zum Ungehorsam gemäß § 19 WStG aufgerufen, denn aufgrund der »angestrebten« Befehlsverweigerung ist nicht auszuschließen, dass dadurch wenigstens fahrlässig eine schwerwiegende Folge verursacht wird, beispielsweise wird durch die »Befehlsverweigerer« die Schlagkraft der Truppe gefährdet, da die Anzahl der Einsatzkräfte dezimiert wird. Auch besteht dadurch eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Ebenso liegt ein Aufruf des Flugblattes zur Ungehorsamsverweigerung nach § 20 WStG vor. Es ist denkbar, dass sich ein Soldat angeregt durch das Flugblatt, auch nach wiederholter Befehlserteilung nicht zu dessen Befolgung veranlasst sieht. Zudem wird durch das Flugblatt zur Meuterei nach § 27 WStG aufgerufen, indem die Soldaten dazu angehalten werden, auch andere Kameraden zum Ungehorsam zu ermutigen und diese dann demnach folglich auch die Einsatzbefehle verweigern sollten. Eine Zusammenrottung von Soldaten mit dem Ziel der effektiven und gefährlichen Gruppendynamik zur Begehung von Wehrstraftaten ist somit nicht ausgeschlossen. Auch liegt in den Aufrufen des Flugblattes eine Verabredung zur Unbotmäßigkeit nach § 28 WStG, denn auch eine Verabredung zur gemeinschaftlichen Begehung einer Wehrstraftat ist durchaus denkbar und nicht unwahrscheinlich. Ein Aufruf zur eigenmächtigen Abwesenheit bzw. Fahnenflucht nach den §§ 15,16 WStG ist gleichfalls zu besorgen. Es ist nicht auszuschließen, dass Soldaten den Aufruf, sich nicht an den Einsatzbefehlen zu beteiligen bzw. diese zu verweigern, soweit verstehen, dass sie sich eigenmächtig von der Truppe entfernen bzw. Fahnenflucht begehen sollten.«* (Der vorstehende Text wurde wortwörtlich zitiert!)

Diese Begründung ist derart absurd, dass sich eigentlich jeglicher Kommentar erübrigt, wären mit eben jener Begründung nicht Haftstrafen (ohne Bewährung!) ausgesprochen worden. Es scheint so, als habe der Richter seine liebe Mühe gehabt, sich eine Begründung dafür aus den Fingern saugen zu müssen, warum denn mit dem Flugblatt zu einer sprichwörtlichen Armada an Wehrstrafdelikten aufgefordert worden ist...

An späterer Stelle versteigt sich der Richter gar in folgende Überlegungen zur Frage der Unverbindlichkeit von Befehlen: Im übrigen *»wäre die Rechtswidrigkeit der aufgeforderten Tat der §§ 19,20 WStG nur dann entfallen, wenn der Befehl nicht verbindlich war, insbesondere, wenn dieser die Menschenwürde verletzt. Dies lässt sich indes nicht allgemein beantworten. Die Menschenwürde könnte dann verletzt sein, wenn eine Person zum bloßen Objekt, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt würde. Das wird man von einem möglichen Einsatzbefehl hinsichtlich eines direkten nuklearen Waffeneinsatzes durch die Bundeswehr nicht annehmen können, da die Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer politischen Entscheidung auf den Besitz und auch den Einsatz von Atomwaffen verzichtet hat. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich politisch indes entschieden, eine Armee aufzubauen, diese zu bewaffnen und einem Militärbündnis beizutreten. Konsequenterweise würde dann unter Beteiligung des Bundestages, mithin der demokratisch legitimierten Vertretung des deutschen Volkes, und vor allem mit der Zustimmung der im Militärbündnis zusammengeschlossenen Partner entschieden, sich an einem bewaffneten Einsatz zu beteiligen. Diese Wertentscheidung der politisch Verantwortlichen und in diesem Fall auch der Gesellschaft führt letztlich dazu, dass auch die zum Gehorsam verpflichteten Soldaten (§ 11 Soldatengesetz), die zur Umsetzung der politischen Entscheidung verpflichtet sind, ihrem Einsatzbefehl im Grunde nach Folge leisten müssen.«*

Die vier verurteilten Atomwaffengegner Hanna Jaskolski, Martin Otto, Wolfgang Sternstein und Hermann Theisen (v.l.n.r.) Foto: Wolfgang Schlupp-Hauck

Müssen Bundeswehrsoldaten nun also auch im sog. Ernstfall jene in Büchel gelagerten Atombomben einsetzen? Würde ein Atombombenabwurf durch Bundeswehrsoldaten gegen das Völkerrecht und Grundgesetz verstoßen? Statt hierauf eine Antwort zu suchen, verstrickt sich der Strafrichter in Widersprüche und vermeidet zwanghaft, sich auf das juristische Terrain der nuklearen Teilhabe zu begeben. Eben jenes heiße Eisen wollte der Strafrichter wohl tunlichst umgehen, auch wenn es ihm dafür bei der Strafzumessung nicht schwer fiel, mit harter Faust zuzuschlagen.

Zum strafrechtlich schwierigen Terrain der Meinungsfreiheit heißt es lapidar: *»Die Aufforderung der Angeklagten ist auch nicht von der Meinungsfreiheit des Art. 5 GG gedeckt. § 111 Abs. 1 StGB bildete eine Schranke in Form eines allgemeinen Gesetzes im Sinne des Art. 5 Abs. 2 GG. Schutzgut des § 111 StGB ist unter anderem das Interesse an einer funktionierenden Rechtsordnung. Der Bürger soll grundsätzlich nicht zum Verstoß gegen diese Rechtsordnung aufrufen. Vorliegend handelt es sich um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts findet eine Wechselwirkung zwischen Grundgesetz und den allgemeinen Gesetzen statt. Schränken die allgemeinen Gesetze die Grundrechte zwar ein, dies darf indes nicht soweit gehen, dass der Wertgehalt des Grundrechts ausgehöhlt wird. Den Angeklagten wird die Meinung zu vorliegendem Sachverhalt nicht verwehrt, sie haben indes nicht das Recht, über einen Aufruf zur Befehlsverweigerung ihrer Meinungsfreiheit Ausdruck zu verleihen.«* (Der vorstehende Text wurde wortwörtlich zitiert!)

Zusammenfassend kann die Haltung der Staatsanwaltschaft bzw. des Amtsgerichts Cochem nur als komplette juristische Verweigerung einer Auseinandersetzung um die eigentlichen Inhalte des Aufrufs zur Befehlsverweigerung interpretiert werden. Es wurde mit entschiedener Härte verurteilt, ohne dabei auch nur im Ansatz die verfassungsrechtlichen Bezüge des eigentlichen juristischen Sachverhalts zu prüfen oder gar in die Urteilsfindung mit einzubeziehen.

Um es in der Terminologie des Aufrufs auf den Punkt zu bringen: Die Staatsanwaltschaft Koblenz und das Amtsgericht Cochem begingen Fahnenflucht vor ihrer eigenen Profession!

Wie es weiter geht

Die Berufungsverhandlung findet am 29. März 2005, um 9 Uhr vor dem Landgericht Koblenz (Karmeliterstraße 14) statt. Sicherheitshalber sollte man sich den Termin kurz vorher noch einmal bestätigen lassen: Tel.: 0261/102-1752 (AZ: 2010 Js 32620/04 – 7 Ns).

Wer den Aufruf unterzeichnen möchte (und damit allerdings die Einleitung eines Strafverfahrens riskiert) oder weitere Informationen zu dem Strafverfahren wünscht, wende sich an den Autor: Hermann Theisen, Moltkestraße 35, D-69120 Heidelberg.
hermann.theisen@t-online.de
Spenden sind aufgrund der bevorstehenden weiteren Prozesse dringend auf folgendes Konto erbeten: Sonderkonto Hermann Theisen, Sparkasse Heidelberg, Bankleitzahl 67250020, Konto 1000499036.●

PROVINZPOSSE: ZWEIMONATIGE VERHANDLUNG, PROTESTE UND VIELFÄLTIGES THEMENPROGRAMM

Politischer Prozess in Gießen

15. Dezember 2003: Nach einer denkwürdigen, über 10 Stunden langen Gerichtsverhandlung verurteilte der im gesamten Prozess weitgehend inaktive Richter die Angeklagten trotz aneinandergereihter Widersprüche bei Polizeiaussagen und fehlender Beweise zu 9 Monaten Freiheitsstrafe. Weil er eine politische Motivation erkannte, lehnte er mildernde Umstände und die Bewährung ab. Selbst die das Verfahren mit hohem Aufwand sichernden Polizeibeamten hatten vor der Urteilsverkündung mit keiner Bestrafung mehr gerechnet.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Die Angeklagten legten Berufung ein. Im ersten Versuch scheiterte das Verfahren an dem Versuch, das CDU-Magistratsmitglied und Schwester des hessischen Innenministers als Schöffin durchzusetzen. Der Prozess wurde für viele Monate unterbrochen und beginnt nun am Donnerstag, der 10. März, ab 9 Uhr im Landgericht Gießen von Neuem.

Verhandelt werden 13 Anklagepunkten, mit denen Polizei, Politik, Justiz und Presse ihre Wut gegen den kreativen Widerstand der Jahre 2002 und 2003 vor allem gegen die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Gießen und die hessische Sicherheitspolitik an den von ihnen selbst erfundenen Rädelführern herauslassen wollen. Der Prozess ist der Höhepunkt einer Vielzahl erfundener Straftaten einschließlich offensichtlicher Beweismittelfälschungen bis hin zu einer Bombendrohung, einem Brandsatz und Farbspuren. In einer umfangreichen Untersuchung wiesen Aktive der Projektwerkstatt und anderer politischer Gruppen im vergangenen Jahr über 50 Fälschungen und Erfindungen nach. Allein bei ca. 20 Vorwürfen von Straftaten hatten die Taten nie stattgefunden – Graffitis und sogar eine Bombendrohung wurden vollständig ausgedacht, um Oppositionelle zu kriminalisieren.

Diese Dokumentation soll von den Angeklagten im Prozess immer wieder als Nachweis für die Strategien von Justiz und Polizei eingebracht werden. Staatsanwalt Vaupel, der die Anklage vertritt und den Prozess genauso wie Hausdurchsuchungen und andere Repressalien vorantrieb, deckte die Fälschungen, wiederholte die falschen Verdächtigungen selbst und hat im Herbst 2004 sämtliche Ermittlungen im Zusammenhang mit den Erfindungen eingestellt oder schlichtweg abgelehnt. Er selbst konnte sicher sein, von seinen Kollegen aus der Justiz nicht selbst belangt zu werden. Zudem bestand ein enger Draht mit dem aus Gießen stammenden, hessischen Innenminister Bouffier, der selbst auch mehrmals in das Geschehen einwirkte und die Repression gegen die Projektwerkstatt einforderte. Die Angeklagten wollen Staatsanwalt Vaupel seine Unterwerfung gegenüber den Mächtigen vorhalten. Gleichzeitig werden sie das aktuelle Verfahren als Versuch werten, unbequeme Kritiker mundtot zu machen. In mehreren Fällen wollen sie Politikern und Polizisten bewusste Lügen, z.T. vor Gericht, nachweisen. Ob auch Innenminister Bouffier als Zeuge vernommen wird, kann sich aus dem Prozessverlauf ergeben.

Der Prozess selbst ist auf 8 bis 10 Verhandlungstage angesetzt. An jedem Tag soll es um einen Vorwurf gehen, viele ZeugInnen sind geladen. Start ist der 10. März, das Urteil ist für Ende April anvisiert. In diesem Zeitraum planen Gießener Gruppen eine Vielzahl von Aktivitäten, um über die Hintergründe des Prozesses zu informieren und darüber hinaus die Frage von Strafe in der Gesellschaft, der Brutalität des Gefängnisalltags und der Abhängigkeit von Polizei und Justiz von den Regierenden zu diskutieren. Mehrere große Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit bekannten Justizkritikern gehören ebenso zum Programm der Veranstaltungsreihe »Gesellschaft ohne Strafe« wie Filmnächte, Solidaritätsaktionen und Ausstellungen. Die Termine sind in einem umfangreichen Programmheft auf der Internetseite
www.projektwerkstatt.de/prozess zusammengestellt worden.●

Hintergrundinformationen zum Prozess:
Das begleitende Heft zur Veranstaltungsreihe rund um den Prozess bietet alle Informationen zu den Terminen der zwei Monate. Aktuelle Erweiterungen sind ständig unter obiger Webadresse zu finden.

GÜNSTIG BAUEN MIT STROHBALLEN IN LESUM

Strohhaus: 40 qm = 4.000 Euro

Das 40 Quadratmeter Haus (= 30 Quadratmeter reale Wohnfläche) will experimentelle 4.000 Euro an Baukosten nicht überschreiten. Bei einem Quadratmeterpreis von 100 Euro sollte jedoch an Fantasie nicht gespart werden ...

Marc Rosen, Redaktion Bremen Umland ● Das Dach wird preisgünstig mit gebrauchten Offsetdruckplatten bestückt. Demgegenüber findet sich ein Lehmschlammfußboden auf Rasengitterstein- und Flaschenfundament. »Flaschen?«, wundert man sich. »Wodka!«, flunkert Workshopleiter Harald Wedig. Leer, als Säulen eingesetzt, isolieren die gut und verhindern kalte Füße. Sich Mäuse sparen im Haus? Dafür sorgen feine Metallgitter unter dem Putz. – Dem Stroh als historischer Baustoff scheint eine regelrechte Renaissance bevorzustehen. Lange Zeit blieb es als solcher in der Alternativen-Nische verborgen. Derzeit mehren sich Argumente, dass dem Einzug der Strohhäuser in die breite Öffentlichkeit der Vorstädte nichts mehr im Wege stehe. Man muss allerdings noch immer abseits der etablierten Pfade wandeln, um diesen noch etwas scheuen Gesellen, das Strohhaus, zu Gesicht zu bekommen.

Foto: Marc Rosen/Tobias Mattfeldt

Keiner der gut stillsitzen kann: Der Workshopleiter Wedig ist immer in Bewegung

Etwas versteckt an der Lesumbroker Landstraße gelegen, wohnt man bewusst mit den Kreisläufen der Natur. Das Gelände hatte zur Zeit des Ersten Weltkriegs als Friedhof dienen sollen. Als »Insel der Seeligen«. An Toten soll es bekanntlich nicht gemangelt haben. Trotzdem: Es blieb ungenutzt. Bis die Permakultur-Gemeinschaft hier für Leben sorgte. Ein holpriger Pfad führt von der Straße an einem Angelteich vorbei. Ein Parkplatz. Ein Golfspieler. Eine Reihe selbstgebauter, bunter Briefkästen an der kleinen Holzbrücke. Weiter auf einem von Gebüsch umsäumten Schotterweg. An dessen Ende eröffnet sich ein weites Feld, das an frühere Jugendlagerfahrten erinnert. Dessen Mittelpunkt bildet ein hölzerner Aussichtsturm. Versprengt umstanden wird dieser von teils schief-wackelig anmutenden, teils hübschromantischen Eigenbauten. Es ist der 20. August als ich die Wiese überquere. Wolken künden Regen an.

100 % Praxis

Heute beginnt hier in Lesum ein Selbstbau-Workshop mit Harald Wedig zum Thema Strohhausbau. Hierbei wird nicht erst theoretisch am Modell gelernt, sondern direkt am konkreten Objekt: Das zukünftige Haus von Andreas Bethmann. Zum Mitbauen hat er Menschen aufgefordert, die beim Helfen etwas lernen wollen und interessiert sind. »Bauhilfe auf Workshopbasis ist eine alte amerikanische Tradition«, erklärt der holländischdeutsche Workshopleiter. Eine Form der Wissensvermittlung nebst hohem Grad an sozialem Austausch und Teilhabe. Das heißt, staunende Menschen, die ansonsten passiv vorm wachsenden Haus stehen, werden in den Bauprozess miteinbezogen. Strohballenwände erfordern weder übermäßiges Geschick noch virtuoses handwerkliches Können. Sie verzeihen kleine Fehler, locken gar persönliche Kreativität hervor. In der Regel zähle Wedig 10 bis 20 Teilnehmer. Der Aufruf zum Mithelfen hatte Ähnlichkeit mit der Einladung zu einer Gartenparty. Es folgten etwa 15 Stroh-Freaks. Lagerfeuer, Schwimmen, Grillen, Filme- und Dias gucken wurde da in Aussicht gestellt. Das Bauen aber werde ernst genommen, klärt Wedig: »Da sorg ich für!« Sollte man am Vorabend also ein wenig über die Stränge geschlagen haben: »Nach spätestens zwei Stunden ist alles wieder ausgeschwitzt.«

1,– pro Ballen

Warm ums Herz wird auch dem, der sich erstmalig über Baukosten informiert. Ein Strohballen sei beim Bauern bereits ab einem Euro zu haben. Etwa 250 Stück werde man für Bethmanns Haus benötigen. Drei Ballen ergeben einen Quadratmeter Wand, was einen Wandquadratmeterpreis von unschlagbaren drei Euro ergibt. »Und die Wände machen circa 20% der Hauskosten«, so der Fachmann Wedig. Dabei ist der Ballen multifunktional: »Wandbaustoff, Dämmung und Putzträger in einem.« In Norddeutschland existieren zwei alternative Ballenformen: Der »Normale Kleinballen« mit den Abmessungen 28-35 x 40-50 x 60-90 Zentimeter. Sowie die der Großpackenpressen mit den Maßen 50 x 85 x 85-240 cm (kleine Variante). Den gibt's auch noch in groß, zum Hausbau unbrauchbar.

Stroh für alle?

»... das ist nicht nur für Spinner«, vervollständigt Harald Wedig meinen Ansatz. Keiner der gut stillsitzen kann, ist er. Lieber will er raus, um am Haus weiter zu arbeiten. »Stroh zu verbauen ist nicht allzu schwierig«, erklärt er noch. »Ein bisschen handwerklich Arbeiten können, sollte man aber schon: Sägen, Hämmern und so weiter ...« Da reiche ein zweitägiger Workshop oft schon aus. »Richtiges Spezialwerkzeug gibt es dazu kaum.« Vielmehr könne man alle Werkzeuge gebrauchen. Hammer, Taschenmesser, Säge und Zollstock treffen hier auf Hand- und Arbeitsschuhe, Kopfbedeckung, Regenzeug und Halstuch. Die Variante des Strohhauses nach der lasttragenden Bauweise ist ohnehin sehr selbstbaufreundlich. Die Ballen werden dabei, ohne Mörtel, wie große Ziegel im Versatz gemauert und mit Stahl-, Holz-, oder Bambusstangen versteift. Etwa vier bis sechs Wochen nach dem Setzen können die Wände verputzt werden.

USA hat Stroh im Kopf

Um 1800 hat das Bauen mit Stroh in den USA mit der Entwicklung der Strohballenpressen begonnen. Vor allem in den holzarmen Gegenden im Süden der USA hatte man anfänglich Strohhäuser errichtet, bei denen die Wände die Dachkonstruktion trugen. Zwischen den 1950er und frühen 80er-Jahren wurde Stroh als Baumaterial zunehmend durch standarisierte Baustoffe ersetzt. Der Strohballenbau siedelte erst in den 70er-Jahren in andere Länder über. Nach Australien, Neuseeland, Russland, in die Mongolei. Aber auch Frankreich und Finnland – später auch Holland, England, Norwegen, Schweden, Deutschland, Österreich und die Schweiz lernten mit Stroh schnell, kostengünstig, einfach und effizient Häuser zu errichten. 1994 erschien

Die Ballen werden im Versatz »gemauert«. Dazwischen stehen Fenster- und Türrahmen Foto: Marc Rosen/Tobias Mattfeldt

mit der Veröffentlichung »The Straw Bale House« von Athena und Bill Stehen, David Bainbridge und dem Strohpapst David Eisenberg die Bibel aller Strohbauinteressierten. Mittlerweile existieren weltweit mehr als 10.000 Strohballenhäuser. Während sich in den USA und Kanada ein Strohbauboom vollzog, verschlief Europa anfangs diese Entwicklung. »Das amerikanische Netzwerk für Strohballenbau hat es verstanden, die Ämter mit Testbauten und Materialtests von der Unbedenklichkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm propagierten Bauweise zu überzeugen«, erklärt Harald Wedig, zitiert im Buch »Bauen mit Stroh«. Dagegen hafte dem Strohbau in Europa eine Art »Arme-Leute-Image« an, was seine Verbreitung verhindert habe.

Lange Reise – kurzer Sinn

Stroh wird hierzulande, als landwirtschaftliches Abfallprodukt, üblicherweise zwecks Biomasseverwertung, verbrannt. Dabei ist vor allem verbautes Stroh in punkto Nachhaltigkeit zukunftsweisend. Wedig weiß: »Das von der Pflanze aufgenommene Kohlendioxid wird im Haus gebunden. So wird verhindert, dass es zurück in die Atmosphäre gelangt und dort der Klimaerwärmung zuspielt.« Die hohe Dämmfähigkeit des Materials spart dazu Heizkosten. Wobei stehende Strohballen, also mit hochgestellten Halmen, einen höheren Wärmedämmwert als liegende aufweisen. Das liegt daran, dass so die Luftkammern in den Halmen keinen direkten Kontakt zur Umgebung haben, sondern in sich geschlossen sind. Die Luftkammern werden somit zum Dämmstoff. Energiesparend ist weiterhin: Stroh muss als Baustoff nicht industriell gefertigt werden. Obendrein ist Stroh fast überall in der Welt regional verfügbar. Dadurch werden lange Transportwege überflüssig. Nur um sich ein Strohballenhaus einmal näher anzusehen, muss man wahrscheinlich vorerst eine längere Reise in Kauf nehmen.●

Bücher zum Thema:

1) »Der Strohballenbau« ISBN: 3-936896-01-1; Gruber, Astrid und Herbert »Bauen mit Stroh«, Ökobuch Verlag ISBN 3-922964-76-1;
2) Film: »Stroh im Kopf«;
3) www.baubiologie.at;
4) Strohhaus begucken: Barkenhoff, Ostendorfer Str. 10, D-27726 Worpswede, www.barkenhoff-projekt.de

BELLADONNA E.V.

Bremer Mixtur, speziell für Frauen

Was ist belladonna? Eine schöne Frau? Nein. Ein homöopathisches Mittel zur Erweiterung der Pupillen? Auch nein. Eine Kultur- und Bildungseinrichtung für Frauen in Bremen? Ja! – Seit 1986 existiert dieser gemeinnützige Verein mit der Zielsetzung, die politische, gesellschaftliche und kulturelle Bildung von Frauen zu fördern. Seit 1988 hat das Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen, belladonna e.V., in der Sonnenstraße 8 sein Zuhause.

Was ist das Besondere?

Die meisten Fraueneinrichtungen in Deutschland beschränken sich in ihren Angeboten auf einen Bereich. Wir sind interdisziplinär: Wir bieten Kultur – Bildung – Wissenschaft & Forschung – Weiterqualifizierung im Managementbereich und Coachingreihen für Existenzgründerinnen – Tourismus – Beratung als Dienstleistung. Ein Treffpunkt für alle historisch interessierten Frauen, ob Historikerinnen oder Laiinnen, ist die feministische Geschichtswerkstatt. Ergebnisse der Forschungsarbeit sind verschiedene Bücher und Frauenstadtrundgänge. Im Literarischen Salon treffen sich regelmäßig Frauen, um gemeinsam Bücher interpretieren und diskutieren zu können. Bisher wurden über 100 Bücher besprochen.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir mit über 30 bremischen Einrichtungen (von der ZGF bis hin zum RKW der deutschen Wirtschaft), mit 10 überregionalen und sogar mit 5 internationalen kooperiert. 1998 haben wir den ersten Bremer Frauenstadtplan herausgebracht. Und 2003 haben wir erstmals einen Girls-Day mit großem Erfolg durchgeführt.

Wir verstehen uns als Brücke zwischen Einrichtungen der Frauenbewegung und Institutionen wie Gleichstellungsbeauftragte, Gewerkschaften und Parteien, als Vernetzungszentrum im frauenpolitischen Umfeld. Die Kooperation mit anderen Kultur- und Bildungsträgern und Frauneneinrichtungen in Bremen ist für uns von großer Bedeutung. Aktive Mitarbeit leisten wir u. a. im Projekterat des Netzwerks Selbsthilfe, im Vorstand der LAG Soziokultur, in der MV der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin.

Was ist das Einzigartige?

belladonna hat das größte Frauenpressearchiv im deutschsprachigen Raum mit über 330.000 Presseartikeln, die zwecks Recherche und Forschung genutzt werden können. Es enthält außerdem 15.000 Fachbücher, dazu werden auch 260 in- und ausländische Frauenzeitschriften, 700 Diplom- und Examensarbeiten und Graue Materialien archiviert.

Einmalig sind die Sammlungen von ca. 1.000 Plakaten aus der internationalen Frauenbewegung und mehr als 3.000 Videofilmen. Dienstags und donnerstags können Frauen das Archiv nutzen, dabei erhalten sie eine qualifizierte Beratung.

Was ist das Selbstverständliche?

In unseren Angeboten ist der gender-Blickwinkel immer vorhanden. Wir betrachten die »Welt« mit Frauenaugen: Wir sehen und thematisieren die ungerechte Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern genauso wie die ungleichen Lebensläufe. Aber wir entlassen uns Frauen auch nicht aus der gesellschaftlichen Verantwortung für Unrecht (auch durch Frauen). Zunehmend werden Institutionen, Verwaltungen, Parteien und Unternehmen davon überzeugt, dass es Sinn macht, auch die andere Hälfte der Bevölkerung in jeglicher Hinsicht mit einzubeziehen. Endlich werden diese Einrichtungen geschlechtersensibel und die vermeintliche Geschlechtsneutralität in Frage gestellt. *belladonna* macht schon lange das, was jetzt innovativ zu sein scheint. Früher hieß das Feminismus, heute nennt man es Geschlechterdemokratie.

Was ist das Belastende?

Die Planungsunsicherheit seit über 16 Jahren und der damit verbundene tägliche Finanzierungskampf zermürben uns. ZynikerInnen könnten behaupten, das fördere flexibles Denken und Handeln. Es geht hierbei aber um Menschen und Inhalte, um Verlässlichkeit für Nutzerinnen und Sicherheit für Honorarfrauen, Praktikantinnen und Frauenarbeitsplätze. Im *belladonna* arbeiten zzt. 4 Frauen bezahlt, davon 3 in Teilzeit, und mehrere Honorarfrauen und Ehrenamtliche.

Wie ist die aktuelle Lage?

In der Geldvergabe gab es vom Kulturressort eine »eingefrorene« Kontinuität für die Soziokultur. Das traf auch auf *belladonna* zu, allerdings gehörten wir 1996 zu den am meisten gekürzten Kultureinrichtungen (28). Die Grenze ist schon lange erreicht.

Eines ist klar: Wir und die anderen soziokulturellen Einrichtungen/Projekte sind zur Selbstverständlichkeit geworden, ein unverzichtbarer Bestandteil bremischer Kulturlandschaft (laut Mc.Kinsey). Doch wenn es konkret um Geld, Planungssicherheit, um Existenzsicherung geht, wurden bisher andere Prioritäten gesetzt. Eine neue Herausforderung für die Kulturdeputierten und auch für den Gesamtsenat wäre es, insbesondere die Soziokultur und die freien Träger nicht länger als das Kultur-Sparschwein zu betrachten – um Bremens kultureller Vielfalt zuliebe.●

Aus: informationsdienst Soziokultur Nr. 54

belladonna e.V., Sonnenstr. 8, D-28230 Bremen
Tel.: (04 21) 70 35 34, www.belladonna-bremen.de
belladonna bietet Praktikumsplätze für Studentinnen!

ERWERBSARBEIT UND ANDERE TÄTIGKEITEN BEI ALLA HOPP BREMEN

Mindestens 4 Konfliktachsen...

Ursprünglich, d.h. irgendwann in den 1990er Jahren, malten wir uns unsere damalige Zukunft folgendermaßen aus: Wir kaufen ein Haus, ziehen ein, nehmen unmittelbar die notwendigen Umbaumaßnahmen in Angriff und beginnen parallel mit der Entwicklung bzw. Gründung von Erwerbsarbeitsbereichen. Allein, es sollte anders kommen: Trotz intensiver Suche gelang es uns damals nicht, ein passendes Gebäude für unsere Platzbedürfnisse zu finden. Wir mussten deshalb in über 4-jähriger Bauzeit unsere viel zu kleine Bonbonfabrik auf kommunetaugliches Format hochpäppeln. Das aber hatte zur Folge, dass an die Gründung von Arbeitsbereichen überhaupt nicht zu denken war. Wenn überhaupt, wurden bereits bestehende Ideen für Erwerbsarbeitsbereiche neu überdacht und zum Teil auch abgewickelt. Das hat insbesondere die von uns sehr lange und sehr intensiv verfolgte Idee eines alternativen Bestattungsladens betroffen.

Kommune Alla Hopp, Bremen ● Mit anderen Worten: Am Ende unserer Bauzeit hatten wir zwar ein großes Haus, nicht aber Erwerbsarbeitsbereiche für unser tägliches Einkommen. Hieraus entstand die Notwendigkeit, sich erst mal anderweitig umzugucken: Etwa 2/3 aller erwachsenen Alla Hopp-KommunardInnen begab sich auf Arbeitssuche (so denn sie nicht ohnehin schon untergekommen waren). Einige heuerten an in klassischen Aushilfsjobs wie BauhelferIn oder FahrradkurierIn, die meisten jedoch kamen unter in qualifizierten, teilweise auch befristeten 20-Stunden-Stellen: als PädagogIn bzw. LehrerIn, als WissenschaftlerIn, als Bewegungs- und PsychotherapeutIn, als GleichstellungsbeauftragteR an der Uni, als Verwaltungskraft im Mädchenhaus, als MedizinerIn, als Chemisch-Technische AssistentIn, als PhysikerIn, als NGO-AktivistIn, etc. Hand in Hand damit ging die Entscheidung mehrerer KommunardInnen, (Zusatz-)Ausbildungen zu beginnen, insbesondere in Shiatsu, Kräuterheilkunde, antisexistische Jungen- und Mädchenarbeit sowie Gestalttherapie.

Keine Frage, dieser aktuelle Alla Hopp-Trend in Sachen Erwerbsarbeit ist bemerkenswert, jedenfalls im Lichte vieler unserer früheren Verlautbarungen bzw. Absichten: Nicht wenige unserer ehemals gehegten Erwerbsarbeitspläne schlossen nämlich nicht oder allenfalls indirekt an unsere an der Uni oder anderswo erworbenen Qualifikationen an. Erinnerst sei nur an X's »Abbruchunternehmen«. Demgegenüber steht heute Professionalität bei vielen ungleich höher im Kurs – wir werden noch darauf zurückkommen. Ebenfalls anders als geplant ist der Umstand, dass unsere Erwerbsarbeit derzeit keine kollektive Struktur aufweist: Die KommunardInnen, die erwerbsarbeiten, tun das an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten und für unterschiedliche Arbeitgeber. Auch das haben wir so nie gewollt, zumindest mehrheitlich – auch dazu gleich noch mehr.

Brüche und Zäsuren rund um den Bau

Es wird Euch nicht erstaunen, alles das ist mit erheblichen Konflikten einhergegangen: Waren wir während des Baus meist den ganzen Tag zusammen (und taten oftmals dasselbe), so sah die Lage mittlerweile ganz anders aus: das Haus schien jetzt oft wie ein Geisterhaus, vor allem die Gemeinschaftsflächen waren tagsüber immer wieder verwaist, es gab kein selbstverständliches Gravitationszentrum mehr, die Gesamtgruppe traf sich vor allem während des gemeinsamen Abendessens. Das sorgte allerorten für Frust. Vor allem die KommunardInnen, deren zeitlicher Schwerpunkt weiterhin das Kommunegelände war, fühlten sich »irgendwie« im Stich gelassen, es taten sich Unsicherheiten darüber auf, ob die zu Hause geleisteten Reproduktions-, Verwaltungs- und Bautätigkeiten hinreichend gesehen und gewürdigt würden. Umgekehrt sahen sich auch manche AußenarbeiterInnen nicht hinreichend geschätzt (schließlich sei den meisten noch nicht mal der Arbeitsort der jeweils anderen KommunardInnen bekannt geschweige denn der Inhalt der jeweiligen Erwerbsarbeit), und auch hatten einige AußenarbeiterInnen das Gefühl, in ihrem individuellen Tun politisch-moralisch hinterfragt zu werden, und zwar von einer Warte aus, die Kollektivität zum repressiven Zwangskorsett macht.

Mit anderen Worten: ausgehend vom Thema Erwerbsarbeit haben sich verschiedenste, eng miteinander verflochtene Konfliktachsen aufgemacht, unter anderem zwischen folgenden Polen: Innen- und Außenarbeit, Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, professionelle und nicht-professionelle Arbeit sowie entgeltliche und nichtentgeltliche Arbeit. Hinzu kamen weitere Spannungsfelder wie z.B. Freundschaften und Liebesbeziehungen mit Nicht-KommunardInnen vs. dem Bedürfnis, auch mit KommunardInnen enge und persönliche Kontakte leben zu wollen.

Ende 2003 spitzte sich diese Gemengelage zu: Mehrere KommunardInnen fragten sich, ob sie sich innerhalb von Alla Hopp überhaupt noch wohl und gehalten fühlten, wie viel Gruppe sie überhaupt vertrügen, welche Bedeutung sie Erwerbs- oder andere Tätigkeiten in ihrem Leben einräumen wollten, ob das mit der allgemeinen Alla Hopp-Philosophie zusammenpasste, etc. Generelle Ernüchterung war mit Händen spürbar. Wir machten uns auf, in einer Reihe von Treffen die entstandenen Knoten aufzulösen. Vorläufiger Höhepunkt dieses Prozesses war ein sogenanntes Klausurwochenende im April 2004 mit zwei SupervisorInnen aus der Kommune Niederkaufungen. Inzwischen sind viele der zwischenzeitlich sehr existentiell aufgeladenen Gefühls- und Konfliktlagen wieder »runtergekocht«.

Wie es tatsächlich weitergeht, muss der konkrete Prozess zeigen. Klar ist lediglich, im Moment haben eine ganze Reihe KommunardInnen Lust auf gehaltvolle und qualifizierte Erwerbsarbeit. Demgegenüber genießt der Aufbau von gemeinsamen Arbeitsbereichen derzeit keine Priorität, wobei es durchaus einige KommunardInnen gibt, die langfristig in kollektiv verwalteten Alla Hopp-Arbeitsbereichen Geld verdienen möchten. Zur Lust auf gehaltvolle Erwerbsarbeit sei noch zweierlei angemerkt: Erstens, diese Lust ist nicht vom Himmel gefallen: die meisten von uns haben ja zwei bis vier Jahre auf unserer Baustelle gearbeitet, in aller Regel im Status der Bauhelferin. Was es bedeutet, auf diese Weise zu arbeiten, ist also allen ein vergleichsweise eindrücklicher Begriff. Insofern kann

Foto: Alla Hopp

die diesbezügliche Veränderung auch als produktiver Lernprozess verstanden werden. Zweitens, unser Anliegen ist es ja – und im Großen und Ganzen klappt das auch – nicht mehr als 20 Stunden/Woche erwerbszuarbeiten, und es außerdem auch zu ermöglichen, dass nicht alle KommunardInnen ständig erwerbsarbeiten müssen. Um dies überhaupt realisieren zu können, sind wir auf solche Stundenlöhne angewiesen, die gemeinhin nur mit qualifizierter Arbeit erzielt werden können. Diese Dimension

Foto: Alla Hopp

> **Uns ist es nicht genug, nur für uns selbst ein gleichberechtigteres und »besseres« Leben zu verwirklichen. Vielmehr setzen wir auch grundsätzlich kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Strukturen Widerstand entgegen, sind also in den unterschiedlichsten politischen Teilbereichen aktiv.**
>
> **Alla Hopp**

ist eine, die in unseren aktuellen Überlegungen ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

Zurück zu den ruhigeren Gewässern, in die wir mittlerweile wieder eingebogen sind: Eine weitere wichtige Erkenntnis lautete, dass wir uns bemühen müssen, mit der gegenwärtigen Situation so bewusst und sorgfältig umzugehen wie irgend möglich. Wenn es nun mal so ist, dass wir individuell erwerbsarbeiten, dann gilt es, die Effekte davon (z.B. häufige Abwesenheiten Einzelner) besser im Auge zu behalten, nicht zuletzt mittels Kommunikation und Transparenz. Das klappt inzwischen sehr viel besser als ehedem.

Last but not least

So kompliziert einige der von uns gedrehten Schleifen gewesen sind, um unsere gemeinsame Kasse bzw. Geld ist es eigentlich nie gegangen. Oder in anderen Worten: dass wir unser Geld zusammenschmeißen und jede bzw. jeder soviel kriegt, wie sie bzw. er braucht, dieses grundlegende Prinzip ist im Zuge der Debatten um individuelle Erwerbsarbeit zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden. Wenn überhaupt, so gibt es die Diskussion darum, wie wir mit unserer insgesamt eher klammen Alla Hopp-Haushaltslage umgehen sollten: Während die einen lieber etwas mehr Geld verdienen möchten, sagen andere, dass die kollektive Erwerbsarbeitszeit auf keinen Fall erhöht werden dürfe, sie plädieren stattdessen für Sparen – z.B. Trampen statt Zugfahren. Letztlich ist das ein nicht auflösbares Spannungsfeld. Denn weder werden KommunardInnen zum Verzicht von irgendetwas gezwungen noch zur Erwerbsarbeit verdonnert. Hier ist es uns vielmehr wichtig, die Fragen immer wieder neu, d.h. im Prozess zu klären. Gegebenenfalls schließt das Konflikte über unterschiedliche Verantwortlichkeiten oder Bedürfnisse mit ein. Denn auf andere Weise, etwa mit strikten Regeln, geht es nicht, zumindest darüber herrscht völliges Einverständnis.

Spätestens nun gilt es mit einem (möglichen) Missverständnis aufzuräumen: Die Tatsache, dass wir uns in Sachen Erwerbsarbeit eher wenig begegnen, heißt natürlich nicht, dass wir auch im sonstigen Alltag wenig oder nichts miteinander zu tun hätten. Schließlich erwerbsarbeiten beileibe nicht alle, und die, die erwerbsarbeiten, tun das ja auch »nur« auf halber Zeit-Flamme – womit wir endlich bei einem neuen Thema angelangt wären: Politik & Widerstand...●

Auszüge aus dem noch nicht veralteten Alla Hopp-Rundbrief 20

»Kommune – Widerstand und gelebte Utopie« Infos unter www.contraste.org

FAIRKEHRS-MELDUNGEN

Die Konferenz »Autofreies Wohnen« braucht Unterstützung

Wer autofrei lebt, ist ein Sandkorn im Getriebe der Autogesellschaft, doch ein autofreies Wohnviertel ist eine Oase und gleichzeitig eine nicht zu ignorierende Provokation. In Hamburg und Freiburg wurden solche autofreien Oasen erfolgreich erbaut, in anderen Städten sind ähnliche Projekte noch am Anfang.

Damit sich die Engagierten miteinander austauschen und von den erfolgreichen Projekten lernen können, veranstaltet »autofrei leben!« e.V. vom 17. bis 19. Juni 2005 in Hamburg einen Kongress rund um das Thema »autofrei Wohnen«. Es werden hochkarätige Sprecher und eine anregende Stimmung erwartet. Die autofreie Siedlung Hamburg kann besichtigt werden, und es gibt Referate zu praktischen Themen wie Finanzierung, effektiver Pressearbeit sowie Erfahrungsberichte bis hin zu allgemeinen Themen wie der Soziologie autofreier Haushalte, die Poesie der Autofreiheit oder die Frage, ob die Wirtschaft in einer autofreien Gesellschaft zusammenbrechen wird.

Leider ist es nicht gelungen, öffentlich gefördert zu werden. Zwischen den erwarteten Einnahmen durch Teilnehmerbeiträge und den Kosten klafft noch eine Lücke, die wir mit Spenden zu überbrücken versuchen. Wir brauchen einen Betrag von 2.000 Euro, also beispielsweise 40 Menschen, die 50 Euro geben. Darum bitten wir diejenigen, die auf diese Weise das autofreie Wohnen fördern können und möchten, ihre Spende möglichst bald mit der Bemerkung »Kongress« auf folgendes Konto zu überweisen: autofrei leben e.V., Konto: 6003 404 200, Bankleitzahl 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank eG, Nichtmitglieder geben bitte auch ihre Postadresse an. Ab einer Spende von 50 Euro gibt es freien Eintritt zur Veranstaltung (dieser kostet sonst 20 Euro) und eine Spendenquittung.

Außerdem könnt Ihr die Konferenz durch ehrenamtliche Mithilfe unterstützen, z.B. beim Erstellen und v.a. Verbreiten von Werbematerialien (Poster, Flyer, Anzeigen, Webseite). Wer hierbei helfen kann, möge sich bei Udo Schuldt melden.
E-Mail: Udo.Schuldt@ag2100.de
(0 40) 69 64 04 42

19. Juni 2005 Großdemo in Hamburg: Mobil ohne Auto und Motorrad 100 000 Fahrräder – die Straße gehört uns!

Für die Sternfahrt am 19.6.2005 in Anschluss an den »Autofrei Wohnen« Kongress werden mindestens 100.000 TeilnehmerInnen erwartet. Endlich wird es möglich sein, ohne Lärm und Gestank und bei mäßigem Tempo eine einzigartige Rad-Fahrt zu erleben. Auf den Strahlen eines Sterns werden die TeilnehmerInnen aus den Stadtteilen abgeholt und fahren auf attraktiven Routen, z.B. über die Köhlbrandbrücke, in die Innenstadt. Die 100.000 Radfahrer/innen und mehr werden nicht zu übersehen sein und auf die Zusammenhänge zwischen Verkehrsentwicklung und Umweltzerstörung aufmerksam machen. Und dabei ihren Spaß haben, einmal nicht an den Rand gedrängt zu werden, sondern sich die Straße zurück zu erobern. Die Organisation übernimmt ein Bündnis aus Umwelt- und Naturschutzverbänden, Verkehrsinitiativen und sozialen Gruppen von ADFC über attac, BUND, Greenpeace, Naturfreunde, bis zum VCD, »autofrei leben!« und Stadtteilinitiativen wie »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg«.
Nähere Informationen sind zu finden unter:
www.fahrradsternfahrt-hamburg.de

Materialien für ein autofreies Leben

Für den Eigenbedarf oder als Geschenk:
Buch »ÜberLeben ohne Auto« 7,50 Euro (ab 5 Stück 5,55 Euro)
T-Shirts mit Wasserkickmännchen-Motiv oder »Auto? – Hab ich nicht nötig!« 8,50 Euro
Leinentaschen mit dem Text »Auto? – Hab ich nicht nötig!« 1,10 Euro
Postkarten (Wasserkickmännchen/ ein Männchen, das ein Auto in den Papierkorb wirft) 0,15 Euro
Buchlesezeichen 0 Euro
Broschüre für Auto-Aussteiger 1,00 Euro
Broschüre »Thesen zum Selbstverständnis der Autofreien« 0,50 Euro
Außer bei den Büchern kommt zu den Preisen das jeweils anfallende Porto hinzu.
Bestellung bei berlin.autofrei@gmx.de
(0 30) 27 59 42 44

Termine für ein autofreies Leben

23.-24.04.2005 Spezialradmesse in Germersheim
05.-07.05.2005 Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) in Bremen
18.-19.06.2005 Konferenz »autofreies Wohnen« in Hamburg, anschließend Radsternfahrt
19.06.2005 Mobil ohne Auto-Sonntag
21.06.2005 Autofreier Hochschultag
18.-21.07.2005 Konferenz »Towards Carfree Cities V« des WCN in Budapest, Ungarn
(http://worldcarfree.net/conference/)
09.-14.07.2005 Radtour von Frankfurt nach München
27.7.-7.08.2005 Tour de Natur (noch in Planung: evtl. von Erfurt/Eisenach, Kassel nach Frankfurt)
16.-22.09.2005 Europäische Mobilitätswoche (Do, 22.9.: In die Stadt ohne mein Auto)
22.-23.09.2005 6th International Conference on Walking in the 21st Century
(http://www.walk21.ch/)
22.9.05 Starttag der Kampagne »Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten« info@fuss-ev.de

Näheres unter www.autofrei.de

WERBEPLAKATE VON »UNIVERSELLES LEBEN« VERÄNDERT

Drängt eine Sekte in die Naturkost- und Tierrechtszene?

Seit Ende 2004 ist die totalitäre Sekte »Universelles Leben« (UL) um die Prophetin Gabrielle Wittek mit einer Plakatserie bundesweit im öffentlichen Raum präsent, die für unbedarfte BetrachterInnen einen harmlosen Eindruck erweckt – ein paar Tiere, die darum bitten, nicht gegessen zu werden. Nach Berichten auf Indymedia (www.de.indymedia.org) wurden diese Plakate in einigen Städten inzwischen mit Spruchblasen kommentiert, welche die Werbeaktion in ein anderes Licht rücken. Die Spruchblasen enthielten Sprüche wie »Für eine Welt ohne Religion, autoritäre Strukturen und Sekten wie UL« oder »Unsere Gesichter werden benutzt, um Spenden für eine totalitäre Sekte zu zocken«. Doch für was steht eigentlich die Organisation »Universelles Leben«?

Espi Twelve, Red. Selbstorganisation im Alltag ● Universelles Leben ist nach Ansicht ihrer KritikerInnen eine Sekte mit ausgeprägten autoritären Strukturen, der ein bayrisches Verwaltungsgericht bereits 1995 einen »Hang

UL-Residenz in Würzburg

zum Totalitären« attestierte. Da sie den Himmel auf Erden verwirklichen wollen, sollen die Mitglieder ihren Besitz an UL abtreten und fleißig in den UL-Betrieben »bienen« (UL-Jargon), ohne Lohnerhöhungen zu fordern oder zu fragen, wer davon eigentlich profitiert (siehe auch CONTRASTE Nr. 163, April 1998). Die Mitglieder werden massiv dazu gedrängt, sich ausschließlich in der von UL aufgebauten Parallelwelt zu bewegen und Kontakte zur »Außenwelt« aufzugeben. Besonders stark vertreten ist UL in und um Würzburg – insgesamt verfügt die Organisation über ein kaum überschaubares Geflecht von Betrieben und (Tarn-)Organisationen, die ihre Nähe zu UL oftmals kategorisch leugnen. Ein Beispiel für Tarnorganisationen bildet die »Initiative Mahnmal für die Opfer der Kirche«, welche mit der Kritik an den Verbrechen der Kirche versucht, die religiöse Konkurrenz anzugreifen.

In den Lehren der Sekte mit urchristlichem Gewand haben auch offenkundig antisemitische Tendenzen und Menschenverachtung einen festen Platz – so gibt unter anderem Gabriele Wittek höchstpersönlich den Juden die Schuld für ihre Verfolgung: »Seit nahezu 2.000 Jahren ernten die Juden von einer Fleischwerdung zur anderen, was sie damals und auch in ihren weiteren Einverleibungen gesät haben.« (Gabriele Wittek in: Das ist mein Wort). Auch in anderen Äußerungen von ul-nahen Persönlichkeiten und Publikationen wird eine abstruse Karmalehre benutzt, um jüdische Menschen als VerursacherInnen ihrer eigenen Unterdrückung hinzustellen.

Zufällige Überschneidungen oder gezielte Unterwanderung?

Seit Anfang 2002 versucht Universelles Leben verstärkt, sich in der Naturkostszene sowie in Tierschutz- und Tierrechtszusammenhängen auszubreiten – unter anderem über die UL-Firma »Gut zum Leben« (hat zahlreiche Läden in Deutschland und ist auf Märkten vertreten und den »Lebe-gesund-Versand«, die beide ökologische, vegetarische und vegane Produkte vertreiben. Der ul-nahe Verlag »Das Brennglas« verbreitet reißerisch aufgemachte Broschüren gegen Jagd. Auch die an Kiosken erhältliche Zeitschrift »Freiheit für Tiere« ist nach Ansicht von KritikerInnen ein UL-Organ. Auf dem Tierrechtskongreß (September 2002) in Wien traten ganz selbstverständlich die UL-ProtagonistInnen Dr. Sailer und Julia Brunke auf (Redakteurin des ul-nahen Verlags »Das Brennglas«).

Daneben gibt es weitere personelle Verflechtungen mit Tierrechtszusammenhängen. Trotz deutlicher Aussagen seitens kritischer TierrechtlerInnen ist Universelles Leben vielerorts immer noch geduldet oder sogar akzeptiert – mit »die machen ja gute Tierrechts-Arbeit« und ähnlichen Begründungen werden die massiven Bedenken gegenüber einer autoritären Organisation weggewischt, die unter dem Deckmantel der Tierliebe versucht, neue AnhängerInnen zu rekrutieren und Spenden einzutreiben.

Foto: indymedia

Universelles Leben und der Umgang mit Kritik

Kritische Stimmen werden regelmäßig von UL mit juristischen Klagen und Abmahnungen überzogen. Nach der Veröffentlichung eines kritischen Berichts zu den Hintergründen der Sekte im Oktober 2002 wurde das Tierrechtsmagazin »voice« (www.voice-online.de/) mit einer regelrechten Welle an Einstweiligen Verfügungen überzogen. Neben solidarischer Unterstützung derer, die von UL juristisch angegangen werden, scheint es aber vor allem nötig zu sein, dass mehr Menschen und Gruppen nicht mehr schweigen und deutlich machen, dass die Aktivitäten der Sekte auf klare Ablehnung und kreativen Protest vieler treffen.●

Links zum Weiterlesen

- Dokumentation der kritischen Auseinandersetzung um UL: www.ul-doku.de.vu
- Erobert eine Sekte den Biomarkt? http://antispe.de/txt/gzlnatur.html
- (Tarn-)Organisationen von UL: http://home.arcor.de/veganwitch/ul/universelles-leben.html
- Soli-Kampagne für die voice und Meiningsfreiheit: www.freespeech.info
- Die »Prozess-Sekte« UL: www.agpf.de/Wittek-Prozesse.htm

REZENSIONEN

Das Gespenst Fundamentalismus

Ohne Zweifel wird der Fundamentalismus immer mehr zu einem gesellschaftlich bedeutenden Thema. Längst hat seine quantitative Bedeutung jene der so genannten Sekten überschritten, ist doch selbst der amtierende US-Präsident George Bush dem christlichen Fundamentalismus zuzuordnen. Begriffe wie »true love waits«, d.h. kein Sex vor der Ehe, und »Heiliger Krieg« spuken vermehrt wieder durch Kommentare und Broschüren. Verständlich und erfreulich, dass darauf publizistisch reagiert wird.

Wobei die erschienenen Bücher – hier seien exemplarisch drei Werke kurz besprochen – nicht immer Anlass zu ungetrübter Freude geben. Das gilt für die Arbeit von Dag Tessore, der den »Heiligen Krieg« samt seiner Mystik in Islam und Christentum unter die Lupe nimmt. Ein verdienstvolles Unterfangen, wenn man bedenkt, dass dieses Konzept nicht nur ideologischer Pate für den religiös fundierten Terrorismus und für etliche rechtsextreme Gruppen ist, sondern auch weite Teile der europäischen Geschichte mitprägte; sehr zum Leidwesen vieler Kulturen und Menschen. Tessore bemüht sich, die Charakteristik der Faszination des »Heilgen Krieges« zu verdeutlichen: So wird die Alltagsrealität unterbrochen, Schrecken und Faszination führen zu einer Mischung aus Angst und Ekstasen, der Mensch kommt mit einer »höheren« Dimension in Kontakt indem er die »Nichtigkeit« seines Lebens im Krieg erfährt. Ohne Zweifel sind es Extremsituationen, die zu Grenzerfahrungen führen können.

Aber genügt hier ein »Verstehen«, um das sich der Autor bemüht? Ist hier nicht immer noch Kritik angesagt? Hier eine der vielen Stellen, die das »Verstehen« des Autors bedenklich erscheinen lassen: »Auf die gleiche Weise hat sich die Kirche, anstatt sich dem Krieg gegenüber völlig verschlossen zu zeigen und gegen die Natur zu handeln, den angeborenen männlichen Ruf zur Welt des Krieges aufgenommen, auf dass der Mann nicht frustriert und zutiefst eingeschränkt werde.« (S.51)

Das klingt freilich nicht so sehr nach »Verstehen«, sondern viel mehr nach Rechtfertigung. Immer ist es eine asketische, sinnenfeindliche Spiritualität, die zur mystischen Grundlage der »Heiligen Kriege« wird. Das freilich wird vom Autor weder benannt noch kritisiert. Seine Ausführungen scheinen eine Verherrlichung der Kriegsmystik zu sein, wo es jedoch – zumindest nach Ansicht des Rezensenten – um Nekrophilie und pathologische Todessehnsucht geht. Wenn dann noch Swami Bhaktivedanta Prabhupada, Gründer der umstrittenen Iskcon (»Hare-Krishna-'Sekte'«), als großer spiritueller Meister des 20. Jahrhunderts (S.225) definiert wird, dient das Buch sicher nicht zur Aufklärung, bestenfalls zur kritischen Auseinandersetzung. Sicherlich ist es der konservativ bis reaktionär gewordene Zeitgeist, der den »Heiligen Krieg« derart unkritisch dem Leser / der Leserin nahe bringt.

Weitaus unverfänglicher geht Carola Meier-Seethaler vor. Sie sucht den Fundamentalismus und das Konzept des »Heiligen Krieges«, wie es sich im Terror der Gegenwart immer wieder zeigt, nach mythologischen Hintergründen ab. Ihre Spurensuche führt in das alte Mesopotamien, in jene geschichtliche Grauzone, in der sich der Wechsel von mutterrechtlichen Kulturen zum viel zitierten Patriarchat vollzog. Patriarchale Mythen, wie jener vom Drachentöter, verherrlichen den Held und seinen Kampf und präg(t)en das Männerbild unserer Kultur in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß. Die Autorin ortet eine bedenkliche Wiederkehr dieser alten Krieger-Mythen in moderner Form, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr vorkam.

Sie geht dabei auf neueste Entwicklungen ein, untersucht Superman, Science Fiction-Werke und nicht zuletzt US-Präsident George Bush. Wenn ihre Thesen auch sicherlich nicht unwidersprochen bleiben werden und das Auge der exakten Wissenschaft um Nachsicht gebeten werden darf, so ist das Buch zumindest der Lektüre und des Nachdenkens wert. Dass die Autorin sich deutlich vom Fundamentalismus distanziert, den sie als »Ethnozentrismus mit religiösem Fanatismus«, »irrationale(n) Glaube(n) an die Auserwähltheit der eigenen Kultur mit dem Herrschaftsanspruch, andere gewaltsam zu missionieren und zu bevormunden« definiert, entspannt den mündigen Leser / die mündige Leserin.

(Dazu eine kleine Abschweifung: Wenn von Mesopotamien die Rede war, dann sei hier auf das Buch von Brigitte Groneberg, »Die Götter des Zweistromlandes«, verwiesen, das eine interessante Einführung in die religiöse und mythische Welt der Sumerer, Babylonier und Assyrer bietet, die der interessierte Leser / die interessierte Leserin mit den Ausführungen von Meier-Seethaler vergleichen kann.)

Empfehlenswert ist ein kurzer Text von Hansjörg Hemminger, »Religiöser Fanatismus«, der in der EZW-Schriftenreihe erschienen ist. Hemminger, Experte in Sachen »Sekten«, untersucht differenziert die vielschichtige Begrifflichkeit rund um »Fundamentalismus« und »Fanatismus«. Er versucht, psychologische Erklärungsmodelle für religiösen Fanatismus anzubieten, beschreibt verschiedene Typen religiöser FanatikerInnen und geht ausführlich auf die innerseelischen Funktionen einer dogmatisch-engstirnigen Spiritualität ein. Alternativen und Gegenstrategien werden aus theologischer Sicht präsentiert. Die Broschüre bietet einen verständlichen, grundlegenden Einblick in das Wesen fundamentalistischer Spiritualität, wobei der kritische Ansatz des Autors wohltuend spürbar wird.●

Dr. Roman Schweidlenka

Dag Tessore: Der Heilige Krieg im Christentum und Islam, Patmos, Düsseldorf 2005, 260 Seiten, 25,60 EUR
Carola Meier-Seethaler: Das Gute und das Böse. Mythologische Hintergründe des Fundamentalismus in Ost und West, Kreuz, Stuttgart 2004, 170 Seiten, 25,90 EUR
Brigitte Groneberg: Die Götter des Zweistromlandes, Artemis&Winkler, Düsseldorf/Zürich 2004, 290 Seiten, 30,80 EUR
Hansjörg Hemminger: Religiöser Fanatismus. Ursachen und Hilfen, EZW-Texte 178, Berlin 2005, 32 Seiten (zu beziehen: info@ezw-berlin.de), Preis unbekannt

Anzeige

GEGENENTWÜRFE

Organisierung von unten

Netzwerke und Bündnisse »von unten«

Antifas, Attac-Gruppen, Ökos, soziale Gruppen, Frauenhäuser, Studigruppen und Bürgerinitiativen füllen die Adressverzeichnisse – auch wenn die Hochphase für viele Gruppen vorüber ist. Vielerorts gibt es sogar mehrere Öko- oder Antifagruppen. Das reicht zu Streit gegeneinander, Macht- und Ausgrenzungskämpfen bis hin zum erbitterten Wahlkampf um AStA-Posten, SchülerInnenvertretungsgeldern und mehr. Kooperationen dagegen sind eher selten und bestehen meist nur zwischen wenigen Gruppen. Viele arbeiten auf sich bezogen, treten unter eigenem Namen auf und zeigen bei der Frage von Kooperation und Vernetzung ebenso Furcht vor Kontrollverlust wie in der internen Struktur. In wenigen Ausnahmen, vor allem bei der Vorbereitung größerer Aktionen gegen Kriege, Sozialabbau usw., bilden sich Bündnisse.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten Verschärft tritt in Bündnissen und Vernetzungen das Problem kollektiver Identitäten auf. Nicht Menschen agieren zusammen, sondern VertreterInnen, die krampfhaft versuchen, die Meinung ihrer Gruppe wiederzugeben und damit die Konstruktion der identitären Gruppe selbst vorantreiben. Zudem beraubt sich das Bündnis jeglicher Dynamik und Spontanität, weil alles erst noch in den Basisgruppen besprochen werden muss. Ein persönliches »Ja, ich mache mit« oder »Ich mache dies oder das« wird selten. Alles läuft im »Wir«, vorsichtig taktieren die GruppenvertreterInnen, nicht selten prägen versteckte Machtkämpfe das Geschehen.

Hinzu kommt, dass Bündnisse selbst identitär konstruiert sind. Einheitliche Namen und Label müssen her, eine feste Form wird vereinbart mit Abstimmungen und zentralen Treffen. Meist wird ein Koordinierungskreis oder eine Steuerungsgruppe bestimmt. Dort landen die ohnehin dominanten Personen mit den größten Zeit- und materiellen Ressourcen. Bei Aktionsinhalten und -formen regiert das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners – der Kompromiss zwischen 1 und 100 ist dann nicht 50 oder 51, sondern 1, weil 1 auch in 100 enthalten ist. Diese Logik zeigt Furcht, das geringe Selbstbewusstsein und das Ringen um Kontrolle. Mutige Positionen und kreative Aktionskonzepte haben in einer solchen Atmosphäre keine Chance.

Vernetzung und Kooperation bedürfen keiner Formalisierung. Einheitliche Namen und Strukturen schaffen nur neue handelnde Subjekte, die als identitäres Kollektiv agieren statt die Handlungsfähigkeit der autonomen Teile erhöhen. Die Organisationseliten der meist als Bündnisse konstruierten Zusammenarbeit fürchten auch in der Ebene oberhalb der Basisgruppe ständig um ihren Einfluss und ihre Kontrolle. Machtkämpfe zwischen hierarchisch organisierten, identitären Basisgruppen laufen ständig. Gänzlich unverstellbar ist meist, dass innerhalb einer Zusammenarbeit eigenständig Menschen oder Teilgruppen agieren. Das Plenum wird fast religiös zum entscheidenden Punkt stilisiert und das Abstimmen aller über alles, d.h. die Dominanz des Kollektiven über das Autonome wird als Basisdemokratie verklärt. Mit solchen Strukturen sichert sich das Ganze die Herrschaft über die Teile. Praktisch bedeutet das die Herrschaft der Eliten über die Teile, denn das Ganze agiert nicht als Summe aller, sondern durch die dominanten Personen und Strömungen, die im Namen des Ganzen agieren, sprechen und sich mit taktischen Mitteln die Mehrheiten verschaffen.

Der Gegenentwurf ist ein offener Treffpunkt, bei dem Streit, Austausch und kreative Debatte um Strategien im Mittelpunkt stehen.

Verzicht auf zentrale Entscheidungen

Kernpunkt der formalen Veränderung ist der totale Verzicht auf zentrale Entscheidungen. Die Basisdemokratie wird wie jede andere Form der Entscheidungsfindung einfach abgeschafft. Künftig findet das statt, an dem genügend Leute oder Gruppen Interesse oder Lust haben, es mit umzusetzen. Niemand spricht mehr im Namen des Ganzen. Diese Situation wird offensiv vertreten, denn sie bricht mit der Erwartungshaltung von außen. Presse, Politik und andere fordern zentrale Ansprechgremien und -personen ständig ein. Es bedarf eines aktiven Erklärungsaufwandes, die andere Form zu vermitteln. Aber das ist bereits politische Aktion – sogar mit visionären Aspekten, denn der Verzicht auf Entscheidungsfindungen deutet auch Alternativen für die Gesamtgesellschaft an. Alles, was geschieht, geschieht aufgrund der Vereinbarung der konkret Betroffenen bzw. Interessierten sowie auf der tatsächlich stattfindenden Kooperation gleichberechtigter Teile des Ganzen. Welch eine beeindruckende Vision ist es allein schon, sich Treffen deutscher politischer Gruppen vorzustellen, bei denen es nicht mehr um Wahlen, Abstimmungen über die einzig richtige Aktionsform, das gemeinsame Label, die einzige gemeinsame Presseinformation, den einzigen und gemeinsamen Aufruf usw. geht! Welch ein Potential an Kreativität und Energie könnte allein dadurch frei werden, dass Menschen nicht mehr um Mehrheiten kämpfen müssen, um ihre Ideen umzusetzen.

Zwei Hände verdecken das Gesicht eines Mannes

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Verzicht auf zentrale Strukturen

Fast überall gibt es zentrale Strukturen. Modern ist, diese verklärt zu benennen als Koordinierungs- oder Vorbereitungskreis, oftmals sind sie gar nicht direkt erkennbar, sondern nur informell tätig. Doch politische Bewegung braucht gar keine zentralen Strukturen. Auch das Attac-Netzwerk hätte ganz anders und ohne Bundesgeschäftsstelle aufgebaut werden können. Das hätte allerdings den Interessen der Führungskader widersprochen, die ja als zentrale Personen und SprecherInnen auftreten wollten. Denkbar ist aber sehr wohl, dass innerhalb von Attac wie in allen anderen Vernetzungen nirgends eine Zentrale vorhanden ist, sich sehr wohl aber Projekte, Kampagnen oder was auch immer ein Büro, eine Projekt-Kontaktstelle u.ä. schaffen können. Diese Stellen stehen dann gleichberechtigt nebeneinander als Ansprechadressen nach außen. Alle können selbst nach außen treten oder im Namen derer, die sich für ein Projekt konkret zusammengefunden haben und sich geeinigt haben auf eine gemeinsame Position. Wieweit sie kooperieren, ist ihre Sache, d.h. Kooperation entsteht von unten. Wenn es gemeinsame Initiativen gibt, werden sie von denen getragen, die sich dafür interessieren.

Mit dem Verzicht auf SprecherInnen, zentrale Strukturen und gemeinsame Entscheidungsfindung ist der Verzicht auf ein gemeinsames Label und die kollektive Identität insgesamt verbunden. Das ist nicht nur ein »Nein«, sondern bietet Ansatzpunkte für visionäre Debatten und Reibung mit der herrschaftsförmigen Gesellschaft, in der kollektive Identitäten (Nationen, Clubs und Clans, Parteien und Firmen, Polit- und Religionssekten, Familien und Cliquen) so prägend sind. Das die Selbstbestimmung ständig brechende »Wir« dominiert die Kommunikation und die Diskurse. Dem ein offensives Experiment entgegenzustellen, d.h. den Verzicht auf einen einheitlichen Namen, auf ein Label usw. auch deutlich zu benennen, kann bereits eine politische Aktion sein. In der konkreten Arbeit verhindert es in großem Umfang Bürokratie, notwendige zentrale Treffen und Entscheidungsfindungen. Es schafft die Basis für Vielfalt und Dynamik.

Streiten und Diskutieren ohne Anspruch auf Dominanz

Die Aufteilung in Gruppen mit fester Identität, meist einem Label, »Wir«-Gefühl und internen Dominanzen hat Folgen: Immer wieder prägen »Hahnenkämpfe« der jeweiligen Führungspersonen die Bündnistreffen. Verschärft wird das durch die Art, wie gestritten wird – nämlich auf Sieg und Niederlage, verpackt in Objektivitäten und Wahrheiten. Abstimmungen und angestrebtes, einheitliches Auftreten fördern das Prinzip von Gewinnen oder Verlieren. Streit hat nicht die Funktion des kritischen Hinterfragens, der Weiterentwicklung von Positionen und Strategien, sondern der Vernichtung der anderen Position, des Durchsetzens und der Ausübung von Dominanz.

Ebenso fördert Harmonisierung keine offenen Struktu-

Fortsetzung auf Seite 8

In den Himmel reichende Hände

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BAUSTEINE FÜR HIERARCHIEFREIE UND KREATIVE TREFFEN

Kollektives Brainstorming und Tuschelrunden als Start

Ein fertiges Kongressprogramm setzt vielfältige Hierarchien voraus und schränkt Offenheit ein. Der einfache Wegfall von Vorgaben führt aber nicht zu Selbstorganisation oder gar einem gelungenen Open Space. Für einen kreativ-dynamischen Prozess ist es wichtig, dass Menschen ihre eigenen Ideen und Interessen formulieren. Bei kleinen Treffen bis 100 Leuten ist dazu die Methode der Tuschelrunde sehr geeignet – folgende Idee ist eine Weiterentwicklung für größere Treffen.

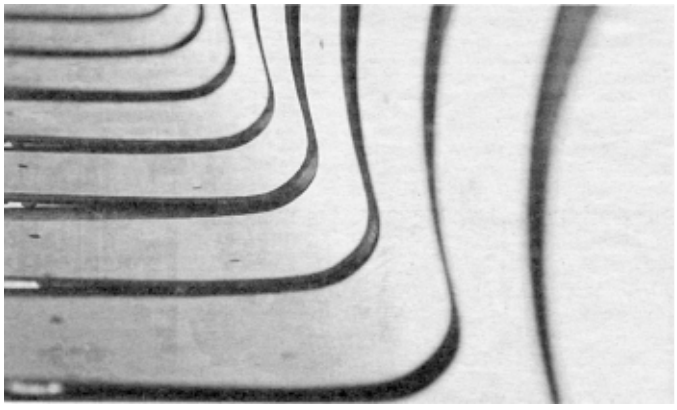


Foto: Archiv

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten Es gibt einen gemeinsamen Start in einem großen Raum oder einer Halle. Anfangs werden Interessen oder Themen gesammelt, auf die Menschen Lust haben. Im besten Fall laden unterschiedliche Leute einfach dazu ein, sich zu einem bestimmten Thema in einem Raum oder einer Ecke zu treffen. In den jeweiligen Gruppen überlegen dann die Menschen, welche Workshops oder Ideen wer umsetzen will. Größere Runden können auf »Tuschelrunden« zurückgreifen, d.h. es finden sich immer 5-6 Leute zusammen und tauschen sich kurz über ihre Erwartungen, Wünsche und Ideen aus. Nach ein paar Minuten gehen die Gruppen auseinander und setzen sich neu zusammen – schon nach wenigen Wiederholungen dürfte mensch viele, intensive Eindrücke haben. Die ausgetauschten Ideen können auf Kärtchen gesammelt werden ... diese Phase kann dazu genutzt werden, um Verabredungen für Workshops zu treffen oder Bezugsgruppen zu bilden.

Tuschelrunden-Phasen können auch als Start in einzelne Tage dienen oder neuen Schwung bringen, wenn das Treffen gerade durchhängt. Im besten Fall entsteht das »Programm« fast völlig vor Ort bzw. ist in ständigem Wandel. Das schließt nicht aus, dass es auch vorbereitete Workshops gibt, aber auch ReferentInnen sollten die Offenheit mitbringen, dass ganz neue Ideen entstehen können. Wichtig ist, nicht zu starr an der Methodik zu kleben – auch dieser Vorschlag ist nur eine denkbare Variante unter vielen.

Trainings in der Startphase

Selbstorganisierung fällt nicht vom Himmel. Damit später statt dem Plenum konkrete Menschen agieren, ist es sinnvoll, in der Anfangsphase Trainings bzw. Workshops zu organisieren, welche die Handlungsfähigkeit stärken können. Themen: Selbstorganisierung (z.B. woher kommt das Essen?), Direkte Intervention (gegen Sexismus und andere Formen von Diskriminierung) oder Entscheidungsfindung »von unten« (z.B. Möglichkeiten, Probleme ohne Plenum zu klären usw.). Auch die Idee von Open Space sollte intensiv vorgestellt werden, damit am Ende nicht nur eine lahme Kaffepause dabei heraus kommt – auf vielen Kongressen wurde »Open Space« leider nur als Werbetrick benutzt, ohne jedoch das Konzept ernsthaft umsetzen zu wollen.

TREFFEN ALS OFFENE RÄUME

Organisierung von unten

Horizontalität, Kommunikation, gleichberechtigte Zugänge

Die Idee offener Räume ist seid der Charta des Weltsozialforums wichtiger geworden. Erstmals wurde in einem großen Rahmen Horizontalität herzustellen versucht. Gescheitert ist sie vor allem an den Eliten der großen NGOs, die ihre Privilegien nicht aufgeben wollten. Doch die Idee wird seitdem immer wieder eingebracht – auch in die Debatte um das erste Sozialforum in Deutschland im Juli 2005 (21.–24.7., Erfurt). Zumindest ein »offener Raum« soll dort verwirklicht werden, vielleicht der Anfang zu mehr. Die Idee offener Räume kann auf große Treffen angewendet werden, aber auch auf beliebige andere soziale Räume: Häuser, Plätze, Aktionen, Veranstaltungen, Mailinglisten, Projekte ... schlicht überall!

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ●

Offener Raum – was ist das?

Als »offener Raum« kann ein Aktionsfeld bezeichnet werden, in dem es keine Beschränkungen gibt, dieses zu nutzen und zu füllen, außer die anderen AkteurInnen, mit denen bei Interessenkollision (z.B. Nutzung der gleichen Infrastruktur, Flächen u.ä. zur gleichen Zeit) eine direkte Vereinbarung geschlossen wird. Ein Raum und seine Ausstattung (Technik, Räume, Wissen, Handlungsmöglichkeiten usw.) ist dann offen, d.h. gleichberechtigt für alle nutzbar, wenn die Beschränkungen physisch und praktisch nicht bestehen, d.h. der Zugang zu den Handlungsmöglichkeiten darf weder durch verschlossene Türen, Vorbehalte, Passwörter usw. verwehrt werden können, noch dürfen Wissensbarrieren hingenommen werden, die Einzelne von der Nutzung des offenen Raumes und seiner Teile ausschließen. Dieses bedarf in der Regel eines aktiven Handelns, um Transparenz herzustellen, Zugänge zu Informationen zu ermöglichen und Erklärungen z.B. für technische Geräte bereitzustellen. Auch diskursive Formen von Herrschaft wie Normen, Rollen und Standards stellen Barrieren dar, die ebenso aktiv hinterfragt und praktisch aufgebrochen werden müssen. All das ist nur als dauerhafter Prozess vorstellbar.

Kontrollfreier Raum

Die Offenheit eines Raumes wird eingeschränkt durch tatsächliche oder optionale Kontrolle. Diese erzeugt auch dann, wenn sie nicht konkret ausgeführt wird, Angstgefühle. Sie teilt Menschen oder Gruppen in (potentiell) Kontrollierte und (potentiell) Kontrollierende. Dieser Zustand bleibt auch dann bestehen, wenn die potentiell Kontrollierenden diese Funktion nicht ausüben wollen und es im Regelfall nicht tun. Allein die Möglichkeit verändert das Verhältnis von Menschen untereinander.

Ist eine Metastruktur als Kontrollinstanz nutzbar, z.B. ein Plenum, so verlagert sich die Kommunikation um die Weiterentwicklung des Raumes, bei Interessenkollisionen und oft auch bei Kooperationen zwischen Teilen des Ganzen auf diese Metastruktur. Das steht einer freien Entfaltung aller Teile des Ganzen im Weg, da in der Metastruktur eine andere Form der Kommunikation herrscht, die von Regeln, taktischem Verhalten und einer mehr auf Sieg/Niederlage orientierten Redeform geprägt ist.

Direkte Kommunikation und freie Vereinbarung gedeihen nur dort uneingeschränkt, wo Kontrolle und damit die mögliche Alternative, Konflikte auch herrschaftsförmig zu klären, gar nicht bestehen. Zweitrangig ist dabei, wie die Kontrolle organisiert ist – ob in der Dominanz einer Einzelperson oder -gruppe (z.B. Hausrecht, Faustrecht, rhetorische Dominanz) oder in demokratischen Prozessen. Demokratische, auch basisdemokratische Entscheidungskompetenz auf Metaebenen ist Kontrolle, weil Beschlüsse gegen abweichende Positionen gesichert werden müssen. Sie zerstört direkte Kommunikation und erschwert freie Vereinbarung – wenn auch verschleierter. Die einzig grundlegende Alternative zu allen Formen von Kontrolle ist die totale Kontrollfreiheit: Es gibt keine Möglichkeit mehr, außerhalb gleichberechtigter Kommunikation eigene Interessen »durchzusetzen«.

Streitkultur und Offenheit

Offene Räume würden zu Zonen der Gleichgültigkeit, wenn in ihnen nicht ständig ein Ringen um Ideen, Strategien und Positionen stattfinden würde – allerdings nicht zum Zweck der Vereinheitlichung, sondern um die Beteiligten weiterzubringen. Daher gehört zu jeder horizontalen Organisierung das offensive Umgehen mit Streitfragen. Streit will selbst organisiert sein – viele Methoden, die Hierarchien vermeiden, gehören dazu, z.B. die Fish Bowl, direkte Intervention statt Bestrafung und andere. Dieser Streit steht nicht unter dem Zwang der Einigung, erst recht nicht der einheitlichen Entscheidung aller und für alle. Das nimmt ihm zentrale Bausteine des Interesses an Dominanz. Eine gemeinsame Auffassung oder Handlung entsteht zwischen denen, die davon überzeugt sind und sich verabreden. Grundsätzlich bleibt aber immer alles offen, d.h. daneben kann es auch weiterhin andere Ansichten und Verhaltensweisen geben.

Wo das Verhalten der einen die anderen direkt betrifft und diese stört, stellt direkte Intervention die Alternative zu Regeln und Ausgrenzungen dar. Wo Menschen auf ihr Verhalten angesprochen werden, wo überhaupt Sensibilität wächst und Menschen aufeinander achten, um dort zu intervenieren, wenn sie Verhalten falsch finden, wächst die Chance zur Veränderung. Strafe dagegen schafft dieses nicht, weil es das Durchsetzen der Einen gegen die Anderen ist, das Festlegen der »richtigen« Meinung oder Verhaltensweise – nicht die Auseinandersetzung.

Kritik am Konzept der direkten Intervention als Alternative zur Strafe bezieht sich meist auf besonders schwerwiegende Fälle, z.B. sexistische Übergriffe oder faschistische Positionen. Beim Verzicht auf Strafe oder durchsetzbare Regeln verbleibt »nur« die nachdrückliche Bitte, angstfreie Räume zu schaffen – im Einzelfall mit der Aufforderung, einen Ort zu verlassen. Eine letzte Unsicherheit bleibt, denn wo es keine Regel, kein Gesetz, keinen Beschluss, kein Gremium und damit keine formalisierte Kontrolle mehr gibt, ist alles ein offener Prozess. Genau das aber ist die Stärke, denn »Beschlüsse« oder Gesetze verkürzen nur die notwendigen Auseinandersetzungen. Emanzipatorische Veränderung bei den kritisierten Personen ist nur über intensive und persönliche Kommunikation möglich, zudem sind die »TäterInnen« nie das einzige »Problem«. Diskussionen als emanzipatorischen Prozess für alle Beteiligten zu gestalten, muss allerdings erst neu gelernt werden. Was an politischen Positionen, Übergriffen und Diskriminierung auch in »linken« Zusammenhängen an der Tagesordnung ist, ist erschreckend. Aber nicht obwohl, sondern weil die erstarrten Strukturen immer nur formalisierte Reaktionen möglich machen.

Offensives Herstellen des offenen und kontrollfreien Raumes

Offenheit und Kontrollfreiheit entstehen nicht durch bloßes Weglassen formaler Verregelung. Das würde übersehen, dass die Gesellschaft durchzogen ist von Zurichtungen der Einzelpersonen und sozialer Gruppen, die auch in einem von formalen Unterschieden freien Raum wei-

Fortsetzung nächste Seite

Foto: Reuters

GRUNDZÜGE HERRSCHAFTSFREIER ORGANISIERUNG AUF GRÖSSEREN TREFFEN

Autonomie vieler selbstorganisierter Bereiche

Eine das Gesamte erfassende Organisierungs- oder gar Entscheidungsstruktur ist nicht gleichberechtigt zu schaffen. Die Vorgänge, die für einen gleichberechtigten Zugang zu Ausstattung, Handlungsmöglichkeiten und Informationen nötig sind, wären extrem zeitintensiv. Eine Lösung ist die Organisierung des Gesamten als Kooperation von Teilen, die für sich autonom sind und sich nach Selbstdefinition der Beteiligten organisieren. Das Gesamte ist dann ein Mosaik der autonomen Bereiche, die selbst wiederum als offene Räume gestaltet sein sollten.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Das muss allerdings nicht notwendigerweise so sein, wodurch Nebeneinander und Kooperation auch sehr unterschiedlicher Gruppen möglich werden. Ein vielfältiges Mosaik unterschiedlicher Räume verhindert Spaltungen, die entlang von Machtansprüchen auf das Ganze entstehen. In der Praxis ist zu erwarten und wünschenswert, dass die autonomen Bereiche sehr unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Ein autonomer Bereich entsteht aus der Idee der ihn organisierenden Personen oder Gruppen. Das ist regelmäßig verbunden mit konkreten Projekten, Interessen oder Vorlieben. Die einen wollen eine Zone mit Kulturangebot aufbauen, die nächsten einen Kunstbereich und wieder andere organisieren eine Bibliothek. Offene Plattformen z.B. mit Aktionsmaterialien, Computerausstattung oder Fahrrädern sind ähnliche Ansätze. Materialien und konkrete Ideen kommen aus den Gruppen bzw. von den Personen, die miteinander kooperieren, um ihren autonomen Bereich zu verwirklichen. Neben diesen Schwerpunktbereichen (Räumen, Zelten ...) bietet, soweit nicht anderweitig eine Unterkunft für alle geschaffen wurde, jeder Bereich auch Platz für die Unterbringung von TeilnehmerInnen.

Informationsaustausch, Transparenz und Kooperation

Durch die autonomen Bereiche wird die Selbstorganisierung gestärkt. Allerdings besteht die Gefahr des Auseinanderfallens oder zumindest wächst die Gefahr, dass viele Menschen nicht mehr alles mitbekommen, was wo läuft.

Welche Handlungsmöglichkeiten in welchem Bereich existieren usw., entscheiden die Bereiche selbst sowie in horizontaler, d.h. gleichberechtigter Kooperation mit anderen Bereichen. Daher ist es notwendig, als gemeinsame Metastruktur (getragen aus den autonomen Bereichen heraus) oder als eigenständigen autonomen Bereich eine hohe Transparenz und einen guten Informationsaustausch zu schaffen. Ebenso sind Orte und Informationsflüsse nötig, aus denen heraus Kooperationen zwischen den Bereichen entstehen können.

Vereinbarungen für die Metastrukturen

Es kann in den autonomen Bereichen die Idee aufkommen und ist oft naheliegend, nicht alles selbst klären zu wollen, sondern sich mit anderen zu vereinbaren. Die reproduktiven Rahmenbedingungen von Essenbeschaffen und -zubereiten bis zu Klos oder Mülltrennung müssen nicht von allen autonomen Bereichen selbst organisiert werden. In vielen Fällen ist die Infrastruktur vor Ort vorhanden oder schon vorher entwickelt worden – es geht aber darum, sie auszufüllen, also z.B. Klos zu reinigen, Essen zu kochen usw. Die Neigung der autonomen Bereiche zu Kooperationen wird groß sein, da Ent- und Versorgung allen zugute kommen und mehrere Einzellösungen in der Regel mehr Kraft verschlingen werden.

Wie eine Kooperation aussieht, ist direkt zu klären – die Metastruktur ist das Ergebnis von Vereinbarungen aus den autonomen Bereichen und keine eigenständige Struktur. Denkbar ist das Aufteilen oder die Rotation der nötigen Aufgaben. Im ersten Fall werden notwendige Aufgaben auf die verschiedenen Bereiche nach Interesse aufgeteilt, im zweiten übernehmen alle diese nacheinander. Mischungen sind möglich und sinnvoll: Was einzelne Bereiche machen wollen, wird in freier Vereinbarung aufgeteilt. Der Rest rotiert, gibt es gar keine Einigung, sei das Los empfohlen – eine Entscheidungsform ohne Machtspiele.

Keine Grenzen, keine Zwänge

Die autonomen Bereiche sind als offene Plattform die Grundstruktur des Ganzen. Allerdings gibt es keinen Zwang, sich auf sie zu beziehen. Wer keine Lust hat, innerhalb eines Bereiches zu agieren, kann auch zwischen den Bereichen springen. Da alle Bereiche offen sind, kann jede Person auch beliebig zwischen ihnen wechseln oder sich außerhalb engagieren. Zur Aufrechterhaltung des Gesamten können sie auf die gleiche Art beitragen wie die autonomen Bereiche – mit eigenen Ideen, Projekten, mit der Übernahme von Metaaufgaben oder innerhalb der Rotation von Aufgabenerledigung.

Keine Stellvertretung

Das Gesamte ist die Kooperation der autonomen Bereiche und aller Einzelinitiativen, die sich über die Grenzen der Bereiche hinweg engagieren – mehr nicht. Damit entfällt auch Sinn und Möglichkeit, das Ganze nach außen zu vertreten. Es steht für sich, ist ein offener Raum. Wenn dieser »offene Raum« eine Stimme bekommt, sind immer Teile nicht repräsentiert – Abstimmungsprozesse sind nötig oder die Außenvertretung wäre schlichte Vereinnahmung. Daher kann niemand für den gesamten Raum sprechen, ihn vertreten oder irgendwelche Zusagen für ihn eingehen. Es gibt weder nach innen noch nach außen eine zentrale Stelle. Alles, was gemacht und formuliert wird, ist Meinung der Einzelnen und der Teile, aber niemals des Ganzen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

ren. In der Breite politischer Bewegung existieren extrem unterschiedliche Positionen. Die einen wollen einen besseren Staat, die anderen ihn abschaffen. Die einen wollen mehr Kontrolle, die anderen weniger. Manche wünschen sich härtere Strafen für Nazis und Vergewaltiger, andere wollen die Knäste abschaffen. Da prallen Gegensätzlichkeiten aufeinander – auch wenn sie aus dem gleichen Streben nach einer besseren Welt entspringen. Um solche Kontroversen zu einer Produktivkraft, also einem vorantreibenden, weiterbringenden Moment zu machen, bedarf es Diskussionsformen, die Streit nicht mit dem Willen zum Sieg verbinden und Kommunikation fördern statt Reden, die nach- und nebeneinander gehalten werden. Plena, Mitgliederversammlungen usw. sind wegen ihrer Größe und Struktur ungeeignet für produktiven Streit. Wenn zudem Entscheidungen getroffen werden können, dominiert der Kampf um das Siegen in der Diskussion. Kleinere Diskussionsrunden oder Methoden wie *Fish Bowl* können Streit anders organisieren. Dort können die KontrahentInnen aufeinander eingehen. Dabei geht es nicht um Annäherung als Selbstzweck, sondern um das Hinterfragen und Weiterentwickeln der Positionen. Dann kann ein »Erfolg« sein, wenn die Positionen hinterher noch weiter auseinander liegen, aber sich jeweils weiterentwickelt haben.

Kaum instrumentalisier-, unterwander- oder beherrschbar!

Wichtige Vorteile der »Organisierung von unten« sind fehlende Kontrollierbarkeit und Möglichkeit zur instrumentellen Beherrschung. Ein offener Verbund ohne Label, einheitlichen Namen und Positionen kann von niemandem »vertreten« werden. Die Medien und andere gesellschaftliche Eliten werden zwar Führungspersonen zu konstruieren versuchen, um deren Äußerungen als kollektive Meinung darzustellen oder um Protest unter die Führung kontrollierbarer Personen zu kanalisieren. Dieses wird aber erschwert, wenn ein Verbund vielfältig ist, keine Zentrale hat und alle Teile eigenständig mit ihren Aktionen und Positionen agieren.●

Quelle: Gekürzter Auszug aus dem Buch »Mythos Attac«, siehe www.attac-online.de.vu

SOZIALFOREN:

Organisierung von unten

Chance zur Umsetzung

Von besonderer Bedeutung für den Aufbau offener Vernetzung und Kooperation könnte der Aufbau der Sozialforen sein. Zwei Jahre nach dem Hype von Attac sind sie der neue Liebling des ständigen Neugründens von Organisationseinheiten. Die Praxis politischer Arbeit verändert sich zwar wenig, aber die Wiederholungen täuschen über die Wirkungslosigkeit des Engagements hinweg. Die Erfolgsmeldungen der Gründungsversammlungen vermitteln den eisernen Durchhaltewillen oft schon recht betagter PolitakteurInnen. Nur wenig spürbar ist von Aufbruch, Kreativität und Vielfalt.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Vieles deutet darauf hin, dass die Sozialforen wie Attac ein neues Strohfeuer und mancherorts ein weiterer Ansatz von Kanalisierung des Protestes sind – hier vor allem zum aktuellen Sozialabbau. Es ist aber anders denkbar und kann sich daher lohnen, in die Gründungsphase von Sozialforen die hier genannten Ideen einzubringen. Manche NGOs und alteingesessene »Linke« werden sich wehren. Sie neigen dazu, alles kontrollieren zu wollen und haben Angst vor unüberschaubarer Vielfalt. Wo sich dynamischere Strategien durchsetzen, lassen sich Menschen und Gruppen aktivieren, die längst nicht mehr mitmachen bei der langweiligen Art, wie Politik in Deutschland umgesetzt wird. KünstlerInnen, viele kleine Gruppen, WGs und alternative Projekte, Menschen am Rande der Gesellschaft und in den Nischen politischer Bewegung bieten ein frecheres, subversiveres Potential für kreativ-widerständige Politik als die aalglatten FührerInnen von Attac und anderen NGOs.

Sozialforen sind nicht der einzige Ort, an dem sich offene Kooperation als Organisierungsform gegenüber Bündnislogik und Hierarchie durchsetzen lassen. Von politischer »Bewegung« kann nur gesprochen werden, wenn es ein vielfältiges Nebeneinander sich überschneidender, miteinander kooperierender Projekte, Gruppen, Plattformen und Vernetzungen gibt. Die Hoffnung wäre, dass neben der kreativen Aktion auch die Gräben und Kämpfe in einer solch offenen Struktur überwunden werden zugunsten einer offensiven Streitkultur. Einigkeit und Harmonie sind ebenso Gift für eine offene, kreative Bewegung wie Spaltung und Trennung.

»Offener Raum« auf dem Sozialforum, 21.-24.7.2005 in Erfurt

Im Juli 2005 soll in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland stattfinden. Ein ganzes Gebäude (z.B. eine Schule) soll dabei zu einem »offenen Raum« verwandelt werden, d.h. in diesem Bereich gelten alle formalen Hierarchien und Vereinnahmungen als nicht existent, am Abbau informeller Hierarchien wird aktiv gearbeitet. Aspekte und Bausteine des Ganzen sollen sein:

● Selbstorganisiert und selbstverwaltet ohne zentrale Struktur, d.h. alle Teile und Beteiligten stehen »auf gleicher Ebene« (Horizontalität des Raumes). Gemeinsame Strukturen dienen nur der Vorbereitung von Kooperation, der Organisierung von Transparenz, sind aber niemals selbst Subjekt des Handelns, d.h. sie fällen keine Entscheidungen, handeln nicht als Kollektiv oder über VertreterInnen usw.

● Der horizontal-herrschaftsfreie Raum ist offen und kontrollfrei. Auseinandersetzungen und Streit sollen offensiv gefördert, allerdings niemals durch eine zentrale Entscheidung gelöst werden. Direkte Intervention als Alternative zu Regeln und Sanktionen sollen beworben und trainiert werden – auch als Utopie für einen Alltag danach!

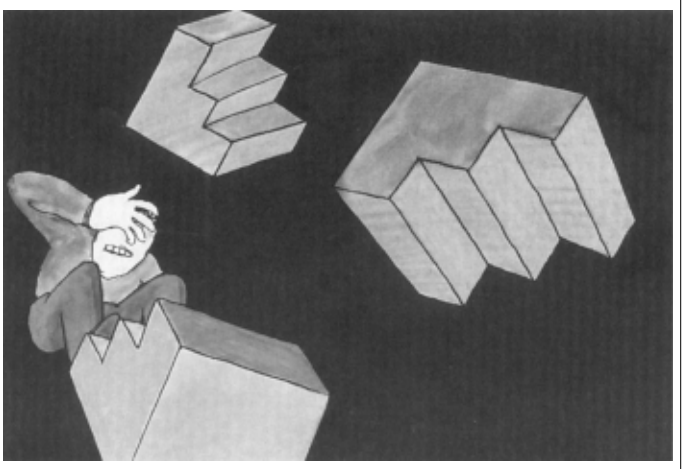
● Offene Infrastruktur aller Art, z.B. Direct-Action-Plattform ...: Je mehr auch tatsächlich nutzbare Einrichtungen vorhanden sind, desto mehr Handlungsmöglichkeiten ergeben sich für die, die im offenen Raum agieren. Daher sollen alle Menschen, Gruppen usw. aufgerufen werden, Infrastruktur mitzubringen oder vor Ort zu organisieren, um sie im offenen Raum zugänglich zu machen. Als Beispiel sei eine Direct-Action-Plattform genannt, d.h. kontinuierlich sollen Aktionsmaterialien wie Transpi-Stoff, Farben, Schablonen, Kleber, Stifte, Kostüme, Plakate usw. vorhanden sein.

● Workshop-, Fishbowlräume usw., offen für alle. Die Vergabe erfolgt als Selbstorganisierungsprozess, d.h. wer die Räume nutzen will, kümmert sich selbst um die direkten Absprachen mit anderen, die auch Räume suchen oder gerade nutzen.

● Open-Space-Zone im Eingangsbereich, Flure usw.: Die Informationstransparenz, Anbahnung von Kooperation und mehr soll über einen als Open-Space-Zone gestalteten zentralen Bereich laufen. Dort stehen Wandzeitungen, auf denen Ideen für Aktivitäten, angekündigte und laufende Aktivitäten (mit Kontakt, Ort und Zeit) und gelaufene Aktivitäten (möglichst mit Kurzprotokoll und Kontakt) zu sehen sind.

● Umsonstladen, Umsonstessen, Umsonstbühne, -kino usw. können utopische Elemente in einigen der Räume sein.●

Mehr unter www.sozialforum-von-unten.de.vu.



FORTSETZUNG VON SEITE 8

terwirken. Hierzu gehören die autoritären Aufladungen im Verhältnis zwischen Menschen, z.B. der Respekt vor älteren Menschen, Titeln, sog. ExpertInnen oder Amtspersonen, aber auch die Rollenmuster nach Geschlecht, Bildungsgrad oder Herkunft. Mit diesen Vorprägungen betreten alle Menschen auch einen offenen, kontrollfreien Raum und werden sich entsprechend gegenüber anderen verhalten – es sei denn, es gibt einen aktiven Prozess, der Zurichtungen überwindet oder zur Überwindung beiträgt.

Dazu gehören:

● Bewusstmachung von Zurichtungen, Dominanzen usw. über Texte, Gespräche, Reflexionen und mehr vor, während und nach einem Gruppenprozess (Seminar, Plenum, Camp, Projekt ...). Offensive Erklärungen aller Möglichkeiten, also der Technik, der Nutzbarkeit von Räumen und ihrer spezifischen Ausstattungen, des Zugangs zu Wissen (falls dieses nicht direkt sichtbar ist) und informierten Personen, der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten des offenen Raumes usw. Bereitstellung der räumlichen und technischen Möglichkeiten sowie des Wissens für dominanzmindernde Gruppenverfahren, z.B. Räume für Fish-Bowl, Wände zur Visualisierung usw.

● Workshops, Seminare und Einführungen in die Nutzung technischer Ausstattung, in Aktionsmethoden, Gruppenverfahren und vieles mehr. Herstellung einer hohen Transparenz des »Was läuft wo?«, »Welche Streitpunkte bestehen und werden wo diskutiert/geklärt?«, »Was fehlt?«, »Wer braucht Hilfe?«, »Welche Weiterentwicklungen des offenen Raumes laufen oder werden angestrebt?« usw. Dazu sollten ein oder mehrere Informationspunkte geschaffen werden, an denen alles, was läuft oder geplant wird, angeschrieben wird – mit Treffpunkt, Kontakt u.ä. Ein gutes Beispiel ist die Methode »Open Space«.

Raum als sozialer Begriff

Mit Raum ist in diesem Text nicht nur ein umbauter Bereich, also ein Gebäude oder Zimmer, ein Zelt oder eine Fläche, sondern auch ein sozialer Raum gemeint. Es ist denkbar, einen solchen herzustellen, ohne dass sich die Menschen überhaupt direkt begegnen – eine Internetkonferenz mit dem Ziel, z.B. eine Aktion zu planen oder Software zu entwickeln, kann als ein solcher sozialer Raum betrachtet werden. Klassischer ist das Treffen einer Gruppe, ein Camp, ein Kongress oder ein Projekttreffen. Der konkrete Ort ist oft völlig unwichtig, wichtiger ist das, was die Beteiligten mitbringen an Wissen, Erfahrungen, Know-How, handwerklichen Fähigkeiten, Informationen, materieller und finanzieller Ausstattung. Sie verbinden sich oft mit unterschiedlichen rhetorischen und sonstigen Möglichkeiten zu Dominanzstrukturen. Experimente zur Dominanzminderung und zur Öffnung allen Wissens und aller Möglichkeiten für alle Beteiligten gestalten auch eine Gruppe, ein Seminar oder ein anderes Treffen zum »offenen Raum«.●

BAUSTEINE FÜR TRANSPARENZ UND DOMINANZABBAU

Thematische Anlaufpunkte

Die Idee besteht darin, dass autonome Teilgruppen, freie Zusammenschlüsse oder Einzelpersonen Räume oder Flure erobern und nach ihrem Interesse gestalten. Interessant wäre, diese z.B. nach Themen zu gestalten, (z.B. Ökologie-Cafe, Aktionsplattform, HierarchNIE-Raum, Antiatom-Flur, Gender-Raum, Gratis-Leben-Ecke usw.).

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Die Gestaltung der Räume ist natürlich offen – spannend wäre eine Mischung aus Infobereich (Austellungen, Bibliotheken zum Thema usw.) mit Sitzecken und Cafe (um eine lokkere Atmosphäre herzustellen, die bei AKs oft fehlt). Cool wäre, wenn dort Möglichkeiten geschaffen werden, Informationen auszutauschen, Diskussionsrunden zu starten (Infowand mit Suche-/Biete-Logik) und immer Leute ansprechbar sind, die spontane Workshops mit ihrem Wissen oder Können unterstützen. Im besten Fall entstehen so ständig Arbeitskreise oder Debatten. Das könnte mehr Dynamik und Spontaneität bringen und die Logik von Open Space stärken. Außerdem sind autonome Bereiche handlungsfähige Einheiten, die z.B. auch die Organisierung des Kochens kooperativ umsetzen könnten.

Querschnitts-Runden

Voneinander abgekoppelte Arbeitskreise sind ein sehr statisches Prinzip. Open Space und kleinere Querschnittplena könnten abhelfen. Eine konkrete Idee: Zwei oder mehr Arbeitskreise verabreden sich zum gemeinsamen Treffen. Dort bilden sich dann Tuschelrunden mit je einer Person aus jedem Arbeitskreis, die sich austauschen (entweder allgemein oder zu konkreten Fragestellungen). Vorteil: Gleichberechtigtere Redesituation, weniger Monologe und sehr intensiver Infoaustausch in kurzer Zeit. Diese Methode bietet sich auch innerhalb von größeren AKs als Alternative zu Austauschplena nach Kleingruppenphasen an.

Interessierten- und Betroffenenrunden statt Gesamtplenum

Ein Grundfehler vieler basisdemokratischer Modelle ist das Axiom, dass Gleichberechtigung dadurch entsteht, dass alle zusammen entscheiden. Dabei wird u.a. übersehen, dass so gut wie alle Konflikte und Probleme direkt von denen geklärt werden können, die sich dafür interessieren. Außerdem sind gerade große Runden Tummelplatz versteckter Dominanzen. Die schweigende Mehrheit im Plenum ist nicht nur Folge der ungleichberechtigten Struktur, sondern auch von fehlendem Interesse. Statt dessen wäre es viel sinnvoller, dass immer die zu einer Runde einladen, die sich tatsächlich betroffen fühlen. Wichtig ist dabei, Transparenz über den Treffpunkt und die Ergebnisse herzustellen, damit Leute, die Verbesserungsvorschläge oder Diskussionsbedarf haben, sich auch später noch einklinken können. Es ist z.B. denkbar, solche Punkte auf einem kurzen Infotreffen zu sammeln und transparent zu machen, wo anschließende Runden stattfinden usw.

Infowände

Sehr wichtig sind richtig fette Infowände mit vielen Differenzierungen (»Ich möchte gerne mehr zu diesem Thema erfahren«, »Ich will folgendes lernen« oder »Ich könnte anbieten«), Raum für Debatten, Transparenz für Vereinbarungen, die in Interessiertenplena getroffen wurden usw. Diese organisiert sich im besten Fall durch das Tun aller, aber es schadet sicher nicht, wenn es eine Gruppe oder einzelne Leute gibt, die sich dafür verantwortlich fühlen.

Der folgende Vorschlag für eine Aufteilung entspringt der »Widerstandswerkstatt« im Oktober 2004 in Göttingen, wo ein offener Raum geschaffen wurde, in dem viele, auch spontane Treffen und Workshops stattfanden. Dort hingen die Wandzeitungen in vier Teilen:

1. Wandzeitung: Ideen für Treffen, Workshops, offene Fragen usw., eventuell mit Kontaktperson oder Treffpunkt, um genaueres festzulegen (also noch ohne Raum, Zeit usw. für die Veranstaltung selbst). Auch denkbar: Was zu tun ist? Was fehlt? usw.

2. Wandzeitung: Was läuft wann in welchem Raum – also der konkrete Zeitplan, Ankündigungen usw. Oftmals werden Karten/Zettel von der ersten Wandzeitung hierhin umgehängt, wenn zu der formulierten Idee eine konkrete Verabredung erfolgt. Es kann aber direkt was auf die 2. Wandzeitung. Wichtig: Alles, was läuft, sollte hier angekündigt sein und während eines Treffen auch hängen bleiben.

3. Wandzeitung: Was ist gelaufen mit beigeheftetem kurzen Protokoll und am besten Kontaktadresse u.ä. für Leute, die im Nachhinein Kontakt aufnehmen wollen. Üblicherweise werden Zettel von der 2. Wandzeitung hierhin nach dem Treffen umgehängt und mit einem Ergebniszettel versehen.

4. Wandzeitung: Weitere Ideen, Ankündigungen, wie weiter? ... und alles, was an über die eigentliche Phase hinausreichenden Ideen entsteht. Diese Wandzeitung kann weiter ausdifferenziert werden z.B. auch mit Mekkerecke, Vorschläge fürs nächste Mal und mehr.

Eine fünfte Wandzeitung für alles, was nicht auf die vier anderen passt, würde die Idee der Offenheit noch unterstützen.

Streiträume

Damit Diskussionen ohne Angst und taktische Spielchen verlaufen können, ist es wichtig, diese von Entscheidungen zu trennen. Denkbar ist, dafür einen Raum zu schaffen mit der nötigen Ausstattung für Fish Bowl (selbstorganisierte Alternative zum Podium) oder Kleingruppen.

Open Space Zonen

Open Space ist eine Alternative zu statischen Arbeitskreisen, bei der im besten Fall immer wieder neue Gesprächsrunden entstehen oder Themen behandelt werden. Gefördert werden könnte diese Methode durch einen Raum mit vielen kleinen Sitzecken, denen Namen gegeben werden. Denkbar ist auch ein Trakt in einem Gebäude mit Foyer oder Flur als Infobereich und Räume für Workshops und Treffen. Auf Camps wäre z.B. eine Runde von Zelten um einen Bereich herum geeignet. Auf einer großen Pinnwand gibt es dann Felder für die Ecken – dort kann transparent gemacht werden, was gerade wo besprochen wird. Dieser Raum ist ständig offen, kann aber auch für vorher angesetzte Workshops genutzt werden. Für große Treffen ist denkbar, innerhalb des Ganzen mehrere Open Space Bereiche zu schaffen, so dass auch thematische Open-Space-Prozesse angesetzt werden können, die dann einen Teil der Zeit laufen, aber damit nicht das Ganze dominieren. So haben Menschen dann die Wahl, ihr Thema als Open Space mit vielen Treffen oder als Workshop u.ä. innerhalb eines Open-Space-Bereichs anzusetzen.

Offene Runden zur Organisierung

Vor Veranstaltungen (z.B. einer Diskussion) wird offen zu einem Treffen eingeladen, wo Interessierte gemeinsam überlegen, welche Form diese haben könnte und wie Hierarchiefreiheit in der konkreten Situation gefördert werden könnte. Vorteil: Die oft als nervig empfundene Diskussion um die Form bekommt eigenen Raum, die Dominanz der »Orgas« kann gebrochen werden.●

KLASSE GEGEN KLASSE – TEIL 2 UND SCHLUSS

Garantiertes Grundeinkommen jetzt!

In Heft 245 veröffentlichten wir mit freundlicher Genehmigung der österreichischen Zeitschrift »grundrisse« den ersten Teil eines Beitrages von Karl Reitter. Die Zeitschrift »grundrisse« ist zu erreichen über grundrisse@gmx.net oder über Karl Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien.

Das Grundeinkommen – ein trojanisches Pferd?

In politischen Auseinandersetzungen finden wir immer wieder Positionen, denen bereits an der Nasenspitze angesehen werden kann, dass es sich um Schreibtisch-Kopfgeburten handelt. Dazu zählt der seltsame Einwand, das Grundeinkommen sei eine Art trojanisches Pferd. Mit dem Grundeinkommen würde den Armen und Arbeitslosen, ja der gesamten Bewegung der kämpferische Impetus abgekauft und das Grundeinkommen würde praktisch als eine Art finanzielles Valium eingesetzt werden, also Hände weg von dieser gefährlichen Pille.

Worauf stützen sich solche eigentümlichen Überlegungen? Offenbar auf zwei Momente: Erstens – Glotz sei Dank – kann der Name Milton Friedman ins Spiel gebracht werden, und zweitens auf recht krause Vorstellungen über gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Milton Friedmann: Dieser Name lässt sich wunderbar von Hand zu Hand weiterreichen, und oftmals verfehlt ja dieses *namedropping* auch nicht seine Wirkung. Friedmann favorisierte zwar das Konzept der negativen Einkommensteuer, die Debatte in den USA verlief jedoch keineswegs auf neoliberalen Schienen, im Gegenteil: Dass es mit dem US-amerikanischen Sozialsystem nicht zum Besten bestellt ist, ist wohl bekannt, ebenso dass die Massenarmut ein bedrohliches Phänomen darstellt. Daher flammte auch Ende der 60er Jahre eine Diskussion um eine notwenige Reform auf. Hält man sich den gesellschaftlichen Hintergrund dieser Zeit vor Augen – die Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen, die 68er Bewegung à la USA insbesondere, den gesellschaftlichen Linksruck im Allgemeinen – so müssten zumindest Zweifel aufkommen, ob die damalige Debatte tatsächlich weiteren Sozialabbau anvisierte, oder nicht umgekehrt einen eher reformerisch-positiven, allerdings auch hoch pragmatischen Impetus hatte. Im Zuge dieser Diskussion wurde das Konzept der »Negativen Einkommensteuer« debattiert, die für geringe Einkommen keine Steuerleistung, sondern – im Gegenteil – einen Transfer zum Resultat haben sollte. Auch Milton Friedmann vertrat unter anderem das Konzept dieser Negativen Einkommensteuer, allerdings plädierte er für ein sehr, sehr geringes Niveau. Im Zuge dieser Debatte kam es zu fünf »negative income tax experiments«, vier davon wurden in den USA, eines in Kanada durchgeführt.

Diese Experimente umfassten den Zeitraum von 1968 bis 1976, die Zahl der Probanten war sehr gering, zwischen 700 und 4.800 Personen wurde eine Zeit lang eine negative Einkommensteuer (jeweils in verschiedener Höhe und zu verschiedenen Bedingungen) ausbezahlt, um die Auswirkungen zu testen. Die beste Quelle zu diesem Thema stellt eine Arbeit von Karl Widerquist dar, die unter www.etes.ucl.ac.be/BIEN/Files/Papers/2002 Widerquist.pdf zu finden ist. Widerquist analysierte insgesamt 345 Artikel, die zu diesen Experimenten veröffentlicht wurden. Allgemeiner Tenor war, dass keine wirklich weit reichenden Schlüsse gezogen werden konnten, was, angesichts der Tatsache, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht lokal simuliert werden können, weiter nicht verwundert. Ein paar Momente ließen sich allerdings herausarbeiten: Die Schulleistungen der Kinder verbesserten sich, die Scheidungsrate stieg an und die Menschen verweilten länger in Arbeitslosigkeit, so sie ihren Job verloren. Diese Experimente wurden jedoch – salopp formuliert – von der politischen Rechten abgewürgt und das Thema NIT (negativ income tax) ad acta gelegt. Ohne Zweifel waren diese Experimente von einem reformerischen, sozialen Geist inspiriert, der bald der proklamierten Rechtswendung zum Opfer fiel. An die Stelle der NIT Experimente traten stattdessen die Workfair-Programme, bei der die Sozialtransfers »an unterbezahlte und/oder gemeinnützige Arbeiten gekoppelt« (18) werden.

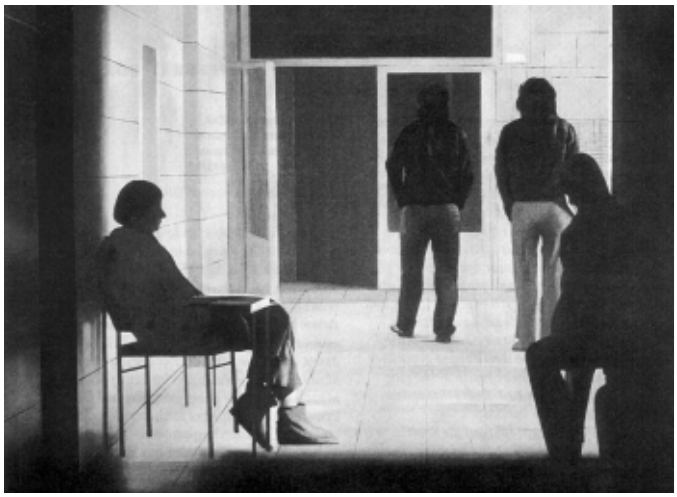
Zweitens ist die These, mit dem Grundeinkommen würde der Abbau des Sozialstaates eingeleitet, da alle anderen Transferleistungen gestrichen würden, einigermaßen weltfremd. Abgesehen davon, dass BefürworterInnen des Grundeinkommens keineswegs für die Streichung aller Sozialleistungen eintreten (z.B. medizinische Sachleistungen, also komplizierte Operationen können wohl kaum aus einem Grundeinkommen finanziert werden), haben sich jene KritikerInnen kaum die Mühe gemacht, einige Zahlen zu studieren und ihren Taschenrechner in Betrieb zu nehmen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen von 450 Euro für alle im Monat, zweifellos eine viel zu geringe Summe, (nebenbei, die Ausgleichzulagengrenze für Renten beträgt derzeit rund 640 Euro) würde einen jährlichen Finanzbedarf von 43,2 Milliarden Euro erfordern. Im Vergleich: Im Bundesbudget Österreichs für das Jahr 2000 wurde für »Soziale Wohlfahrt« (19) insgesamt 15,7 Milliarden Euro ausgegeben. (20) Bei einem Gesamtbudget von 121,6 Milliarden Euro für 2000 würde selbst dieses viel zu geringe Grundeinkommen immerhin 35,5% des österreichischen Bundesbudgets betragen! Ob dies die Form von Sozialabbau ist, die sich jene vorstellen, die von einer vorgeblich notwenigen Entlastung der Staatsfinanzen sprechen, möchte ich wirklich dahingestellt lassen.

Es gibt keinen Abbau des Sozialstaates

Zugegeben, das ist recht provokant formuliert. Aber gerade bei so wesentlichen gesellschaftlichen Entwicklungen sollten wir unsere Worte ganz genau überdenken und möglichst präzise formulieren. Unter »Abbau des Sozialstaates« wird gemeinhin verstanden, dass die Transfersummen gekürzt werden, dass also der budgetäre Anteil für Sozialausgaben bewusst und aufgrund politischer Richtungsentscheidungen gesenkt wird. Das ist selbstverständlich unbestritten. Aber der Sozialstaatsapparat zieht sich nicht einfach zurück, er lässt das bedürftige Individuum keineswegs in seiner Not und mit seinen Sorgen in Ruhe, sozusagen nach dem Motto, du bekommst immer weniger Geld, dafür kümmere ich mich nicht um dich. Keineswegs. So viel Betreuen war noch nie. Die Eingriffe, die Befragungen, die Kontrolle, die Zuwendungen sinken nicht, sondern steigen an. Auf den Sozialämtern in Frankreich wird die Vergabe des RMI (Revenue Minimum d'Insertion) an die Unterschrift unter einen »Eingliederungsvertrag« gebunden, in dem die Begünstigten erklären, was sie alles zu tun gedenken, um wieder vollwertige Mitglieder der französischen Gesellschaft zu werden, während sich das Sozialamt verpflichtet, dies nach Kräften zu unterstützen. Derzeit beträgt das RMI 416 Euro für Alleinstehende. (21)

In Deutschland haben potenzielle BezieherInnen des Arbeitslosengeldes II neben dem Hauptantrag (5 Seiten Formular) noch das Zusatzblatt 1 bis 4 (11 Seiten Formular) auszufüllen. In Österreich befinden sich derzeit ungefähr 45.000 Menschen in Kursen, allein das Arbeitsmarktservice (AMS) Wien erhielt dieses Jahr 200 Millionen Euro für Kursmaßnahmen. Eigentliche Qualifikation spielt dabei eine immer geringere Rolle. Schlicht gesagt, geht es vielmehr um blanke Gehirnwäsche, die Botschaft ist einfach: Besser irgendeine Arbeit als gar keine Arbeit. Das Kalkül hinter dieser Politik, die Gutmeinenden doch eher als disfunktional erscheinen muss (Kurse und Druck schaffen doch keine Arbeitsplätze?), ist offensichtlich: mittels materieller Not, Druck und psychologischem Gewäsch Menschen dazu zu bringen, jeden Scheißjob anzunehmen. Die Erfolge stellen sich bereits ein: *»Die Jobsuchenden seien flexibler und würden sich auch für Stellen, die bis zu 600 Kilometer von ihrem Wohnort entfernt sein, bewerben. (...) Mittlerweile melden sich Langzeitarbeitslose auch für den Job in der Spülküche und zum Zimmer putzen.«* Auch als Erntehelfer für 5,50 Euro in der Stunde gäbe es genug BewerberInnen. *»Bislang war es schwierig, jemanden der normalerweise am Schreibtisch sitzt, für harte körperliche Arbeit im Weinberg oder auf dem Rübenakker zu gewinnen«*, doch das habe sich dank Hartz IV glücklicherweise geändert. Konklusion: *»Wenn jetzt an Hartz IV gerüttelt wird, wäre das fatal. Dann wird der Elan wieder ermatten.«* (22) Glückliches Deutschland! Denn in Österreich gehen die Uhren noch anders. Noch immer gibt es Lücken bei den Zumutbarkeitsbestimmungen. Daher *»können uns die Arbeitslosen auf der Nase herum tanzen, klagt eine Beraterin«*. (23)

So manche KritikerInnen des Grundeinkommens können oder wollen nicht erkennen, dass das Kapital sich niemals allein auf den zwanglosen Zwang der Verhältnisse verlassen hat. Lohnarbeit wurde ebenso mit politischen, ja physischen Zwangsmitteln durchgesetzt, und das auf zahllosen Ebenen. Einmal soll die geographische und soziale Mobilität eingeschränkt, kontrolliert ja illegalisiert werden, das andere Mal wird von den potenziellen Arbeitenden genau das verlangt, was anderen verboten wird: höchste Mobilität und die ständige Bereitschaft zum Wechsel. Das Kapital begnügt sich keineswegs mit einem allgemeinen Ja zur Lohnarbeit. Die Menschen sollen sich nach den Bedürfnissen des Kapitals richten.



Bei der Agentur für Arbeit Foto: Archiv

Der Sozialstaatsapparat setzt also nicht bloß ganz allgemein Lohnarbeitswilligkeit durch, denn diese ist bei vielen, ja den meisten so und so gegeben, sondern eine bedingungslose Akzeptanz jeder Art von Erwerbsarbeit, wo, wann und unter welchen Umständen sie auch angeboten wird. Die Vorstellung, es gebe ein neoliberales Kalkül, das die Akzeptanz des Sozialtransferabbaus durch ein geringes Grundeinkommen, also mit etwas mehr Freiheit von Kontrolle erkaufen möchte, ist derart weltfremd und absonderlich, dass ich nur verwundert den Kopf schütteln kann.

Es ist eine geradezu kindliche Vorstellung, in der aktuellen Krise des Kapitalismus wäre eine Art Befriedungsdividende angesagt. Im Gegenteil: Der Versuch, Sozialtransfers abzusenken, geht Hand in Hand mit einer verstärkten, möglichst punktgenauen Kontrolle und Zurichtung von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen. Das Grundeinkommen schwimmt also bezüglich Sozialpolitik keineswegs mit dem neoliberalen Strom, sondern dagegen. Ich kann mir ehrlich gesagt, gar nicht vorstellen, wie aktuell gegen Hartz IV in Deutschland und gegen die Repressionspolitik des AMS in Österreich ohne Perspektive des Grundeinkommens agiert und argumentiert werden kann. Auch wenn die Verwirklichung nicht unmittelbar erwartet werden kann, so stellt das Prinzip der Bedingungslosigkeit der Transferzahlungen eine klare Orientierung dar. Die Auszahlung des Arbeitslosengeldes soll nicht an die Pflicht gebunden werden, jede x-beliebige Arbeit anzunehmen. Ebenso sollen Kurse nur freiwillig absolviert werden und nicht wie momentan, verpflichtend sein. Diese Forderungen sind an den Prinzipien des Grundeinkommens ausgerichtet, kein Zwang und keine Bedingungen für Transferleistungen. Aus der Sicht eines Konjunkturprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen lassen sich solche Forderungen nicht unmittelbar begründen.

Staat und Geld

Ein Einwand gegen das Grundeinkommen zielt auf die Rolle des Staates, als auch auf jene des Geldes ab. Wer das Grundeinkommen fordere, akzeptiere Staat und Geld als wesentliche Momente der Vergesellschaftung, so ungefähr lauten die Einwände. Diese Kritik wird freilich nur von einer Minderheit erhoben. Viele haben keinerlei Probleme, den Staat als Hebel und Werkzeug emanzipatorischer Politik zu akzeptieren und verweisen die Überwindung des Geldes in das Reich einer fernen Utopie, so sie überhaupt eine geldlose Gesellschaft für möglich erachten. Ich will jedoch nicht die verschiedenen Kritikpunkte gegeneinander ausspielen, sondern den Einwand »Staat und Geld« ernst nehmen, zumal ich den Ausgangspunkt dieser Einwände selbstverständlich teile.

Dass das Grundeinkommen aus den Steuereinnahmen des Staates bezahlt werden soll, darüber besteht innerhalb der BefürworterInnen des Grundeinkommens Konsens. Allerdings wird der Staat bezüglich des Grundeinkommens auf eine bloße administrative Maschine reduziert. So seltsam es klingen mag, trotz des massiven Einschnittes in die gesellschaftlichen Verhältnisse minimiert es die Handlungsdimension der politischen Eliten in Staat und Institutionen beträchtlich, da das Grundeinkommen einen so hohen Finanzbedarf erfordert, dass der übrige Gestaltungsspielraum schrumpft. Ich sehe darin überdies einen wesentlichen Grund für den Widerstand machtnaher Eliten gegen das Grundeinkommen. Denn abgesehen von der Sicherung des Grundeinkommens wird keine weitere Intervention des Staates gefordert. Er soll in die Gesellschaft nicht eingreifen, nicht ordnen, regeln, intervenieren oder in anderer Weise systematisch handeln, sondern bloß allen BezieherInnen des Grundeinkommens dieses pünktlich überweisen. Zugleich wird der Budgetspielraum für Interventionen reduziert, da in jedem Fall das Grundeinkommen einen großen Teil des Budgets in Anspruch nehmen wird.

An diesem Punkt gilt es einen weiteren Mythos zu berichtigen: Es gibt auch keinen Rückzug des Staates aus der Gesellschaft unter neoliberalem Vorzeichen. Wie so manches, darf auch das neoliberale Schlagwort »Weniger Staat – mehr privat« keineswegs für bare Münze genommen werden. Auch unter der Herrschaft der neoliberal-ideologischen WegbereiterInnen Thatcher und Reagan ist die Staatsquote keineswegs gesunken. Der Zugriff auf gesellschaftliche Verhältnisse ist keineswegs gelockert worden, im Gegenteil. Von Bush bis Blair, von Schüssel bis Berlusconi tritt der Staat als machtvolle, intervenierende Instanz auf, bloß die Sozialprogramme sind durch Kriegsprogramme ersetzt worden. Im Falle von Berlusconi nimmt der Zugriff der Staatsmacht besonders schamlose und cäsarenhafte Züge an. Ziele, Mittel und Kalküle haben sich zweifellos geändert, aber die Intensität der Staatsinterventionen ist keinesfalls im Rückgang.

Eine gewisse optische Täuschung ergibt sich aus der Transformation des Staatsapparates und seiner Organe aufgrund des Wechsels von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise. Auslagerungen, An- und Zukauf von Leistungen soll die ursprüngliche, oft schwerfällige fordistische Beamtenhierarchie sowie die fordistischen Staatsbetriebe ergänzen oder ersetzen. Auch hier steht das Grundeinkommen quer zur aktuellen Tendenz. Es ist richtig, dass das Grundeinkommen keine andere, bessere Politik vom Staat einfordert, sondern die Sicherung eines ökonomischen Grundrechtes. Klarerweise stehen jene, die eine Alternative zur neoliberalen Politik, sei es im nationalen Rahmen, sei es innerhalb der EU, durchsetzen wollen, dem Grundeinkommen zumeist ablehnend gegenüber. Aber es sind zumindest drei Positionen

Fortsetzung nächste Seite

WIE VIELE EIN-EURO-STELLEN VERTRÄGT DAS GESUNDHEITSWESEN?

Mogel Packung Job-Wunder

Nach monatelangen Protesten und Demonstrationen gegen die neue Arbeitsmarktreform »Hartz Gesetz« legt sich nun allmählich der Sturm des Widerstandes. Nach immer neuen Hiobsbotschaften über die Zahl der Arbeitslosen braucht nicht nur die Bundesregierung dringend ein Erfolgserlebnis, sondern viel mehr braucht es Wolfgang Clement. Im Dezember, noch vor dem verdienten Weihnachtsurlaub, kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder an, wenn die beschlossenen Arbeitsmarktreformen kein Erfolg werden, so werde er Wolfgang Clement persönlich in die Verantwortung nehmen. Unterm Strich heißt das, Wolfgang Clement ist angezählt.

Thomas Salomo, Dresden ● Mit dem 01.01.05 trat nicht nur das Gesetzespaket Hartz in Kraft. Somit auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Daraus sollen Einsparung und Synergieeffekte genutzt werden. So können nun Städte, Gemeinden und die Arbeitsagentur getrennt oder gemeinsam die Vermittlung von Arbeitslosen übernehmen. Mit der Devise »Fördern und Fordern« will Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) Langzeitarbeitslosen mit Nachdruck wieder in ein Beschäftigungsverhältnis bringen. Jeder soll die Chance haben, sich zu beweisen und sich aktiv bei der Suche nach einem neuen Job beteiligen, so Clement.

Schon fast euphorisch wurden die Ein-Euro-Jobs als neue Jobwunder gefeiert. Gedacht sind die neuen Stellen für Langzeitarbeitslose, die nun ab 01.01.05 Arbeitslosengeld II beziehen. Sie sollen durch diese Stellen einen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben schaffen. Diese sollen dann maximal 100 Stunden im Monat arbeiten. Der Zeitraum, in dem ein Arbeitsloser diesen »Ein-Euro-Job« macht, ist auf 6 Monate begrenzt – danach soll sich eine Qualifizierung oder Umschulung anschließen. Doch schon jetzt schraubt die Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote stetig nach unten. Für die (Neu-)»Wiedereingliederung der Arbeitsuchenden stehen 2005 insgesamt 6,35 Mrd. Euro und für Personal- und Verwaltung 3,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Davon werden auch die Zusatzjobs finanziert« (Quelle: Bundesministerium für Finanzen). Noch weiß niemand, ob die erhofften Einsparungen eintreten. Der Bund könnte allein durch die Verlagerung der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen Milliarden einsparen, rein theoretisch. Doch den Städten und Gemeinden könnte die Reform noch teuer zu stehen kommen. Allein die Unterbringungskosten schlagen schon mit einem zweistelligen Million-Euro-Betrag zu Buche. Für die Gemeinden, deren Schulden ihnen schon jetzt über den Kopf wachsen, könnte dies zum k.o. führen.

Doch was von Clement als Jobinnovation gefeiert wird, ist schon mindestens 5 Jahre alt. Im Amtsdeutsch heißen diese Stellen »Gemeinnützige Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung«. Das heißt, weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer werden sozialpflichtige Beiträge abgeführt. Dies macht wie bisher die Arbeitsagentur. Mit neuem Namen, altem Profil und passendem Druckmittel will die Bundesregierung nun die »Ein-Euro-Jobs« salonfähig machen. Im Klartext heißt das: Jede Stelle, die nicht sittenwidrig ist, ist anzunehmen. Wer sie ablehnt, dem wird das ALG II gekürzt. Was einst als minderwertige und asoziale Arbeiten (z.B. Müll aufsammeln oder Fußwege kehren) verschrien wurde, könnte nun auf fast jeden ALG-II-Empfänger zukommen. Legitimation liefert das geänderte Sozialgesetzbuch drei § 16 Absatz 3: *»Für erwerbsfähige Hilfsbedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Werden Gelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten , zusätzliche Arbeiten nicht nach Absatz 1 als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, ist den erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen zu zahlen.«*

Pflege will gelernt sein

»Da bleiben kaum noch »zusätzliche Arbeiten« übrig«

Doch was sind zusätzliche Arbeiten? Nach Aussage vom Wirtschaftsministerium sind zusätzliche Jobs genau das, was schon vor dem Inkrafttreten des Hartz-Gesetzes gemacht wurde: Straßen kehren, Parks reinigen, Müll sammeln und Wiederherrichten von Grünflächen. Was noch vor Jahren von kleinen und mittelständigen Unternehmen gewährleistet wurde, mach(t)en nun Sozialhilfeempfänger und jetzt ALG-II-Bezieher. In einigen Gemeinden werden diese Tätigkeiten nun schon fast ausschließlich von so genannten gGmbH's (Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung) übernommen. Die Gewinner in diesem Spiel sind die Städte und Gemeinden. Wo sie noch vor Jahren teure Ausschreibungen für Leistung machen mussten, übertragen sie nun die Tätigkeiten an eines dieser Unternehmen, welche sich des Klientels der »Gemeinnützige Arbeit mit Mehraufwandsentschädigung« bedienen. Nicht selten sind die Städte Gesellschafter.

So spart man auch erheblich Kosten für die Leistung selber. Denn gezahlt wird nur für Material und Geräte und eine viel geringere Verwaltungspauschale. Der »Lohn« von 1 bis 2 Euro pro Stunde kommt von der Arbeitsagentur.

Schon jetzt heißt es in vielen deutschen Städten und Gemeinden: Was der erste Arbeitsmarkt nicht abdeckt, wird von ABM-Kräften erledigt. Wenn noch was übrig bleibt, erledigen dies dann die »Ein-Euro-Jobler«. Da bleiben kaum noch »zusätzliche Arbeiten« übrig.

Nun scheinen auch die Gewerkschaften Gefahr zu wittern, wie z.B. der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB Nord. »Mit den Ein-Euro-Jobs hält das Prinzip »Geiz ist geil« Einzug in die Arbeitswelt«, sagte der DGB-Nord-Vorsitzende Peter Deutschland in Schwerin. Er sehe die Gefahr, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet würden und das Arbeitsrecht ausgehöhlt werde. Die Folge seien Lohndumping und enorme Beitragsausfälle in der Sozialversicherung, sagte Deutschland der DPA. Aber viel zu spät.

»Da werden Leistungen abgerechnet, die nie oder nur sporadisch getan wurden.«

Auch im Gesundheitswesen halten die »Ein-Euro-Jobs« Einzug. Schon jetzt ist Pflege und Betreuung auf ein Minimales herabgesetzt worden. Da die Kosten gerade bei der Pflege von Kranken und Alten in den letzten Jahren geradezu explodiert sind, sehen sich die Krankenkassen gezwungen, zu sparen wo es nur geht. So werden Pflegesätze heruntergesetzt und Betreuungszeiten erheblich gesenkt. Auch die Hürde für die Anerkennung einer Pflegestufe wurde deutlich angehoben. Durch massive Einsparung der Kassen sind die Pflegeeinrichtungen ebenfalls gezwungen einzusparen. Diese sparen dann am Personal. So ist es keine Seltenheit, dass in Pflegeheimen eine Altenpflegerin 30 oder mehr Pflegebedürftige zu versorgen hat. Da bleibt keine Zeit mehr, um sich mit den alten Menschen zu unterhalten, geschweige denn mit ihnen spazieren zu gehen. Arbeiten im Akkord ist dann die Devise.

Oder es werden Stationen mit Pflegehilfskräften und Zivildienstleistenden besetzt. In einem Dresdner Pflegeheim kam es auch vor, das eine Pflegeschülerin als Stationsschwester eingesetzt wurde. Das hat zur Folge, dass die Zahl der Pflegefehler in den letzten Jahren stark angestiegen ist. So geschah es, dass eine Pflegehilfskraft eine Pflegeschülerin um Rat fragte, da ein Patient nicht mehr ganz bei Bewußtsein war. Auf die Frage der Schülerin, ob sie denn das Insulin gespritzt habe, verneinte sie. Da scheint es schon fast grotesk, dass ein wesentlicher Teil in der Altenpflegeausbildung die Betreuung umfasst wie z.B. Musizieren oder Bewegungsspiele. Auch treten vermehrt Abrechnungsfehler auf. Da werden Leistungen abgerechnet, die nie oder nur sporadisch getan wurden, oder Leistungen wurden ohne Indikation vollzogen.

Auch in Krankenhäusern sieht es nicht anders aus. Aus Kostengründen wurde die Zeit der Pflege nach Operationen erheblich gesenkt. So kommen ältere Pflegebedürftige schon kurz nach einer Operation wieder zurück ins Altenheim. Komplikationen scheinen da schon fast vorprogrammiert zu sein.

Die meisten Pflegefehler, so berichten Alten- und Krankenpfleger, geschehen bei bettlegerischen Patienten. Häufige Harn- und Blasenentzündungen seien keine Seltenheit mehr, da die Blasenkatheter länger als zulässig im Patienten gelassen werden. Auch um häufiges Wechseln der Windeln zu vermeiden, werden Katheter gelegt. Das größte Problem seien aber chronische Wunden (Dekubitus). Diese entstehen, wenn bettlegerische Patienten zu lange auf einer Seite liegen und nicht wie vorgesehen gewendet werden. Allein im Jahr 2000 verzeichneten die Krankenkassen 4 Millionen Dekubitusbehandlungen. Die Kassen kostete dies 1,5 Milliarden Euro an Behandlungskosten, so eine Studie vom Bundesfachverband Medizinprodukte-Industrie e.V.

»Eine Art Anwaltsfunktion«

Abhilfe könnten da die neuen »Ein-Euro-Jobs« schaffen, denken viele. Doch diese dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. So will es das Bundeswirtschaftsministerium. Doch angesichts der derzeitigen Pflegesituation klingt es mehr zynisch als wie eine ernst gemeinte Bitte. Schon jetzt stellen Pflegeeinrichtungen lieber Hilfskräfte als voll ausgebildete Pflegekräfte ein. Da ist es nur noch ein kurzer Weg bis zur Beschäftigung von ALG-II-Beziehern. So prüfen viel Träger von Altenheimen und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, in wie weit sie diese Jobs schaffen können. Die Caritas Bistum Dresden/Meißen beispielsweise plant, 100 bis 150 dieser Ein-Euro-Jobs zu schaffen. »Wir bieten ihnen wieder die Möglichkeit, gebraucht zu werden«, sagt Herr Christ von der Caritas Dresden. Man werde »Arbeitsgelegenheiten« in der stationären Pflege, der ambulanten Pflege und auch in Kindertageseinrichtungen schaffen. Die Caritas habe eine Art Anwaltsfunktion, so Christ. Eine Verdrängung von regulären Arbeitskräften ist nicht möglich, da die ALG-II-Bezieher nur Hilfstätigkeiten ausführen dürfen. Doch damit findet die Verdrängung gegenüber den Pflegehilfskräften statt.

Doch was passiert, wenn ein »Ein-Euro-Jobler« die Qualifikation eines ausgebildeten Krankenpflegers oder Altenpflegers hat? Gemäß seines Beschäftigungsverhältnisses dürfte er nur »zusätzliche Tätigkeiten« übernehmen. Streng genommen dürfte diese Person keinerlei pflegerische Arbeiten ausführen. Da stößt das Gesetz schon an seine Grenzen.

Was als Jobwunder gefeiert wurde, ist bei genauerem Hinsehen nichts weiter als eine weitere Mogelpackung und Problemverschiebung. Die Idee der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen für gemeinnützige Arbeit ist zwar grundsätzlich gut. Doch wenn damit reguläre Arbeitsplätze vernichtet werden, hat sie ihr Ziel der Gemeinnützigkeit verfehlt.

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit liegt nicht an der Motivation der Arbeitslosen, viel mehr an großen Strukturproblemen im Arbeitsmarkt und im Sozialsystem. So lange, wie es keine Transparenz für den Bürger in der Abrechnung von Pflege- und Behandlungskosten gibt, so lange werden u.a. die Kosten in die Höhe getrieben. Dem Gesundheitswesen werden die »Ein-Euro-Jobs« mehr schaden als nutzen. Was sich in der Bau- und Dienstleistungsbranche bereits abzeichnet, wird auch am Gesundheitswesen nicht halt machen. Die Leidtragenden sind die Patienten, deren Pflege schon jetzt vielerorts nicht ausreichend ist. Ob die »Ein-Euro-Jobler« wirklich nur Hilfstätigkeiten ausführen werden, ist fraglich. Denn Personalmangel besteht im Pflegewesen nicht, da es mehr ausgebildete Pflegekräfte gibt als Arbeitsplätze.●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

im Spiel. Sowohl die herrschende Politik als auch die »dazugehörige« Opposition wollen aktive Staatspolitik, das Grundeinkommen will ein Grundrecht verwirklichen.

Was nun die Geldform betrifft: Es ist schon eigentümlich, dass dieser Einwand gerade beim Grundeinkommen erhoben wird. Würde dieser Einwand konsequent umgesetzt, so würde dies bedeuten, keine Lohnerhöhungen, eigentlich auch keinen Lohn zu fordern, ebenso keinerlei Transferleistung, Unterstützungen, Subventionen, Stipendien. Konsequent gedacht, muss der Verzicht auf Forderungen in Geldform zum vollkommenen Rückzug aus dem Feld des Ökonomischen bedeuten. Eine derartige Haltung ist nicht nur absurd, sie ist praktisch nicht lebbar, abgesehen vom Rückzug auf radikal geldlose Kommunenprojekte.

Bei genauerer Betrachtung ist dieser Einwand auch recht unpräzise. Denn genau genommen stellt das Grundeinkommen ja den Warenstatus jener ganz spezifischen Ware, die allein das Merkmal des Kapitalismus darstellt, die Ware Arbeitskraft in Frage. Sollte es das Grundeinkommen geben, so besitzt das Proletariat eben mehr als nur seine Arbeitskraft, nämlich das gesellschaftlich durchgesetzte Recht auf Grundeinkommen. Ich gebe gerne zu, dass der Warenstatus des gemeinen Warenpöbels, wie Marx sich ironisch auszudrücken pflegte, nicht angetastet wird. Märkte, Geld und Waren gab es lange vor dem Kapitalismus, dessen Spezifikum eben in der Warenförmigkeit unserer Arbeitskraft besteht. Emanzipatorische Politik muss daher beim Status der Arbeitskraft den Hebel ansetzen. Dies macht den großen Unterschied zu Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Vollbeschäftigung, Lohnerhöhungen usw. aus. Höhere Löhne und Arbeit für alle kratzen nicht einmal an der Oberfläche am Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft. Das Grundeinkommen hingegen beseitigt die Lohnarbeit zwar nicht, aber sie relativiert sie, sie nimmt ihr den Stachel. Und zwar im Modus des mehr oder weniger. Je höher das Grundeinkommen, je weiter es verbreitet ist, desto mehr bedeutet es praktisch die Relativierung der Lohnarbeit. Das Grundeinkommen öffnet das Tor zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft, indem es die Lohnarbeit umso mehr in Frage stellt, je höher die Summe ist, in der es ausbezahlt wird.

Mit diesem Gedanken möchte ich diesen ersten Teil abschließen und auf den zweiten Teil verweisen, der in der nächsten Ausgabe der *grundrisse* erscheinen soll. Ich werde mit dem Einwand beginnen, das Grundeinkommen sei im Kapitalismus nicht möglich, im Sozialismus nicht nötig, wo bei es gilt, diese fatale »nicht möglich... nicht nötig...« Logik zu widerlegen. Ich werde dies anhand der Debatten um Distribution und Distributionsschlüssel von Marxens »Kritik des Gothaer Programms«, Engels »Anti-Dühring« über die Diskussionen in der sowjetischen Ökonomie, deren Reflexion bei Preobraschenskij und Bettelheim, bis zu den Überlegungen der Internationalen Kommunisten Hollands tun. Auch die Erfahrungen mit den Versuchen, eine nichtkapitalistische Ökonomie aufzubauen, lassen das Grundeinkommen als notwenige Alternative erscheinen, insbesondere wenn von der Lage und den Bedürfnissen des produktiven »Wir« ausgegangen wird.●

E-mail: k.reitter@gmx.net

Anmerkungen:

18) Grundeinkommen – Positionspapier von Vision ATTAC

19) Darunter fällt: Arbeitsmarktpolitik, Kriegsopfer- und Heeresversorgung, Sozialversicherung, Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Leistungen nach dem Pflegegesetz 20 Quelle: www.bmf.gv.at/budget/dateien/aus.funkt.93-02.pdf

21) www.euromarches.org/deutsch/04/0319_7b.htm

22) Alle Zitate aus: »Putzen, Spülen, Spargel Stechen« von Maren Martell, »Die Presse« vom 11. September 2004

23) »Offene Türen für 'Arbeitsunwillige'« von Petra Percher, »Die Presse« vom 27. März 2004

Anzeige

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
www.graswurzel.net

ENDLICH: SOZIALE BEWEGUNGEN BEKOMMEN FRISCHEN WIND DURCH NEUE BUNDNISPARTNER

Graswurzelrevolution Nr. 296 (Feb. 05). Aus dem Inhalt: **Schwerpunkt Alltagswiderstand & Verweigerung**. Perspektiven der Proteste gegen das Verarmungsprogramm der Bundesregierung; **Schwerpunkt Folter** & Misshandlung innerhalb der Bundeswehr; Die Falle der „Rettungsfolter". Zur symbolischen Verurteilung des Wolfgang Daschner; Tod durch Brechmitteleinsatz. Wenn deutsche Polizisten foltern; Die Rechte macht mobil; „Anarchismus, eine Philosophie des Friedens". Interview mit Peter Lilienthal; Zapatismus; Gelebter Widerstand in Argentinien; Algerienkrieg und Mossadismus; Todesstrafe & Foucault; u.v.m. Probeheft kostenlos. Schnupperabo 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo) Abo: 25 Euro (10 Ex.).
Bei: **GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net**

EIN LIED GEHT UM DIE WELT

Das Moorsoldatenlied

Die Zeiten sind Gott sei Dank vorbei, in denen dieses großartige Lied an Lagerfeuern – auf der Gitarre begleitet von ungemein kritischen und toleranten Sozialarbeitern – aus Gründen der Beschallung gegrölt und begossen wurde. Die Rede ist vom Moorsoldatenlied. Das Dokumentations- und Informationszentrum DIZ Emslandlager in Papenburg hat eine aufwendig gestaltete Zusammenstellung auf 2 CD's publiziert inclusive einer optisch und inhaltlich ansprechenden Beilage, eines Booklet.

Roland Röder, AKTION 3.WELT SAAR ● Mein unangefochtener Favorit ist die Interpretation des Schweizer Chansonnier Michael von der Heide; a capella und auf Französisch. *»Mais un jour dans notre vie / Le printemps refleurira / Liberté, liberté, chérie / Je dirai: tu es à moi / O terre enfin libre / Où nous pourrons revivre / Aimer. Aimer. Aimer.«* Das muss man gehört haben. Beeindruckend auch die Version von Dany Bober aus dem Jahre 1982 und die englischen Fassungen der US-Amerikaner Pete Seeger von 1986 und die von Paul Robeson von 1942. Dany Bober wurde 1948 in Israel geboren, remigrierte 1956 nach Frankfurt, der Geburtsstadt seines Vaters. Pete Seeger ist der nimmer müde Veteran des politischen Folksongs in den USA, dessen Bekanntheitsgrad auch ein jahrelanger Boykott durch US-Radiostationen nichts anhaben konnte; im Gegenteil.

Mit Boykott hatte auch der afroamerikanische Bariton-Sänger, Othello- und Mozartinterpret Paul Robeson (1898-1976) zu kämpfen. Ihm wurde gleich bis 1958 der Reisepass entzogen. Er hatte sich – heute würde man sagen als »bürgerlicher Liberaler«, als citoyen – nie von der Sowjetunion und der KP in den USA distanziert und zudem, fußend auf seiner eigenen Biographie, den Rassismus in den USA kritisiert. Zuviel für das weiße, patriotische, antikommunistische Amerika im Norden des Kontinents. Legendär wurde das Welsh-Transatlantic-Concert, als er 1957 die Technik des ganz neu im Atlantik installierten Telefonkabels nutzte und via Telefon ein Konzert für streikende walisische Bergarbeiter gab. Oder die Konzerte von 1952-1955, als ihm die USA jeweils die Einreise nach Kanada verbot: Die Bühne stand auf dem Territorium der USA, die Beschallung ging auf kanadisches Territorium und erfreute 30.000 (!) ZuhörerInnen. Zwei schöne Beispiele, wie man den Herrschaftscharakter von Technik mal kurzerhand verdreht. Erst dieser Hintergrund macht die ungeheure moralische und politische Dimension der Robeson Interpretation deutlich. Die letzte Strophe des Moorsoldatenliedes sang er häufig auf Deutsch.

Hoch anzurechen ist den AutorInnen, dass sie die de facto Staatsreligion der BRD, den Antikommunismus, ebenfalls zur Sprache bringen. Als die überlebenden Moorsoldaten 1956 – die KPD wurde gerade verboten – zu einem ersten Gedenktreffen nach Papenburg einluden, distanzierte sich der DGB. Er diffamierte die Zusammenkunft der KZ-Überlebenden in guter deutsch-nationaler Tradition und sprach von einem »kommunistischen Unternehmen«.

Ein Lied für viele Interpreten

All dieser kleinkarierte schwarz-rot-goldene Geist konnte der Verbreitung dieses starken Liedes nichts anhaben, das 1933 in dem KZ Börgermoor im Emsland entstand. Getextet und komponiert von einem Quartett. Der Text stammt von dem Arbeiterdichter Johann Esser und wurde von dem Schauspieler Wolfgang Langhoff textlich überarbeitet. Die Melodie von Rudi Goguel wurde von Hans Eisler kompositorisch ergänzt; oder neudeutsch: relaunched. Langhoff und Goguel sind ebenfalls in O-Tönen zu vernehmen. Alleine die Vielzahl der Interpretationen, deren politischer Kontext zum Teil durch die InterpretInnen gegeben ist, zeugen von der weiten ideologischen wie geographischen Verbreitung des Liedes.

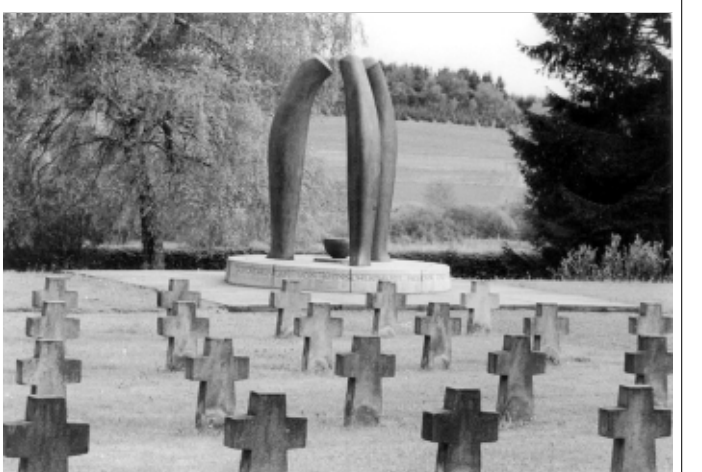
Ernst Busch sang es mit dem Chor der 11. Brigade im Spanischen Bürgerkrieg, Bertolt Brecht baute es ein in sein Szenen-Stück von 1943 »Furcht und Elend des Dritten Reich«, Hannes Wader sang es 1977 vor SDAJ-Publikum (Jugendorganisation der DKP), das in einer »etwas trunkenen Stimmung« war (O-Ton Wader), die Deutsch-Folk-Urgesteine Hein und Oss Kröher brachten in den siebziger Jahren ihre Interpretation heraus, oder die viersprachige Interpretation von Jana Carioli auf Italienisch, Danielle Villiere auf Französisch, Don Paulin auf Englisch und Perry Friedmann auf Deutsch. Aufgenommen wurde diese Fassung 1982, wie 1986 die Interpretation von Pete Seeger, beim »Festival des politischen Liedes«, das bis zum Ende der DDR jedes Jahr von der FDJ (Freien Deutschen Jugend) veranstaltet wurde. Dass es am 13. Dezember 1998 in der »Lindenstraße« auf griechisch ertönte ist nur ein weiteres Mosaiksteinchen in der Verbreitung dieses Liedes.

..... goes Punk and Rock

Neuland betreten dabei die Interpretationen von »Die Schnitter« (1999) und »Reservoir Dogs« (1996), die das Lied als Punk- bzw. Rockversion auf's Parkett brachten. Es mag nicht jedermanns Sache sein, aber es zeigt die enorme moralische Kraft des Liedes, die weit über seinen unmittelbaren Entstehungszeitraum reicht und von Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Biographien gesungen wurde und wird. Gleich in welchem Kontext das Lied gespielt wurde, seine visionäre Kraft für ein besseres Morgen hat es nie eingebüßt. Und genau das macht seine Faszination aus. Aus der Situation der direkten Unterdrückung, in einem deutschen KZ, geschrieben, verweist es weit über diese Unmittelbarkeit hinaus ohne seinen Ursprung dabei zu verlieren.

Zu den Moorsoldatenliedern der beiden CD'S gibt es unterschiedliche Zugänge. Die ausführlichen und feinfühligen Beschreibungen des jeweiligen musikalischen, politischen und historischen Kontextes, in dem die einzelnen Interpretationen entstanden sind und gesungen wurden, vermittelt einem beim Hören und Lesen mehr als nur eine beziehungslose Aneinanderreihung von Fakten, wann was in den letzten 70 Jahren war. Wer stark von G. Jauch, Beckmann, Fliege, S. Raab, Big brother und den anderen Quasselschredderern unser aller Realität beeinflusst ist, wird ein Problem mit der CD haben. Es ist 31 mal das gleiche Lied. Vordergründung also kompatibel mit 31 TV-Programmen. Aber es ist trotzdem 31 mal eine jeweils ganz andere Geschichte – pardon: Story – die unter die Haut geht. Das Lied und seine InterpretInnen. In diesem Sinne: Kaufen.●

Das Lied der Moorsoldaten 1933 bis 2000, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager, Papenburg; zusammengestellt von Susanne Brandt, Guido Fackler, Fietje Ausländer, 2 CD's mit 31 Bearbeitungen und Interpretationen, 64-seitiges Booklet, 25 Euro plus Versand, DIZ, Postfach 1132, 26851 Papenburg.
E-Mail: mail@diz-emslandlager.de



Hinzert-Denkmal. Hinzert war ein SS-Sonderlager / KZ-Hinzert. Dieses liegt im heutigen Rheinland-Pfalz (in der Nähe von Trier). Es wurde für vorwiegend luxemburgische Gefangene eingerichtet. Foto: AKTION 3.WELT SAAR

Reliefausschnitt KZ Buchenwald Foto: AKTION 3.WELT SAAR

Der Autor singt nicht und ist Mitarbeiter der AKTION 3.WELT SAAR;
www.a3wsaar.de

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
Info
Nr.65 | Winter 2004/2005

Der Duft des Geldes
Gemeinsame Geschäfte von Rockern, Nazis und Hools

Freie Kameradschaften - Intern

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

DAS LIED DER MOORSOLDATEN

Wohin auch das Auge blickt.
Moor und Heide nur ringsum.
Vogelsang uns nicht erquickt,
Eichen stehn kahl und krumm.
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Hier in dieser öden Heide
ist das Lager aufgebaut,
wo wir fern von jeder Freude
hinter Stacheldraht verstaut.
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Morgens ziehen die Kolonnen
in das Moor zur Arbeit hin,
graben bei dem Brand der Sonne,
doch zur Heimat steht der Sinn.
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Heimwärts, heimwärts!
Jeder sehnt sich nach Eltern, Weib und Kind.
Manche Brust ein Seufzer dehnet,
weil wir hier gefangen sind. Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Auf und nieder geh'n die Posten,
keiner, keiner kann hindurch,
Flucht wird nur das Leben kosten,
vierfach ist umzäunt die Burg.

Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!
Wir sind die Moorsoldaten
und ziehen mit dem Spaten ins Moor!

Doch für uns gibt es kein Klagen,
ewig kann's nicht Winter sein,
Einmal werden froh wir sagen:
Heimat, Du bist wieder mein!
Dann ziehn die Moorsoldaten
nicht mehr mit dem Spaten ins Moor!
Dann ziehn die Moorsoldaten
nicht mehr mit dem Spaten ins Moor!

Text: Johann Esser und Wolfgang Langhoff

The Peat Bog Soldiers

Far and wide as the eye can wander
Heath and bog are everywhere
Not a bird sings out to cheer us
Oaks are standing gaunt and bare
We are the Peat Bog Soldiers
We're marching with our spades to the bog

Up and down the guards are pacing
No one, no one can go through
Flight would mean a sure death facing
Guns and barbed-wire greet our view
We are the Peat Bog Soldiers
We're marching with our spades to the bog

But for is there is no complaining
Winter will in time be past
One day we shall cry rejoicing
»Homeland, dear, you're mine at last«
We are the Peat Bog Soldiers
We're marching with our spades to the bog

Then will the Peat Bog Soldiers
March no more with the spades to the bog

LE CHANT DES MARAIS ou »Börgermoorlied«, ou »Die Moorsoldaten«

I
Loin dans l'infini s'étendent
De grands prés marécageux
Pas un seul oiseau ne chante
Sur les arbres secs et creux

Refrain
Oh! Terre de détresse
Où nous devons sans cesse
Piocher.

II
Dans ce camp morne et sauvage
Entouré d'un mur de fer
Il nous semble vivre en cage
Au milieu d'un grand désert.

III
Bruit des pas et bruit des armes
Sentinelles jours et nuits
Et du sang, des cris, des larmes
La mort pour celui qui fuit.

IV
Mais un jour dans notre vie
Le printemps refleurira
Liberté, Liberté chérie
Je dirai: Tu es à moi.

Dernier refrain
Oh! Terre enfin libre
Où nous pourrons revivre (bis)
Aimer – Aimer – Aimer

SOLARANLAGEGENOSSENSCHAFT

Bürgerkraftwerk sichert Stromversorgung

Verantwortung selber übernehmen wollen einige Bürger in Rosenheim: Sie errichten ein so genanntes Bürgerkraftwerk mit der »Solargenossenschaft Rosenheim eG«. Dabei beteiligen sich private Bürger mit einem Genossenschaftsanteil von jeweils 500 Euro an der Investition in ein Solarkraftwerk. Die Rechtsform wurde gewählt, weil demokratische Mitsprache und Entscheidung jedes einzelnen unabhängig von der Höhe der Beteiligung möglich ist. Damit kann, zumindest in der Genossenschaft, der Bürgerwille direkt und basisdemokratisch umgesetzt werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Initiative für die »Solargenossenschaft Rosenheim eG« ging aus der örtlichen Agenda 21-Gruppe hervor. Starke Unterstützung erhielt sie durch den Rosenheimer Solarförderverein, der bereits seit 1993 aktiv ist. Als erstes Projekt wurde eine Solaranlage auf dem Dach eines Schulhauses in Rosenheim errichtet. Sie läuft mit 19 Kilowatt seit Oktober 2004. Die Dachfläche dafür stellte die Stadt kostenfrei zur Verfügung, weil es sich um ein Bürgerkraftwerk handelt. Zwei weitere Dachflächen direkt daneben sollen mit Photovoltaikanlagen zu einer Kapazität von jeweils rund 9 Kilowatt (kW) bis Sommer dieses Jahres ausgestattet werden.

Dauerhafte Unternehmensform

Anders als viele bereits bestehende Bürgersolarkraftwerke verfolgt die Solargenossenschaft Rosenheim eG mehr als »nur« den Betrieb einer Solaranlage. Ziel ist nicht nur ein einzelnes rein projektbezogenes Engagement. Das bei der Planung, Erstellung, Inbetriebnahme und Wartung der Anlage erworbene Know-how soll nicht verloren gehen, sondern für weitere Aktivitäten genutzt werden. Als dauerhafte Unternehmensform, die unabhängig von Projekten mit einer bestimmten Laufzeit oder von Einzelinvestitionen genutzt werden kann, bot sich deshalb die Genossenschaft an. Hier können viele Mitglieder gleichberechtigt zusammenarbeiten, da sie jederzeit problemlos neu eintreten oder auch austreten können.

Zu den erklärten Zielen der Solargenossenschaft Rosenheim zählt die Förderung erneuerbarer und damit klimafreundlicher und umweltschonender Energien. Sie will Motor für weitere Projekte in anderen Gemeinden des Landkreises sein, zumal die Regionen Rosenheim und Traunstein zum sonnigen Süden der Bundesrepublik gehören. Zusätzlich versteht sich die Genossenschaft als Anlaufstelle für interessierte Bürger. Entsprechend bietet sie Energieberatung zu Energiesparmaßnahmen, neuen Technologien, günstigen Bezug von Strom für die Mitglieder und günstigen Bezug von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien an. Erlöse kommen vor allem durch den Verkauf von Strom zustande. Überlegt wird zudem, mit der Solargenossenschaft auf mittlere Sicht ein Biomasse-Kraftwerk zu errichten.

Dividende geplant

»Die Mitgliedschaft in der Solargenossenschaft Rosenheim bietet die Möglichkeit, sich an einem ökologisch sinnvollen und wirtschaftlich interessanten Projekt zu beteiligen«, heißt es im Gründungsprospekt. Langfristig streben die Gründer der Solargenossenschaft eine Dividende von rund 3% an. Grundlage der Kalkulation ist das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG). Darin wird die Abnahme des von Solarkraftwerken erzeugten Stroms durch die örtlichen Stromversorgungsunternehmen zu einem festgesetzten Betrag für 20 Jahre garantiert. Für bereits errichtete Anlagen gibt es während dieser Zeit Bestandsschutz.

Das Umsatzrisiko sieht Vorstandsmitglied Franz Lukas als relativ gering an. Zudem entstehen nach der Installation der Anlage so gut wie keine laufenden Kosten für Betrieb und Personal. Das Risiko der Mitglieder bleibt aufgrund der Rechtsform eG maximal auf die Höhe ihrer Geschäftsanteile begrenzt. Die Geschäftsanteile selbst liegen mit 500 Euro eher niedriger als bei einigen privaten Unternehmen der Region, die Solarkraftwerke betreiben. Durch den Bürgeransatz der Genossenschaft lassen sich auch kleinere Investitionsbeträge im Rahmen weiterer Projekte oder durch die Aufstockung bestehender Anlagen nutzen. Bisher haben 84 Mitglieder 187 Anteile und damit knapp 100.000 Euro gezeichnet.

Ehrenamtliche Vorarbeit

Die Gründung der Solargenossenschaft Rosenheim veranschaulicht eine große Bereitschaft, sich für eine umweltfreundliche Energiegewinnung einzusetzen, immerhin erfolgt die gesamte Organisation bisher ehrenamtlich. Über einen Aktionstag des Rosenheimer Solarfördervereins sowie über Agenda-21- und Naturschutzveranstaltungen wurden die ersten Mitglieder gewonnen. Angestrebt wird die private Beteiligung möglichst vieler Menschen, um eine breit gestreute Eigentümerschaft zu erreichen. Bis zum Jahre 2006 sollen 280 und bis 2008 möglichst 420 Geschäftsanteile gezeichnet sein.

Das Beispiel der Solargenossenschaft veranschaulicht eine der Möglichkeiten, die in der Rechts- und Organisationsform eG stecken. Genossenschaften bieten die Chance, bürgernahe und nutzerbestimmte Lösungen für gemeindenahe Versorgungsaufgaben zu entwickeln und so die reine Kommerzialisierung von wichtigen kommunalen Leistungen zu vermeiden. Mit der eigenen Energie und der unerschöpflichen Energiequelle Sonne will die Solargenossenschaft Rosenheim eG auch der Macht der großen Energieversorger etwas entgegensetzen.●

Weitere Informationen:
www.solargenossenschaft-rosenheim.de

SOLARVERTRIEBSGENOSSENSCHAFT

Eine Gemeinschaft für die Sonnenwärme

Der Bund Solardach eG blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr mit einem Absatzplus von 30 Prozent zurück. Rund 41.000 Quadratmeter Kollektoren haben die Mitglieder der Genossenschaft im Jahr 2004 auf die Dächer montiert. Und das neue Jahr scheint noch besser zu werden. Die Genossenschaft vertreibt interessante neue Produkte wie das Solardach plus, eine harmonische Kombination aus Solarthermie für Heizung und Warmwasser und Photovoltaik zur Stromerzeugung.

Susanne Stracke-Neumann, Red. Genossenschaften ● Der Beginn klingt wie in ein modernes Wirtschaftmärchen: Es war einmal eine Garage am Fuß des Schlosses Augustusburg in Sachsen. Dort versuchte Jörg Buschbeck, Anfang 30 und gelernter Elektromonteur des bekannten Motorradwerks MZ in Zschopau, seine Ideen eines besseren thermischen Solardachs in die Wirklichkeit umzusetzen. Seit Jahren verkaufte und montierte er Solardächer anderer Firmen und sann immer wieder auf Verbesserungen, bis er schließlich sein Patent anmelden konnte.

Ohne Zwischenhandel

Aus 2.000 Quadratmeter Sonnenkollektoren im ersten Jahr der Buschbeck Solartechnik GmbH in Augustusburg wurden schnell mehr: Aus der Garage wurden mehrere Hallen, aus dem Einzelkämpfer der Chef einer Firma mit 50 Angestellten. Eines aber wollte Buschbeck immer anders machen, als er es vorher kennen gelernt hatte. Er wollte ohne Zwischenhandel direkt mit den Montagefirmen auf der Baustelle zusammenarbeiten. Keine schwierigen Kommunikationswege, direkte Schulung der Leute, die den Kunden aufs Dach steigen, schnelle Umsetzung von neuen Ideen, auch von der Seite der Partnerfirmen.

Jahr für Jahr wurde die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben, die zumeist aus dem Heizungs- und Sanitärhandwerk stammen, und der Produktionsstätte enger. Schließlich trafen sich die Mitglieder aller Firmen, die ihren Kunden Buschbecks Sonnenkollektoren empfehlen, am 29. Februar 2004 in Sachsen. Nach eingehenden Diskussionen beschlossen die Solarexperten eine Genossenschaft zu gründen, die aus dem Betrieb Buschbeck Solartechnik und allen seinen Partnern beim Vertrieb des Produkts besteht. Offiziell beantragten sieben Betriebe die Gründung der eG, die zum 1. Juli 2004 rechtskräftig wurde. Inzwischen zählt die Genossenschaft, die den Namen BUSO Bund Solardach eG trägt, gut 100 Mitglieder, die in ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz verteilt sind.

Kontinuierliche Schulung

Die Mitglieder sind selbständige Unternehmen. Weiterhin haben sie auch ihr Angebot im Programm an Heizungen, Photovoltaik, Bädern, Gebäudeelektronik und ähnliches. Nur wenn es um die Solarthermie, die Sonnenwärme für Heizung und Warmwasser geht, dann ziehen alle an einem Strang und bieten ihren Kunden das BUSO-Solardach an.

Die Vermeidung des Zwischenhandels war ein Anlass zur Gründung der Genossenschaft BUSO Bund Solardach, doch die Absicht geht darüber weit hinaus. Satzungszweck ist »die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Insbesondere soll die Entwicklung, Herstellung und Verbreitung kostengünstiger und leistungsstarker Anlagen erneuerbarer Energie im Sinne des Umweltschutzes gefördert werden«. Neben den Einkaufsvorteilen, die eine größere Gemeinschaft hat, fördert der Bund Solardach eine kontinuierliche Schulung und durch ständige Rückkopplung eine stete Verbesserung des Produkts. Der Bund Solardach bietet auch dem Kunden kleinerer Einzelbetriebe der Genossenschaft die Sicherheit einer großen Gemeinschaft.

Gemeinsames Marketing

Für die Interessenten soll der Bund Solardach durch einen gemeinsamen Marketingauftritt erkennbar sein. Ein gemeinsames Logo, gemeinsame, aber personalisierbare Werbemittel, gemeinsame, aber ebenfalls personalisierte Internet-Auftritte machen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Genossenschaft Bund Solardach nach außen deutlich – und steigern darüber hinaus den Wiedererkennungseffekt. Zu diesem Zweck richtete die Genossenschaft auch eine Stelle für eine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein. Um den gemeinsamen Marketing-, Internet- und Öffentlichkeitsauftritt finanzieren zu können, zahlt jedes Mitglied ein Eintrittsgeld von 100 Euro sowie eine einmalige Einlage von 100 Euro. Anschließend ist eine monatliche Kostenbeteiligung von 200 Euro fällig.

Meldet sich ein neuer Betrieb, der Mitglied im Bund Solardach werden möchte, dann wird die Firma auf ihre Eignung abgeklopft, erklärt Jörg Buschbeck. Er bildet zusammen mit dem Pufferspeicherspezialisten Peter Taubert aus dem sächsischen Elsterberg den Vorstand. »Wir prüfen, ob dieser Betrieb zu uns passt. In seiner Einstellung zur Solarthermie und zur Umwelt. Dennoch: Ökologie muss ökonomisch durchsetzbar sein.«

Fotos: Installation des BUSO Solardachs

Voraussetzung für den Beitritt sei ebenfalls eine hohe Identifikationsbereitschaft mit Produkt und Gemeinschaftsidee sowie die Bereitschaft, die Mitarbeiter des Betriebes durch Schulungen auf dem neuesten Stand zu halten, sagt Buschbeck. »Wir bieten eine Solartechnik, die sich rechnet und wollen zufriedene Kunden durch gute Leistung.«

Ökonomische Solartechnik

Das soll bald auch in nicht-deutschsprachigen Ländern möglich sein. Seit drei Monaten bietet der Bund Solardach unter dem Begriff »Buso Worldwide« englischsprachige Informationen unter www.buso.de an. Seither hat es über 1.000 Anfragen aus allen Kontinenten gegeben, ein Drittel davon durch Firmen. Allerdings will der Bund Solardach seine Kollektoren nicht von Sachsen aus in die ganze Welt transportieren. Der Bund Solardach sucht Gleichgesinnte, die das BUSO-Dach produzieren und montieren. Was dazu nötig ist, ist kein großes Kapital, sondern eine Garage, Begeisterung für die Solarthermie, eine gute Schulung in Augustusburg und die Mitgliedschaft in der Genossenschaft.●

Mehr Information: www.buso.de

ALTERNATIVE GENOSSENSCHAFTSTAGE:

Neue Genossenschaftsformen – Entwicklungsstand und Gestaltungsbedarf

Vom 17. bis 19. Juni veranstaltet die innova eG in Ilmenau ein Wochenendseminar zu neuen Genossenschaftstypen (Multistakeholdergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften usw.). Auf dem Seminar werden in parallelen Arbeitsgruppen fünf verschiedene neue Genossenschaftstypen, die erst noch einer Umsetzung harren oder noch zusätzlichen Gestaltungsbedarf haben, vertiefend behandelt. Eine enge Kooperation mit dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) ist vorgesehen. Für jede Arbeitsgruppe wird ein Input vorbereitet. Die TeilnehmerInnen können und sollen sich an der Weiterentwicklung der vorgestellten Ideen beteiligen. Zu Beginn der Veranstaltung ist eine vergleichende Betrachtung der »Genossenschaftsgründungswelle« zu Ende der achtziger bzw. Anfang neunziger Jahre mit der heutigen Situation vorgesehen. Interessierte mögen sich an info@innova-eg.de (www.innova-eg.de) wenden.●

Burghard Flieger

Eine (Kinder-)Geschichte des Kommunismus

Die Überlegung besticht durch ihre Einfachheit: Weit mehr schon als eine Dekade nach dem »Ende der Geschichte« über Kommunismus nachdenken zu wollen, erfordert völlig neue Ausdrucksweisen. Weg vom Pathos der roten Fahnen und Barrikaden, weg vom Geschäftsordnungston der Parteien und Grüppchen und weg von der reinen Lehre der Marxexegese kann nur eine kinderleichte Sprache, so Bini Adamczak, dafür sorgen, dass die freie Assoziation der Individuen wieder denkbar, vorstellbar und wünschbar wird, um machbar zu werden. Und so ist denn die Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird eine theoretisch angeleitete Erzählung, die sich der Sprache eines Kinderbuchs bedient. Sie fällt damit durch jedes Raster: weder tatsächlich ein Kinderbuch, noch theoretisches Essay, weder literarische Erzählung noch historischer Abriss. In Missachtung der gängigen Genres ist Adamczak eine differenzierte Vergegenwärtigung der Fallstricke kommunistischer Gesellschaftskritik gelungen – mit Unterhaltungswert.

Vom Feudalismus bis in die heutige Zeit: Adamczak schreibt über neidische Prinzessinnen, Händlerinnen, die Glasperlen gegen Gold tauschen, vertriebene Bäuerinnen, die ihre Arbeitskraft in der Stadt verkaufen müssen, über Bügeleisenfabriken und den »großen Topf« Staat, in den alle ihr Geld werfen, damit es, so die Hoffnung, gerecht verteilt werde. Aus der Konkurrenz der Fabriken erwächst schließlich die kapitalistische Krise und damit der Dreh- und Angelpunkt der weiteren Erzählung. »Und so wird's gemacht«: In sechs Versuchen spielen die Menschen in den Bügeleisenfabriken in ihrer kindlich naiven Euphorie die bekannten Varianten kommunistischer Gesellschaftsveränderung durch, bemerken jedoch schnell, dass sie weiterhin unzufrieden sind.

Sei es die Regulierung des Marktes durch den Staat bis hin zur kompletten Verstaatlichung, die Selbstorganisation der Arbeit bis hin zu ihrer Abschaffung oder bloße Maschinenstürmerei. Immer bleibt in ihren Augen Wesentliches unberücksichtigt: stupide Arbeitsinhalte, Konkurrenz, Bürokratismus, Verdinglichung oder das Zurückfallen hinter schon erreichte Lebensstandards. »Versuch Nr. 6«, die bewusste Entscheidung, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, führt schließlich zur radikalen Kehrtwende: »Wir entscheiden alleine, wie es weiter geht. Denn das ist unsere Geschichte – und die machen wir jetzt selbst.«

In einem Epilog benennt Adamczak noch einmal den Mangel der aufgeführten Kritikstrategien im Klartext: Allesamt setzen sie an Einzelphänomenen an, fordern je nach theoretischer Orientierung die Verbesserung von Zirkulation, Produktion oder Konsumtion ohne sich an das große Ganze heranzuwagen. Und noch ein weiteres Manko treibt Adamczak an: Was, wenn es an sozialen Bewegungen fehlt, die die kommunistische Idee praktisch werden lassen? Die Antwort klingt kinderleicht: Der Text sei es, der die stimulierende Wirkung praktischer Erfahrungen simulieren müsse. Allerdings können die Irrungen und Wirrungen der Praxis wohl nur bis zu einem gewissen Grad am Schreibtisch durchgespielt werden.

Verziehen sei, dass Adamczak gleich in der Einleitung mit der Verwendung der Krankheitsmetapher – an deren Dekonstruktion sich schon unzählige diskurstheoretische Arbeiten abgemüht haben – zielsicher in eines der vielen Fettnäpfchen der Kapitalismuskritik tritt. Nicht zu verzeihen hingegen ist, dass reaktionäre Formen der Kapitalismuskritik und sonstige Katastrophen des Kommunismus kaum Erwähnung finden. Dennoch: Dieses schmale Bändchen, das sich quer zu allen gängigen Textformen politischer Bücher stellt, enthält weit mehr Diskussionsstoff über die Zukunft sozialer Utopien und emanzipativer Gesellschaftskritik als unzählige theoretisch abgesicherte, staubtrockene Publikationen.●

Gottfried Oy

Bini Adamczak: Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird. Unrast Verlag, Münster 2004, 80 Seiten, 8 EUR

Arbeit, Wert und Wissensökonomie

Immaterielle Arbeit, dieses merkwürdige Amalgam aus intellektuellen, kommunikativen und affektiven Elementen, ist zum »Herz« kapitalistischer Wertschöpfung geworden; einer Wertschöpfung allerdings, die auf wackligen Beinen steht. Soweit André Gorz, einer der prominenten Kritiker jener modernen Ökonomie, die nicht nur mit dem Adjektiv immaterieller, sondern auch mit Wissen und Intelligenz identifiziert wird. Er macht ein Paradoxon jener auf der Produktivkraft Wissen basierenden Wirtschaftsweise aus: Um verkäuflich und verwertbar zu sein, muss Wissen in Privateigentum verwandelt und verknappt werden – allerdings eignet es sich dazu ganz und gar nicht, es droht die hausgemachte Krise.

In seinem Essay zur »Kritik der Wissensökonomie« folgt Gorz der globalisierungskritischen Bewegung in ihrem Kampf gegen die künstliche Verknappung von Wissen zulasten eines Großteils der Weltbevölkerung. Vom patentierten Saatgut über geschützte Software bis hin zur genetischen Neuprogrammierung des Menschen: Eine Koalition der »Dissidenten des digitalen Kapitalismus« sei notwendig, um das Schlimmste zu verhindern.

Was ist ökonomisch verwertbares Wissen? Früher wurde damit das assoziiert, was Ingenieure an Innovationen in den Produktionsprozess einbrachten. In Form von Maschinen und anderen technischen Apparaturen befand sich diese Art des Wissens in Privatbesitz und war durch Patente und Urheberrechte geschützt. Heute hingegen ist das Wissen »lebendig« geworden: Gefragt ist eine spezifische Melange aus Erfahrung, Urteilsfähigkeit, kommunikativen Stärken und Selbstorganisierungstalent, um die Anforderungen moderner Warenproduktion zu meistern – einer Produktion, bei der die Herstellung von Markenimages an Bedeutung dem eigentlichen Produkt schon lange den Rang abgelaufen hat.

Während im Frühkapitalismus und später im Fordismus als Voraussetzung für stumpfsinnige Fließbandarbeit mühsam Kenntnisse und Gewohnheiten abtrainiert werden mussten, geht die Entwicklung heute – zumindest in der nördlichen Hemisphäre – in die entgegengesetzte Richtung. All das »kulturelle Gepäck«, das bislang verleugnet wurde, soll heute als kreatives Moment in den Produktionsprozess mit eingebracht werden. Grenzen setzt dieser neuen Form der Ausbeutung nur das klassische Lohnarbeitsverhältnis. Konsequent ist hier, so Gorz, die Forderung nach dessen Abschaffung – von Unternehmerseite wohlgemerkt: »So sehen zumindest die Neoliberalen die Zukunft der Arbeit: Abschaffung der Lohnarbeit, verallgemeinertes Selbstunternehmertum, Subsumtion des ganzen Menschen und des ganzen Lebens unter das Kapital, mit dem sich jedermann vollkommen identifiziert.«

Lassen sich die Arbeitsverhältnisse eventuell noch auf diese Weise an die neuen Erfordernisse anpassen, so führt die Notwendigkeit, neue Formen von Wissen und Intellektualität in den Produktionsprozess zu integrieren, zur Krise des Wertbegriffs. Wissen entzieht sich der Messbarkeit, ein einheitlicher Maßstab, wie zuvor die Arbeitszeit, ist nicht mehr vorhanden. Ob nun das Musizieren, das Spiel mit den Kindern, der Abend im Club oder der Brunch mit Freunden die entscheidenden kreativen Impulse brachte, lässt sich im Nachhinein nicht mehr feststellen. Wichtig ist nur, dass der immaterielle Arbeiter nicht mehr auf die Uhr schaut: Insofern ist seine Arbeitszeit auch nicht mehr messbar, die heilige Dreieinigkeit des Kapitalismus – Arbeit, Wert und Kapital – gerät somit ins Wanken.

Das lebendige Wissen kann im postmodernen Kapitalismus allerdings nur zur Hauptquelle der Wertschöpfung werden, weil Zugangsbarrieren die seinem Charakter viel eher entsprechende freie Verbreitung verhindern. Das bedeutet wiederum im Umkehrschluss, dass prinzipiell die Chance besteht, Wissen zu kollektivieren und somit die Wertschöpfung selbst anzugreifen. Gorz sieht somit die Menschheit vor einem Scheideweg: Entweder setzt sich die Erkenntnis durch, dass die kostenlose Verbreitung die Fruchtbarkeit des Wissens steigert oder es droht eine »posthumane Zivilisation«, in der Gemeingüter und Lebenswelten weiterhin privat angeeignet und dadurch zerstört werden.

Gorz selbst verortet sich auf Seiten der Dissidenten des Wissenskapitalismus, wenn er anprangert, zu welch kruden eugenischen Horrorszenarien Gentechnik und Neurowissenschaften schon heute gerne fähig wären. Dabei steht ihm allerdings seine letztlich defensive Position im Weg. Er tritt an, um einen Kern der Humanität vor dem Zugriff böser Mächte zu retten. Jenseits theoretisch fragwürdiger Implikationen unterschlägt dieser Zugang, dass es nicht nur neoliberale Strategen waren, die dem Fordismus den Garaus machen wollten, sondern auch die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre, die gegen die Fabrikgesellschaft und ihre stumpfsinnigen und sinnentleerten Arbeits- und Lebensweisen kämpften. Insofern sind die neuen Arbeitsformen eben auch Teil einer ambivalenten Erfolgsgeschichte, nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Dissidenten von damals.●

Gottfried Oy

André Gorz: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie; Rotpunktverlag, Zürich 2004, 133 Seiten, 15,50 EUR

Bakunins Sohn

»Heute Nacht habe ich von Tullio Saba geträumt. Sein Gesicht war weiß wie Wachs, und seine Augen weit aufgerissen, erschrocken oder vielleicht ein bisschen traurig ... Ein amerikanisches Militärhemd aus der Kriegszeit, ganz zerfetzt. Er hat mir gesagt 'Alle haben mich vergessen, auch die Freunde, auch die Frauen'«, (S. 3) erzählt eine Mutter ihrem Sohn, einem nicht namentlich genannten Journalisten. Dieser begibt sich daraufhin auf die Spurensuche nach jenem Mann, der »Bakunins Sohn« genannt wurde.

Tullios Vater Antonio ist in dem sardischen Dorf Guspini Schuhmacher und für seine Bakunin-Begeisterung bekannt. »Und Antonio Saba mischte bei jedem Gespräch diesen Bakunin mit hinein, als wäre es Petersilie aus der Küche.« (S. 11) Nachdem die Faschisten an die Macht kommen, kann er sein Geschäft nicht mehr weiterführen. Sein Sohn Tullio, eine Mischung aus Frauenheld, Gewerkschaftler der CGIL (kommunistische Gewerkschaft) und Parteifunktionär, beginnt im Bergwerk zu arbeiten und politisch zu agitieren. Dass er auch am Mord an dem faschistischen Direktor des Bergwerks beteiligt war, lässt Atzeni die Roman-ProtagonistInnen kolportieren. Bruchstückhaft setzt sich aus den teils widersprüchlichen Erinnerungen ein Bild von jenem Menschen und seinen unterschiedlichen Facetten zusammen – für die einen der wagemutige Kommunist, für andere der Liebhaber und Frauenheld. In Form von nebeneinander gestellten, unkommentierten Originaltönen zeichnet Sergio Atzeni in seinem zweiten Roman ein Bild vom Leben der Arbeiterklasse in einer Kleinstadt im Südwesten Sardiniens während des italienischen Faschismus und der Anfangsjahre nach dem Krieg. Die Gestalt des Tullio Saba ist nur der Aufhänger, den der studierte Philosoph Atzeni benutzt, um eine poetische Beschreibung eines sardischen Dorfes zu geben. Es ist ein lebendiges Bild italienischer Lokalgeschichte, die sich teilweise aus autobiographischen Quellen speist. Bei diesem Roman handelt es sich um den zweiten der insgesamt vier Romane, die der 1995 tödlich verunglückte Autor verfasst hat.

Ergänzt wird der Roman, der 1997 von Gianfranco Cabiddu (»Disamistade – Zur Rache verdammt« [1989]) verfilmt wurde, durch ein Nachwort von Andreas Löhrer, dem Übersetzer dieses Romans. Löhrer gibt darin einen knappen Überblick über das literarische Werk von Atzeni und beleuchtet einzelne Aspekte aus dem vorliegenden Roman.

Der libertäre Verlag Edition Nautilus, der im vergangenen Jahr (2004) mit dem Kurt-Wolff-Preis für sein Verlagsprogramm ausgezeichnet wurde, hat mit diesem Roman wieder einmal ein Stück interessante, moderne Literatur für ein deutschsprachiges Publikum zugänglich gemacht. Sergio Atzeni gehört in Italien zu den wichtigsten modernen Autoren – während er in Deutschland noch weitgehend unbekannt ist.●

Maurice Schuhmann

Sergio Atzeni: Bakunins Sohn, Edition Nautilus, Hamburg 2004, ISBN: 3-89401-433-4, 96 S.; 12,90 EUR

Amerika

Verschiedene AutorInnen versuchen, die aktuelle Politik der US-Regierung vor allem im internationalen Krisen"management" zu durchleuchten und zu verstehen. Die Qualität der Kapitel schwankt sehr stark. Sie sind alle mit der Brille des Verständnisses geschrieben und sollen einen Kontrapunkt durch den ohne Frage interessengeleiteten Medien und Parteistellungnahmen aus Europa zum Irakkrieg und anderen US-Interventionen bilden. Etliche Texte benennen mit Quellenangaben und vielen konkreten Darstellungen die Hintergründe bis hin zu den Auseinandersetzungen in den USA, andere arbeiten mit flachen Slogans und geben, wenn überhaupt, als Quellen Gespräche mit Bekannten u.ä. an. In letzteren kommt die typische Sichtweise antideutscher Populisten durch, die regelmäßig auf ein genaues Hinsehen verzichten.●

Jörg Bergstedt

Thomas Uwer u.a.: Amerika , 2003, Ca ira in Freiburg, 318 S.

Global Total

Die Autoren haben ein Sammelsurium von Texten und vor allem Interviews zusammengestellt, um verschiedene Aspekte der Globalisierung zu durchleuchten. Ihren eigenen Ansatz haben sie dem im Vorwort vorangestellt – sie trauern um eine »abgrundtiefe Krise der Demokratie«. Damit liegen sie auf der Wellenlänge der meisten GlobalisierungskritikerInnen, die vor allem um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie fürchten, wenn Konzerne ihre Profite und Handlungsmöglichkeiten erhören, während die Nationalstaaten aus eigenem Antrieb (nicht aufgrund von Sachzwängen) auf Regulierungen verzichten, sondern stattdessen den Standort auf Profit ausrichten, was vor allem bedeutet, die Menschen als ausbeutbares Humankapital zu organisieren. Nur an wenigen Stellen blitzt eine tiefergehende kritische Analyse der Gesellschaft durch, in der Herrschaft und damit auch der Nationalstaat als eine zentrale Ursache der Entwicklung und nicht deren Opfer betrachtet wird. Als Sammelband verschiedener Themen und Aspekte aber eignet sich das Buch trotzdem gut – vor allem als Einstieg in das Thema.●

Jörg Bergstedt

Christoph Burgmer/Stefan Fuchs: Global Total, 2004, Papyrossa in Köln, 246 S., 14,80 EUR

Bernd Höcker schafft ab: GEZ

Etwa 10% der Deutschen Rundfunkteilnehmer zahlen keine Gebühren. »Mit Recht«, lässt sich aus Bernd Höckers neuem Buch »GEZ abschaffen!« herauslesen. In acht Kapiteln liefert er »Argumente und Strategien für die Beseitigung einer undemokratischen Institution«. Der Vorstellung der GEZ folgt eine Auflistung von 31 Argumenten gegen ihre Beibehaltung. Deren Rechtsform ist eine nicht selbstständig rechtsfähige öffentlich-rechtliche Verwaltungsgemeinschaft. Sie ist somit keine Behörde oder juristische Person.

Zwecks Adressenermittlung und Gebühreneintreibung wurden im Jahr 2002 von den bundesdeutschen Meldebehörden über 12 Millionen Datensätze von Bürgern an die GEZ übermittelt. Wer sich selbst aber keinen Fernseher anmeldet, bekommt früher oder später einen Brief der GEZ. Rund jeder fünfte meldet daraufhin sein Gerät an. Die verbleibenden Anmeldungs-Ignoranten gelten als potentielle Schwarzseher.

Grundlage der Beitragsforderung ist die Bereithaltung eines Rundfunkgerätes, nicht die tatsächliche Nutzung. Hier setzt der Autor aus Hamburg einen Hebel seiner Kritik an. Im Bereich des Rundfunks, so Höcker, seien wir Sklaven: »Es gibt auch keine öffentlich – rechtlichen Zeitungen, die jeder zwangsweise zu abonnieren hat, der lesen kann.« Das Privileg einiger Anbieter verhindere faire Voraussetzungen auf dem Rundfunkmarkt. Die Kritik erscheint streckenweise diffus. Ob das Prinzip des freien Marktes dem Fernsehniveau tatsächlich zugute käme, sollte noch einmal bedacht werden. Faktisch ist Bernd Hökkers Buch allemal empfehlenswert. Es wird der Einfluss der 1973 beschlossenen und 1976 eingesetzten Gebühren-EinzugsZentrale auf unterschiedliche Personengruppen dargestellt.

Wer zahlt – Wer nicht? Wie sieht es mit der rechtlichen Absicherung der GEZ aus? Welche Möglichkeiten privaten sowie öffentlichen Widerstandes gibt es? Schnelle Antworten anhand von Standardfragen und Tipps für Kläger präsentiert diese Veröffentlichung.●

Marc Rosen

Bernd Höcker: »GEZ abschaffen!«, 112 Seiten, Broschur, EUR 6,90, ISBN: 3-9804617-7-7

Politik in der Schule

Das Buch bietet eine Einführung in die Geschichte der schulischen politischen Bildung in Deutschland ab ca. dem 17. Jahrhundert. Die Entwicklung wird an vielen Beispielen sehr anschaulich dargestellt. Deutlich ist erkennbar, wie Schulbücher und die politische Bildung in ihrer Bedeutung wechselten und immer für die Interessen der Herrschenden benutzt wurden. Das ist heute nicht anders – und in dieser Tradition ist auch das Buch sehr passgenau. Es kritisiert die heutige Lage nicht, wenn z.B. die Demokratie als Nonplusultra gepriesen wird, sondern findet das einen qualitativen Sprung. Dass eine Lobeshymne auf die Demokratie aber auch nur das sein kann, wie es immer war, kommt dem Autor nicht in den Sinn: Propaganda für die aktuell Herrschenden. Wenn die Menschheit eine Zukunft erlebt, wird die dann folgende Geschichtsschreibung das vielleicht neu bewerten, wie Demokratie und Rechtsstaat zu sehen sind: Als Durchbruch oder als Modernisierung der immer selben Idee autoritärer Gesellschaftsformation mit Schulbüchern, die dafür werben.●

Jörg Bergstedt

Wolfgang Sander: Politik in der Schule. 2004, Schüren in Marburg, 175 S.

Die Elster muss jetzt fliegen

Eines steht im noch jungen Jahr 2005 bereits hundertprozentig fest: Der Vogel Elster wird flügge. Seit 1. Januar sind alle Unternehmer verpflichtet, Umsatzsteuer- und Lohnsteuervoranmeldungen online im Elster-Verfahren (Elster, elektronische Steuererklärung) an den Fiskus zu übermitteln. Grundsätzlich nehmen die Finanzämter nur noch bis zum 31. März Voranmeldungen auf Papier an.

Zwar können Firmenchefs darüber hinaus auf Antrag eine Ausnahmeregelung bekommen (»Vermeidung unbilliger Härten«). Dies gilt jedoch in erster Linie nur für Unternehmen ohne EDV, jedoch ist auch bereits jetzt abzusehen, dass ab 2006 komplett Schluss mit der klassischen Steuerübermittlung via Papier ist. Außerdem warnte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in diesen Tagen vor dem »hohen Datenaufkommen« durch die elektronische Übermittlung. Auf Selbstständige, die sich auf das Verfahren noch nicht ausreichend vorbereitet haben, kommt somit augenscheinlich viel Aufwand zu.

Ein weiterer Grund für Freiberufler, Handwerker und Kleinbetriebe jetzt auf Lexware financial office 2005 bzw. Lexware financial office plus umzusteigen, denn die kaufmännischen Komplettlösungen

● sind ELSTER-fähig; die elektronische Übermittlung funktioniert bequem, sicher und auf Knopfdruck. So lassen sich Umsatzsteuervoranmeldungen, Lohnsteueranmeldungen und -bescheinigungen online abgeben.

● enthalten zudem einen umfangreichen Elster-Ratgeber

● sind für bald anstehende, weitere Online-Verfahren gerüstet. So lässt sich die Software mit Lexware dakota (Preis: 49,90 Euro) nachrüsten. Ein Tool, mit dem der Unternehmer entsprechende Meldungen (gemäß § 28a SGB IV) seiner Beschäftigten online an die Krankenkasse übertragen kann. Diese Übermittlungsform wird 2006 zur Pflicht. Allerdings dürfen dabei nur Programme eingesetzt werden, die (wie Lexware lohn+gehalt bzw. Lexware lohn+gehalt plus) dem Verfahren in punkto Qualität und Sicherheit entsprechen und das Siegel »systemuntersucht« des Krankenkassenverbandes tragen.

Darüber hinaus bieten die Programmpakete die bewährte Kombination aus Lexware buchhalter, Lexware faktura+auftrag und Lexware lohn+gehalt bzw. die jeweiligen plus-Versionen. Ganz gleich, ob der Unternehmer Buchungen vornehmen, Löhne und Gehälter berechnen, Rechnungen schreiben, Aufträge bearbeiten oder Termine koordinieren muss: Sämtliche Komponenten sind perfekt aufeinander abgestimmt. Der Nutzer gibt Kunden- und Auftragsdaten lediglich einmal ein, jede einzelne Anwendung überträgt die Daten anschließend direkt in die Buchhaltung. Selbstverständlich beherrscht die Anwendung die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, schafft bis zu 10.000 Buchungen pro Jahr sowie Lohn- und Gehaltsabrechnungen für bis zu 50 Mitarbeiter pro Jahr und enthält eine flexible Artikel- und Warengruppenverwaltung.

Außerdem ist in Lexware financial office plus erstmalig der Lexware Mobil-Modus implementiert. So kann der Anwender die Software vollkommen legal auf seinem Hauptrechner – etwa der Desktop-PC im Büro – aber auch zusätzlich eine eingeschränkte Version auf seinem Laptop installieren. Ebenso in der plus-Version vorhanden: Die Nachschlagewerke Lexware know how buchhaltung, warenwirtschaft und personal, Lexware online-banking mit Abgleich in der Buchhaltung, Dauerfristverlängerung 2005, Datanormmodul und Bescheinigungswesen.

Lexware financial office 2005 und Lexware financial office plus 2005 sind im Fachhandel erhältlich. Online-Bestellung ist unter www.lexware.de/shop möglich.●

diego

JOBSUCHE

Jurist, zuletzt tätig als Mediator in leitender Stellung, sucht neuen rechtlichen Wirkungskreis.
Chiffre: 2004-12-1

PROJEKTE

FÖJ-Stelle im Verein für Permakultur und Selbstversorgung in Verden, für alle 16-26jährigen möglich ab 9/05, Nds bietet 155 Euro Taschen- & das Kindergeld. Gleichberechtigtes Arbeiten in kleinem Team. Seit '98 wird ein Waldgartengelände zur Selbstversorgung und als Modellprojekt auf 5ha aufgebaut.
✆ (0 42 31) 90 60 67

Politische Kommune 30km von Flensburg (4F,2M,11-40) sucht MitkommunarndInnen, evtl. auch kl. Gruppe. Mosterei und Buchversand in Planung. Nix eso, nix hippi.
✆ (0 46 37) 96 37 34

Junge Familie mit Tätigkeitsfeld Behindertenarbeit, Holzhandwerk und Bio-Landwirtschaft sucht geeigneten Ort (kl. Biohof etc.) bzw. gerne auch schon bestehendes Projekt.
✆ (0 75 55) 92 97 66 ab 19 Uhr
E-Mail: JamineLipp@web.de

Kurzfristige Chance für eine bestehende oder »neue« Gruppe! Platz für ca. 10 Menschen, Kinderfreundliches Haus (700qm), Gelände (2,2ha) u. Umgebung im Biosphärenreservat / Elbe. Wir suchen Euch!
E-Mail: uranix@gmx.net
für mehr Info's!

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Beispiel Widerstand gegen Sozialklau. Der Protest gegen die »Agenda 2010« auf der Straße und die Debatte um parlamentarische Alternativen werden kritisch solidarisch in der jungen Welt begleitet.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail**: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ✆ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, **Fax 77 99 65, E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Bombreite 39, ✆ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ✆ (05402) 73 73, **E-Mail**: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ✆ (069) 670 62 71 **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ✆ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, **Fax 35 59, E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ✆ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ✆ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 - **Fax 70 90 84, E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆**Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail**: the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ✆(0711) 560294, E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

IM E-MAIL POSTFACH/LESERBRIEFE

Betr.: Aboküdigung

Liebe Leute von CONTRASTE e.V.,
hiermit möchte ich mein Abonnement fristgerecht kündigen. Mir ist diese Entscheidung nicht leicht gefallen! Ich bin Rentner und beziehe seit Dezember 2003 eine Rente (in Höhe von 657,69 Euro) wegen voller Erwerbsminderung. Ich erhalte zwar Wohngeld in Höhe von 49 Euro monatlich. Aber meine monatliche Miete (Genossenschaftswohnung) beträgt alleine schon 316,96 Euro. Hinzu kommt noch (Öko-)Strom »Lichtblick«, monatlich 18,60 Euro und andere Lebenshaltungskosten. So das mir zum Leben nicht viel übrig bleibt.

Dank der neoliberalen Politik von »Rot-Grün« z.B. Rentenreform, Gesundheitsreform, Hartz IV etc. ist die Kluft zwischen Reichen und Armen in Deutschland größer geworden. Siehe dazu den »Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht«, den die Abteilung Sozialpolitik beim Bundesverband jüngst vorlegte.

Sollte sich meine finanzielle Situation in Zukunft bessern, würde ich ernsthaft in Erwägung ziehen, CONTRASTE wieder zu abonnieren. Ich wünsche Euch von CONTRASTE alles Gute für die Zukunft und das es Euch noch lange geben möge!

Mit freundlichen Grüßen
W.H., Hamburg

Betr.: Schwerpunkt Eigenarbeit

Folgende – leider unter falschen Namen – erfolgte Anfrage erhielten wir per E-Mail. Da die Frage um die Beschäftigung von 1-Euro-Jobbern in Projekten aktuell Diskussionsbedarf hat, haben wir uns dazu entschlossen, die anonyme Anfrage und eine Antwort aus dem Kemptener Eigenarbeitsprojekt hier zu dokumentieren.

ihr habt laut anzeige in der jungen welt einen bericht über das kempodium im neuesten heft. hätte ich gerne mal gelesen; denn es interessiert mich, ob dort auch steht, dass im kempodium 1-euro-jobber ausgebeutet werden. mit hinhaltetaktik »feste anstellung« und dann rauswurf. wer verdient daran?
Lieschen Müller, Malzhofen

Hallo Dieter Poschen,
von Lisa Redler, anstiftung, wurde mir die mail von »Lieschen Müller« an die CONTRASTE-Redaktion weitergeleitet. Gerne nehme ich zu der »Anfrage« Stellung:

Das Kempodium beschäftigt bereits seit längerer Zeit Sozialhilfeempfänger in dem sogenannten »Hilfe zur Arbeit«-Programm (HzA). Seit Anfang Januar 05 sind die insgesamt drei bewilligten Stellen nicht mehr über dieses Programm, sondern über das sog. »Ein-Euro-Job«-Programm nach Harz IV bzw. ALG II besetzt.

Wir haben dabei ziemlich gute Erfahrungen gemacht. Die zugewiesenen Mitarbeiter konnten rasch in das Kempodium-Team integriert werden, auch trotz teilweise erheblicher sprachlicher Probleme. Dabei hat nicht nur die offene Atmosphäre im Haus beigetragen, sondern auch die sinnvollen Tätigkeiten, die durch die HzA-Kräfte erledigt wurden. Unter anderem auch mit Hilfe dieser Zuarbeit konnte das Kempodium eine deutlich gewachsene Besucher- und Kundenzahl zufrieden stellen. Die Tätigkeiten, die verrichtet werden, bieten einen nicht unerheblichen Gestaltungsraum, der auch gerne genutzt wurde und wird, und der dazu beiträgt, die Zufriedenheit der HzA-Kräfte trotz nur geringer zusätzlicher Entlohnung zur Sozialhilfe sicherzustellen.

Durch die Umstellung auf Harz IV bzw. ALG II hat sich die Situation für das Kempodium nur in einem Punkt geändert: Seit Januar 05 zahlt das Kempodium das zusätzliche Salär von 1,5 Euro je Stunde an die Hilfskräfte direkt aus, um es später wieder von der neu gegründeten »Arbeitsgemeinschaft« erstattet zu bekommen.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt bzw. neuerdings der »Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung für Arbeitssuchende Kempten« in der Rechtsnachfolge gestaltete sich bisher sehr kooperativ. So konnten wir bereits mehrfach unsere »Wunschkräfte« zugewiesen bekommen, Menschen, die sich von sich aus für eine Arbeit im Kempodium sehr interessiert hatten. Als jetzt mit Jahresbeginn die Zugangsbedingungen für Arbeitssuchende verschärft wurden – es sollen künftig nur noch Menschen unter 25 Jahren berücksichtigt werden – konnte dennoch in der Zusammenarbeit mit der Behörde bewirkt werden, das alle drei bisherigen Verträge verlängert wurden, obwohl nur einer von ihnen die engen formalen Voraussetzungen erfüllt hatte. Unsere Bilanz sieht daher positiv aus, auch weil im zurückliegenden halben Jahr zwei unserer HzA- oder ALG II-Mitarbeiter wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten. In keinem Fall haben wir von uns aus eine solche Maßnahme beendet oder gar Mitarbeiter gekündigt.

Dass HzA-Mitarbeiter sich aufgrund der guten Atmosphäre und der befriedigenden Arbeit wünschen, hier im Kempodium eine Anstellung zu finden, ist uns bewusst und freut uns auch. Gleichwohl können und konnten wir aufgrund unserer noch immer deutlichen Unterfinanzierung diese Wünsche nicht befriedigen. Auch wenn wir uns alle wünschen, dass mehr Menschen hier Beschäftigung finden könnten, ist doch klar, dass die finanziellen Mittel dazu nicht ausreichen. Dieses Faktum ist auch den Hilfskräften klar und deutlich gemacht worden. Ein Versprechen auf eine spätere Festanstellung hat es auch nie gegeben. Das Kempodium lebt zu einem großen Teil vom ehrenamtlichen, freiwilligen Engagement von etwa 60 engagierten Menschen in und um Kempten. Diese Menschen arbeiten völlig ohne finanziellen Lohn hier, weil sie hinter dem Projekt Kempodium stehen, genauso wie die wenigen Angestellten, die ebenfalls Woche für Woche unentgeltlich und freiwillig Mehrarbeit leisten, um das Projekt auch für die Zukunft zu sichern.

Falls »Lieschen Müller« unsere Stellungnahme nicht zufrieden stellt, laden wir sie gerne auch zum direkten Dialog ein. Entweder aus der Ferne über mail oder Telefon oder aus der Nähe hier direkt im Kempodium. So lässt sich wohl am besten wahrnehmen, dass hier niemand ausgebeutet oder gar gekündigt wird.

Tom Otto, Kempodium e.V.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 22.-24.4.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

LOS GEHT'S 2005

Kapitalismus überwinden, selbstbestimmt leben, Gemeinschaften gründen
Diese Gesellschaft braucht Alternativen. Gemeinschafts-Interessierte treffen Gleichgesinnte zum Austausch und zur Initiierung neuer Gruppen. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor und beantworten Fragen zu ihrer Praxis.
Vom 13. bis 18. Mai 2005 findet in der Kommune Waltershausen das Los geht's 2005 statt, Mitveranstalter: Villa Lokomuna und die Kommune Niederkaufungen.
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
(0 56 05) 8 00 70
www.losgehts2005.de

ÖKODÖRFER

Seminar »Erfolgreiche Ökodörfer« und Gemeinschaften 2005:
18.-20.3. + 28.-30.10. Ökodorf bei Hannover
22.-24.4. Gemeinschaft im Taunus
17.-19.6 + 23.-25.9. im Schwarzwald
7.-13.8. 12.ÖKODORF-Festival bei Mainz
29.12.-2.1.06 Sylvester in Gemeinschaft Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art.
Info: ÖKODORF-Institut
(0 77 64) 93 39 99
E-Mail: meyer@gemeinschaften.de

STIFTUNG SALECINA

Frauen-Geschichte(n)
Wegbereiterinnen der Frauenbewegung mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn und Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen, die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden fünf Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt:
Flora Tristan (1803-1844),
Rosa Luxemburg (1870-1919),
Jeanette Wolff (1888-1976),
Klara Marie Fassbinder (1890-1974),
Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996).
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Termin: 3. bis 10.9.2005
Das Seminar kostet für die ganze Woche alles inclusive CHF 250,--
Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina. CH-7516 Maloja
0041-81-824 32 39
E-Mail: info@salecina.ch
Web: www.salecina.ch

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
Seminar zu Postmoderne und Politik
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 20.-22.5.2005, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

Israel-Seminar
Der Staat Israel. Konsequenz aus dem deutschen Vernichtungskrieg und zahlreichen Progromen. Auf diesem Seminar wird es um die Geschichte des Staates Israel gehen, um Antisemitismus, Antizionismus und um die deutsche Öffentlichkeit und deren Darstellungen, des »Judenstaates«. Ein Aspekt wird auf den Debatten über Israel, speziell innerhalb der deutschen Linken liegen, wo sich unversöhnliche Positionen gegenüberstehen.
Termin: 11.-13.6.2005
Information & Anmeldung:
JD/JL BB, Stahnsdorfer Str. 100, D-14482 Potsdam
(03 31) 704 93 63
E-Mail: post@jdjl-brandenburg.de

MEDIEN

Computerwissen für die politische Arbeit
Wer heute politisch arbeitet, braucht spezielle Computerkenntnisse. Diese Seminarreihe (an 2 Tagen, jeweils von 10-16 Uhr) ist speziell für politisch Aktive konzipiert. In praktischen Übungen am PC kann das erworbene Wissen sofort umgesetzt werden.

Bildbearbeitung mit Photoshop
Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung. Weitere Stichworte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbehandlung.
Termin: 16.-17.4.2005

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel wie etwa »Phase 5« gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 4.-5.6.2005

Webdesign mit Dreamweaver
Multimediales Kommunizieren politischer Arbeit ist Inhalt dieses Workshops: die Integration von Bild-, Text- und Sound-Dateien. Sie lernen, ein professionelles Online-Angebot für die politische Arbeit zu erstellen: Sie arbeiten mit geteilten Bildschirmen (Frames), gestalten einen Bildaustausch (Rollover), anklickbare Bilder (Imagemaps), mehrere Ebenen (Layers) und vieles mehr. Voraussetzung: Grundkenntnisse von HTML.
Termin: 9.-10.7.2005
Kursgebühren: jeweils 60 Euro
Information & Anmeldung:
Byerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/1, D-80331 München
(0 89) 260 90 06

FAIRKEHR

»EU vor Ort: Nachhaltig mobil«
Dieser Diskussions-, Aktions-, und Kultur-Kongress Interessierter und Aktiver aus Bürgerinitiativen, Verbänden, Parteien, Verwaltungen und anderen Gruppen findet seit 1978 alle zwei Jahre statt. Thematisch geht es um alle Verkehrsbereiche. In diesem Jahr werden nachhaltige Stadtverkehrsziele sowie die Verkehrs- und Umweltpolitik der EU Schwerpunkte sein.
Termin: 5.-7.5.2005, Bremen
Information & Anmeldung:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72
E-Mail: info@umkehr.de
Web: www.umkehr.de

KOMMUNIKATION

Seminarreihe zur konstruktiven Konfliktbearbeitung
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die folgendes ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich ohne Abwehr und Feindseligkeiten über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

Einführungsseminare
In diesen Seminaren geht es darum, den Prozess der Gewaltfreien Kommunikation kennen zu lernen und anhand eigener Beispiele seine praktische Anwendung zu üben.
Termin: 22.-24.4.2005

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Weitere Angebote zur Gewaltfreien Kommunikation unter:
www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

Umgang mit Konflikten in Teams und Gruppen
Wir Menschen verbringen einen Großteil unserer Zeit in Gruppen. Ob am Arbeitsplatz, im Privatleben oder im Freundeskreis... überall müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden dabei oft als Blockade erlebt, Konflikte eher als Krise denn als Chance wahrgenommen.
Diese Sichtweise wollen wir umkehren, Ansätze der Konfliktbearbeitung kennen lernen und auch ausprobieren, die Kräfte in Gruppen freisetzen und uns Lösungen näherbringen, in denen es nicht um Gewinnen und Verlieren geht.
Termin: 18.-20.3.2005

Jahreskurs für Fortgeschrittene II mit Experimentiercharakter
Auf der Grundlage der GFK möchten wir den Raum im Prozess- und bedürfnisorientierten Miteinander öffnen für alles, was uns hilfreich erscheint, Heilungsprozesse zu unterstützen, die der GFK zugrunde liegende Haltung einzunehmen und Bewusstseinserweiterung zu fördern. Hierzu möchten wir die GFK mit Methoden kombinieren, die sowohl durch die Leitung als auch durch Teilnehmende eingebracht werden können. Diese könnten z.B. sein: Systemaufstellung, spez. Übungen zur aufrichtigen Verständigung von Männern und Frauen, Mentaltraining, Körperarbeit, Energiearbeit und anderes mehr.
Voraussetzung: 20 Seminartage
Termin: Teil 1: 12.-19.4.2005
Teil 2: 4.-11.12.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

BREMEN

Buchkunstausstellung
»Die schönsten deutschen Bücher«
Vom **15. März bis 16. April 2005** wird in den Räumen unseres Buchladens »Andere Seiten« in der Brunnenstr.15/16, 28203 Bremen, Tel.: 0421-7947381 die Ausstellung »Die schönsten deutschen Bücher – Vorbildlich gestaltet in Satz, Druck und Einband« präsentiert.
Die Bücher sind zu unseren Ladenöffnungszeiten zu besichtigen (DI-FR 10-18 Uhr, Samstags 10-14 Uhr), ggf. sind für Schulklassen und Gruppen auch andere Termine vereinbar. Der Eintritt ist selbstverständlich frei.
Jährlich werden von der Stiftung Buchkunst die grafisch und optisch gelungensten Bücher prämiert. Die Einbandgestaltung, Typographie, Ausstattung, Papierauswahl, gelungene Verbindung von Inhalt und Form etc. sind Kriterien, nach denen sich die Prämierung richtet. Die seit 1952 von der Stiftung Buchkunst organisierte Preisverleihung will den Aspekt betonen, das ein Buch nicht nur aus Buchstaben besteht: gerade im Internet-Zeitalter ist der Stellenwert des Buches als visuelles Erlebnis gar nicht hoch genug zu bewerten. Bewusst wird der Schwerpunkt dieses Wettbewerbes nicht auf bibliophile, gleichwohl nur für kleine Käuferkreise erschwingliche Kunstwerke gelegt, sondern auf gut gestaltete »Gebrauchsbücher«. Die Buchkunst sowie die leidenschaftliche Lust auf das Lesen breiteren Bevölkerungsschichten näher zubringen, ist eine wesentliche Intention dieser Ausstellung. Eintritt frei. Spenden für den ebenfalls in unseren Räumen beheimateten Anares e.V., der sich der Lese- und Diskussionskultur rund ums Buch widmet, sind aber selbstverständlich gerne gesehen.

»Tage & Träume«
Buchpräsentation: Es liest Jens-Uwe Ries
Vorgestellt wird ein Gemeinschaftsprojekt des Autoren Jens-Uwe Ries, des Malers Peter Klint und des Buchbinders Hans Willm Meeuw: Ein handgebundenes Buch in limitierter Auflage mit 20 Illustrationen.
In dem Buch mit dem Titel »Tage & Träume« wird aus dem Leben des Lewe-Cosmos Petersen in anschaulichen Bildern und Szenen erzählt. Handlungs- oder Betrachtungsort ist vorwiegend der nordische Raum und da spielt eben auch Flensburg eine Rolle. Aus der eher konstruierten »Generation Golf« stammt Lewe-Cosmos erkennbar nicht. Seine Jugend fällt in die Zeit der Entstehung der K-Gruppen und der bald darauf erfolgenden Zersplitterung und Resignation der Neuen Linken. In der bewusst sehr direkten und persönlichen Darstellung befasst Jens-Uwe Ries sich eingehend auch mit dieser Zeit. Eine Autobiografie im üblichen Sinne will er dabei nicht schreiben, sondern teilweise ironisch-distanziert behandeln, was ein Lewe-Cosmos Petersen in vergangenen Zeiten, die für den Einzelnen nie ganz vergangen sind (»Denn alles bleibt in uns aufbewahrt«), empfunden und gedacht hat. Dabei geht es Jens-Uwe Ries durchaus auch darum, zu fragen, was im Sinne Ernst Blochs für die Zukunft beerbbar ist. Weiter spannt sich der Bogen von Betrachtungen über die Sexualität, im Versuch, echter Freiheit, jenseits von Vermarktung auf die Spur zu kommen, bis hin zu den Schwierigkeiten, welche die Liebe mit dem Alltag hat.
Termin: 18.3.2005, 20 Uhr
Antiquariat & BuchCafé
ANDERE SEITEN, Brunnenstr. 15/16,
D-28203 Bremen

BERLIN

Jacques Prévert:
»Ich bin nur einer, der nicht gehorcht«
Ein Surrealist der ersten Stunde.
Vorgestellt von Joachim Rist
Prévert (1900-1977), Chansondichter, Drehbuchautor, Dramatiker und Collage-Künstler, gehörte zu den populärsten französischen Dichtern der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In seinem vielschichtigen Werk, beständig durchsetzt mit subversivem Humor, hat er eine fundamentale Revolte gegen die Finsternis der spätbürgerlichen Welt zum Ausdruck gebracht. Sein poetisches Werk ist ein humorvoll-sarkastischer Rundumschlag auf alle den Machterhalt der repressiven bürgerlich-kapitalistischen Ordnung dienenden »Werte« wie Religion, Patriotismus, lustfeindliche Arbeitsmoral und sonstige Auswüchse der herrschenden Sklavenmoral. Dieser von ihm als Todeskultur denunzierten Zivilisation stellte er seinen »Skandal des Glücks« entgegen, ein Bekenntnis zu einem befreiten, lustvollen Leben allen gesellschaftlichen Widrigkeiten zum Trotz. (Vortrag und Diskussion, Eintritt frei)
Termin: 18.3.2005, 19 Uhr
Bibliothek der Freien. Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102
D-10405 Berlin – Prenzlauer Berg

P(E)ACEMAKERS

Sportlich aktiv für eine atomwaffenfreie Welt
Am 6. August 2005 jährt sich der Atombombenabwurf auf Hiroshima zum 60. Mal. An diesem Gedenktag werden rund um den Globus zahlreiche Zeichen für eine friedliche Welt – ohne Atomwaffen – gesetzt. Auch in Deutschland wird dieser Gedenktag auf vielfältige Weise begangen.
Mit der 350 km langen Radetappe »P(e)acemakers« soll auf sportliche Art und Weise den Hunderttausenden von Opfern gedacht werden, die durch den Atombombenabwurf vor 60 Jahren jämmerlich zugrunde gingen. Sie richtet den Blick gleichermaßen auf die weltweiten Bemühungen, die Gefahr eines Atomkriegs endlich zu bannen – durch Beseitigung aller noch vorhandenen 30.000 Atomwaffen weltweit.
Am 6. August werden von Sonnenauf- bis untergang mehrere symbolträchtige Orte miteinander verbunden:
Start: 5 Uhr EUCOM (US-amerikanische Kommandozentrale für Kriege u.a. im Nahen und Mittleren Osten) Stuttgart-Vaihingen
Zwischenstation: ca. 14 Uhr Air Base Ramstein (Stationierung von mindestens 55 Atomsprengköpfen)
Ziel: ca. 22 Uhr Fliegerhorst Büchel/Eifel (Stationierung von mindestens 11 Atomsprengköpfen)
Wir wollen mit einer möglichst großen Gruppe radeln. Daher soll es auch möglich sein, »nur« entsprechende Teilstücke mit zu fahren. Einstiegsmöglichkeiten sind: Bretten (ca. 8 Uhr), Neustadt a.d.W. (ca. 11:30 Uhr), Kaiserslautern (ca. 13 Uhr), Landstuhl/Ramstein (ca. 14 Uhr), Kirn (ca. 17:30 Uhr), Zell a.d.M.
Auf Nachfrage sind auch noch andere Einstiegsorte möglich. Ca. alle 60km sind Verpflegungsstellen geplant, bei denen je ca. eine halbe Stunde Pause gemacht wird.
Weitere Informationen:
DFG-VK Baden Württemberg (Roland Blach)
E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de
(07 11) 215 51 12

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.